

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: halbjährlich 3.00 RM, monatlich 1.10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 RM pro Monat. Eintragungen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 RM, für das übrige Ausland 4 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Anzeigen oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Anzeigen und Bekanntmachungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zuletzt 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeld und Schlüsselnummerien das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geschlossen.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 1. Juli 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Ein Ende und ein Anfang.

Das Wetter macht draußen jede Viertelstunde ein anderes Gesicht. Bald prasseln Regenhäfen auf das krautstreuende Grün der Bäume des Tiergartens, bald bringt ein Windstoß die Baumkronen wild durcheinander und reißt weisses Laub herunter, bald lacht der Sonnenschein durch die grünen Blätter und spiegelt sich tausendfärbig in den Regentropfen. Der Natur selbst aber ist das eine wie das andere recht. Ob die Sonne scheint, ob es regnet oder stürmt, sie geht ihren Gang „nach ewigen ehernen Gesetzen“ weiter.

Im Innern des großen Steinbaues am Königsplatz, in dem über die Geschichte des deutschen Volkes entschieden wird, wechselt am Montag, am letzten Tage des Reichstages vor seinen wohlverdienten Sommerferien, gleichfalls alle Augenblicke das Wetter. Die Abstimmungen fallen so und so aus, bald gibt es heitere Gesichter links, bald quält man sich rechts ein Lächeln heraus, zwischendurch werden saure Gesichter in grämliche Falten gezogen. Die Sozialdemokratie im Reichstage aber gleicht der Natur da draußen: ob die Konservativen das eine Mal lachen und das nächste Mal weinen, ob die Liberalen bald himmelhoch jauchzen, bald zu Tode betrübt sind, ob das Zentrum zwischen Propheten links und Propheten rechts als — Weltkind weinend und lachend zugleich in der Mitte sitzt, sie geht ihren Weg weiter, ihr muß das eine wie das andere zum Besten dienen, es ist „der Geschichte ehernes Muß“, daß sie zielsicher und unbeirrt ihrem Zukunftsziele entgegenstreitet.

Die Verhandlungen am Montag beginnen mit der Beratung des Notgesetzes, das in letzter Stunde aus Anlaß des Erfurter Schreckensurteils eingebracht worden ist. Daß dieses Gesetz noch in dritter Lesung eingebracht werden konnte, daß seine Notwendigkeit — und nur seine Notwendigkeit — der Reichstag am Sonnabend die Verhandlungen über diesen Punkt der Wehrvorlage abgebrochen hat; daß in einer „freien Kommission“ zwischen Regierung und den großen Parteien des Reichstages die Grundzüge dieses Gesetzes bis zum Montag festgelegt worden sind; daß das Gesetz am Montag in allen drei Lesungen fast einstimmig vom Hause angenommen worden ist; und daß Herr Generalleutnant und Reichskanzler Bethmann Hollweg sich mit seiner Person für die Annahme des Gesetzes im Bundesrat einsetzt — das alles ist von einer außerordentlichen Bedeutung für die Beurteilung der gegenwärtigen politischen Lage am Ende der wochen- und monatelangen Beratungen des Reichstages über die Wehrvorlage.

Gewiß hat es ein glücklicher Umstand gewollt, daß das furchtbare Urteil nicht drei Tage später, nachdem der Reichstag bereits nach Hause gegangen war, bekannt geworden ist. Und es ist gewiß auch die herzliche und schnelle Entschlossenheit, mit der unsere Fraktion die Angelegenheit für eine gesetzgeberische Aktion anpackte und formte, zu begrüßen. Aber beides hätte den glücklichen Ausgang nicht bewirkt, hätte Regierung und Mehrheitsparteien nicht zur Annahme der sozialdemokratischen Anregung gezwungen, wenn nicht der lange, zähe und aufrüttelnde Kampf der sozialdemokratischen Fraktion gegen den Militarismus und für vollstimmlichere Reformen im Heereswesen vorangegangen wäre. Wir hatten uns schon damit abgefunden, daß wir die Früchte dieses Kampfes erst in späteren Zeiten ernten würden, und die wichtigsten Erfolge werden auch erst im Laufe der Jahre einer nach dem anderen heranreifen, sofern die Fraktion wie bisher unermüdet weiter kämpft und die Massen draußen im Lande geschlossen und vorwärtsdrängend hinter ihr stehen.

Der Ausgang der Aktion wegen des Erfurter Schreckensurteils hat uns jedoch eine dieser Früchte schon jetzt beschert. Sie ist nur klein, aber sie ist dennoch von höchstem Werte. Noch bedeutungsvoller jedoch ist die Tatsache, daß sie überhaupt schon hat fallen können. Mit Recht dürfen wir behaupten, daß die heiße Blut, mit der die sozialdemokratische Kritik in den letzten Wochen dem Militarismus zugesetzt hat, den Reizeffekt in solcher unerwarteten Weise beschleunigt hat. Wir dürfen daraus einen Rückschluß auf den Reizeffekt der weiteren Militärreformen ziehen. Wenn die Regierung sich früher oder später mit neuen Militärforderungen an den Reichstag herantwagen sollte, so kann sie sich von vornherein darauf einrichten, daß sie so leichten Kaufs wie dieses Mal nicht davontkommt. Es muß nur mit aller Deutlichkeit dem Volke bekannt und klargemacht werden, daß — wie in diesem einem typischen Falle — die Regierung dem Reichstage nachgeben muß und daß der Reichstag alle Re-

formen haben kann, die er will, sobald er nur ernstlich will, sobald eine entschlossene und tatkundige Mehrheit der Regierung entgegentritt.

Rag sein, daß die bürgerlichen Parteien ob ihrer unerwarteten Standhaftigkeit, die ihnen selbst vielleicht am überraschendsten gekommen ist, nachträglich Herzklappen und Alptrüben bekommen. Das schadet nichts! Wenn nur die Wähler daraus lernen, daß es für sie darauf ankommen muß, entschlossene Männer in den Reichstag zu senden.

Daß diese entschlossenen Männer nicht in den bürgerlichen Parteien sitzen, dafür lieferte der weitere Verlauf der Montagssitzung Beweise auf Beweise. Bei der dritten Lesung der Wehrvorlage wurden abermals die gestrichenen drei Kavallerieregimenter verlangt. Bis zu dieser entscheidenden Stunde hatten sich genügend bürgerliche Abgeordnete gefunden, um mit den Sozialdemokraten die Streichung aufrechtzuerhalten. Als jetzt aber die endgültige Entscheidung zu fällen war, da knieten die bürgerlichen Männer bis auf wenige um und stimmten für die drei Regimenter. Schmunzelnd nahm der Kriegsminister diesen bisher zweifelhaften Rest seiner Forderung entgegen.

Bei der dritten Beratung der Besitzsteuervorlage erfolgte der zweite Umschwung der bürgerlichen Mehrheit. Es handelte sich um die Steuerfreiheit der Fürsten, mit der ein sozialdemokratischer Antrag aufräumen wollte. Eine Selbstverständlichkeit schlechthin, doppelt selbstverständlich aber im Jahre des Opfers 1913! Bisher hatten sich genügend Abgeordnete der bürgerlichen Parteien gefunden, die diesem sozialdemokratischen Antrag eine sichere Mehrheit verbürgten. Da erhob sich der Reichskanzler und drohte mit einem einzigen Satz das Mißfallen der Verbündeten Regierungen an; er ließ durchblicken, daß damit das Gesetz unannehmbar werde. Anstatt auf diese brutale Herausforderung die einzig richtige Antwort zu geben, anstatt der Regierung zu überlassen, zur Rettung der Steuerfreiheit der Fürsten den Reichstag aufzulösen — hei, wäre das ein Tanz geworden! — fiel die bürgerliche Mehrheit vor dem Stirnrunzeln des Herrn v. Bethmann Hollweg in die Knie und ließ die Fürsten weiterhin steuerfrei!

Die Wähler haben also noch ein gut Stück Arbeit zu verrichten, bis sie alle wankenden und schwankenden Elemente der bürgerlichen Parteien aus dem Reichstage hinausgeworfen haben.

Aber es gibt im Reichstage außer den Sozialdemokraten doch noch Männer, die wissen, was sie wollen und die den Konsequenzen für ihre rückwärtslose Politik nicht aus dem Wege gehen. Das sind die Konservativen! Sie sind am Montag nicht umgefallen. Sie haben der Regierung ihre Zustimmung zur Besitzsteuervorlage nicht gegeben. Sie setzen in den neuen Steuern — ganz mit Recht! — Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftssteuern, die das Portemonnaie der Besitzenden, wenn auch vorläufig nur mit einer kleinen Falte, dem Reichstage, dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht ausliefern. Sie sehen darin den Sieg eines sozialdemokratischen Prinzips — ganz mit Recht, wenn das Prinzip auch vorläufig nur ganz unvollkommen zur Geltung kommt —, die Sozialdemokratie aber kommt für die Konservativen gleich nach dem Teufel oder noch vor ihm!

Sie sehen in den neuen Steuern — wiederum ganz mit Recht! — den Anfang auf dem Wege zum „demokratisch regierten Einheitsstaat“, eine entsetzliche Perspektive für preussische Junker! Uns schreckt diese Aussicht freilich nicht. Gerade sie hat für uns etwas Herzerfrischendes. Der konservative Graf Westarp schnarrte die Regierung dafür an, daß sie ihre eigene Vorlage nicht „fest und geschickt“ genug vertreten habe. Für die Regierungsvorlage hätten auch sie stimmen können. Das glauben wir! Diese Vorlage war das Produkt des Bundesrats, der Bundesrat aber ist das Feigenblatt für den preussischen Junkerabsolutismus. Dadurch, daß der Reichstag der Regierung die ihr von den preussischen Junkern in die Feder diktierte Steuervorlage zerrissen vor die Füße geworfen hat, hat er zum ersten Male auch den preussischen Junkern ein Quos ego! zugerufen. Und dadurch, daß die Junker bei ihrer ostelbischen Stiernadigkeit nicht beizeiten eingelenkt, sondern sich bis zur endgültigen Entscheidung großdumm absetzt gestellt haben, haben sie ihre Niederlage und

den ersten bescheidenen Sieg des Reichsgedankens über preussischen Junkerlichen Partikularismus vor aller Welt in dankenswerter Weise offenbar gemacht.

Solche Ermägungen haben auch die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion in der Besitzsteuervorlage mitbestimmt. Es war keine leichte Entscheidung für sie, ob sie den neuen Steuern zustimmen sollte oder nicht. Sie hat sich zur Zustimmung entschlossen und dadurch verhindert, daß wiederum, wie bisher, die Lasten der neuen Rüstungen auf die Schultern der breiten Massen abgewälzt worden sind. Gewisse Haase verlas unter lautloser Stille des Hauses die folgende Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion:

„Die Mehrheit dieses Hauses hat eine neue ungeheuerliche und völlig unbegründete Steigerung der Heeresrüstung beschlossen. Wir haben den Nachweis erbracht, daß dies nicht der Weg ist, unser Land vor Kriegsgefahr zu schützen und den Frieden zwischen den Kulturvölkern zu sichern. Nachdrücklich haben wir betont und wiederholen es in dieser Stunde: die fortgesetzten Rüstungstreiberien steigern das Mißtrauen zwischen den Völkern, fördern die internationalen Beziehungen und beschwören schließlich trotz aller Friedensversicherungen die Gefahr eines Weltkrieges herauf, entgegen den Interessen und Wünschen des werktätigen Volkes aller Länder. Zugleich ist der Militarismus als Instrument der Klassenherrschaft auch eine stete Bedrohung der Freiheit im Innern. Unsere Anträge, die darauf gerichtet waren, schwere Mißstände dieses Systems zu beseitigen und seine Umbildung zur Volkswehr vorzubereiten, sind abgelehnt worden. Die Wehrvorlage ist Gesetz. So stehen wir nun vor der Frage: Wer soll die Kosten tragen? Wir haben stets gefordert, daß die Rüstungskosten nicht den Wehrlosen aufgebürdet werden. Damit stehen wir im vollen Einklang mit der internationalen Sozialdemokratie und namentlich auch mit unseren Parteifreunden in der französischen Deputiertenkammer. Gemeinsam mit ihnen haben wir dies noch am 1. März d. J. in einem Manifest zum Ausdruck gebracht und erklärt:

„Wenn trotz unseres entschlossenen Widerstandes den Völkern neue militärische Ausgaben auferlegt werden, so wird die Sozialdemokratie beider Länder mit aller Energie dafür kämpfen, daß die finanziellen Lasten auf die Schultern der Wohlhabenden und Reichen abgewälzt werden.“

Von diesem Grundsatz ausgehend stimmen wir gegen das Gesetz über Änderungen im Finanzwesen, obwohl einige Verbesserungen erreicht wurden. Denn in ihm wird unter Bruch des wiederholt gesetzlich festgelegten Versprechens die Ermäßigung der Zuckersteuer dem Volke vorenthalten und der Kriegsschatz erhöht, eine politisch und wirtschaftlich verhängnisvolle Maßregel. Wir stimmen ferner gegen die Änderung des Reichsstempelgesetzes, weil dadurch der Mittelstand in ungerechter Weise belastet wird. Die Gesetze über den einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag und über eine Besitzsteuer haben zwar auch viele Mängel, für deren Beseitigung wir vergeblich gekämpft haben. Trotzdem bilden sie den Anfang der von uns stets geforderten Reichseinkommen-, Reichsvermögens- und Erbschaftsteuer. Zu unserer Genugtuung wurde der Plan durchkreuzt, den auf rücksichtlosen Wahlgelassen beruhenden Landtagen der Einzelstaaten die Möglichkeit zu geben, daß die Kosten dieser Rüstungssteigerung wiederum den minderbemittelten Schichten aufgebürdet werden. Um zu verhindern, daß an ihre Stelle andere, die ärmeren Volksschichten belastende Steuern treten, sind wir bereit, diesen beiden Vorlagen unsere Zustimmung zu geben. Dabei gehen wir von der Ueberzeugung aus, daß die damit eingeleitete schärfere Heranziehung der Besitzenden zu den Rüstungskosten dazu beitragen wird, die Sympathie dieser Kreise für eine Fortsetzung der Rüstungstreiberien zu kühlen und uns dadurch den Kampf gegen den Militarismus zu erleichtern.

Diese Erklärung läßt keinen Zweifel an der prinzipiellen sozialdemokratischen Ablehnung des Militarismus, gegen den die Fraktion konsequent und energigekämpft hat. Die Zustimmung zu den neuen Steuern aber erklärt die Fraktion, nachdem sie die Annahme der Militärvorlage nicht hatte verhindern können, und nunmehr die Frage der Deckung zu entscheiden war, für notwendig, um schlechtere Steuern zu verhüten. Diese Zwangslage, in der die Fraktion sich zu befinden glaubte, war der Grund ihrer Zustimmung für Ausgaben, deren Zweck sie aufs schärfste verwirft, ohne daß sie im übrigen ver-

kennt, welche wichtigen Fortschritt die Durchsetzung direkter Reichsteuern in sozialpolitischer und staatsrechtlicher Beziehung bildet.

„Die Sozialdemokraten haben auf der ganzen Linie siegt.“ So stöhnte vor einigen Tagen der Reichsparteiler Schulz. Leider ist dieser Schmerzensruf nicht ganz richtig. Wir sind mit dem Erreichen noch lange nicht zufrieden.

Aber etwas Wahres ist doch an der Klage. Daß eine Steuergesetzgebung im Deutschen Reich in die Wege geleitet worden ist, der die starren Reaktionäre großend und zornbehebend ein schroffes Nein entgegensetzten, während ihr die Sozialdemokratie, wenn auch nicht freudig und wenn auch mit Vorbehalt, zustimmen konnte, und daß der deutsche Reichskanzler, der soeben noch der Sozialdemokratie den ersten Willen zur Besserung der Mißstände im Heereswesen absprach, einige Stunden darauf einem Gesetzentwurf zustimmen mußte, der allein dem ersten Willen der Sozialdemokratie zur Besserung sein Dasein verdankt — das sind Zeichen der Zeit! Anfänge sind es, bescheiden nur, aber doch Anfänge!

Vivat sequentes!

Beginn der Feindseligkeiten auf dem Balkan.

Die Erbitterung der Balkanstaaten gegeneinander hat sich durch das Hin und Her der diplomatischen Verhandlungen sowie durch die innerpolitischen Kriegen derart verhärtet, daß die Militärpartei in beiden Lagern die Oberhand bekam. Und da der Aufmarsch der feindlichen Armeen nicht eingestellt worden war, mußte es bei der gespannten Situation zu einem ersten Zusammenstoß kommen, nachdem schon eine ganze Anzahl Scharmügel vorangegangen waren. Nach den heute vorliegenden Nachrichten ist es zwischen den Bulgaren auf der einen und Serben und Griechen auf der anderen Seite zu mehreren ersten Gefechten gekommen. Jeder beschuldigt den anderen, angefangen zu haben. Wider alles Erwarten ist damit ein neuer Balkankrieg in greifbare Nähe gerückt, dessen Konsequenzen gar nicht abzusehen wären.

Die Kämpfe.

Sofia, 29. Juni. (Meldung der Agence Bulgare.) Das Hauptquartier erhielt heute Abend die Meldung, daß die Serben starke Infanterie- und Artilleriemassen auf ihren vorgeschobenen Linien bei der Station Arwilowak, nicht weit von Adrupsk und bei der Station Cudowo zusammengezogen haben. Die zwischen Slawo und Jstip aufgestellten serbischen Truppen eröffneten heute ein wohlgenährtes Feuer auf die bulgarischen Beposten. Man konnte auch bemerken, daß starke serbische Infanteriemassen in die erste Linie geschoben wurden. Die Bulgaren erwiderten das Feuer. Das Ergebnis des Gefechts ist noch nicht bekannt.

Ein anderes Gefecht wurde heute nördlich von Lestera geliefert, wo die Griechen, die bedeutende Verstärkungen erhalten hatten, ein besonders heftiges Feuer auf Abteilungen bulgarischer Truppen eröffneten, welche die bei Chemaltos und Tonslatelitz aufgestellten Mannschaften abhaken wollten. Es entspann sich ein heftiges Gefecht, dessen Ausgang man noch nicht erfahren hat.

Die serbische Darstellung.

Belgrad, 30. Juni. (Meldung der Serbischen Pressebureaus.) Ein Bericht aus dem Hauptquartier von Leskuf laut:

Die Bulgaren haben auch mit dem Angriff auf der ganzen griechischen Front begonnen. Auf serbischer Seite dauert der heute Nacht von den Bulgaren begonnene Kampf auf der ganzen Linie, vom Ursprung des Jletobokflusses bis Jstip fort. Einzelheiten sind noch nicht bekannt. An den Kämpfen nahmen auf beiden Seiten größere Infanteriemassen und Artillerie teil.

Die griechische Meldung.

Athen, 30. Juni. Das amtliche Pressebureau veröffentlicht folgende Depesche aus Saloniki: Die bulgarische Armee hat den allgemeinen Angriff gegen die griechischen und serbischen Streitkräfte begonnen. In der durch die Serben besetzten Region hat sie die durch das Protokoll festgesetzte Grenzlinie überschritten und ist gegen Negloos, Bogdanowa und Gwogheli vorgerückt. In der Annahme, daß Gwogheli von den Bulgaren besetzt sei, hat die bulgarische Armee gleichfalls die im griechisch-bulgarischen Protokoll festgesetzte Grenze bei dem Pangaeengebirge überschritten und marschiert auf Kestherai und auf Glesstherai. Eine in Glesstherai stationierte Kompanie ist abgegriffen. Eine griechische Abteilung im Tale Musteni wurde angegriffen und zog sich auf Tzhesti zurück. Von der Kompanie in Glesstherai liegen keine anderen Nachrichten vor, als daß gestern Abend 6 Uhr 50 Minuten zwanzig Kanonenschüsse gegen den Ort abgegeben worden sind. Heute früh 4 Uhr wurde nördlich von Bogdanowa auf dem linken Ufer des Bardar Geschützfeuer vernommen. Drei bulgarische Regimenter aus Dextrane haben auf dem linken Ufer des Bardar bei Meditow die serbischen Beposten angegriffen. Die bulgarische Artillerie beschießt die auf dem rechten Ufer befindlichen Bepostungen. Um 5 Uhr früh wurde ein griechischer Posten, der 12 Kilometer von Karassuti entfernt, in der Nähe von Alindra stand, angegriffen; 7 Uhr 45 Minuten morgens griff ein bulgarisches Bataillon einen griechischen Posten bei Nigrita an; 8 Uhr 30 Minuten rückten die Bulgaren gegen den Bogolizhafer vor.

Eine verspätete Erklärung.

Belgrad, 30. Juni. In der Skupstina erklärte der Ministerpräsident, daß die Regierung dem russischen Schiedsgerichte unter Festhalten an den bekannten Beschlüssen der Skupstina zustimme. Nachdem die Interpellanten Ribarac, Marinkovic und Draskovic gesprochen hatten wurde die Debatte auf morgen vertagt.

Noch einmal das Erfurter Schreckensurteil.

Aus Erfurt wird uns geschrieben: Nachdem sich der Reichstag am Sonnabend mit dem dramatischen Urteil des Kriegsgerichts in Erfurt beschäftigt hat, versucht jetzt die Reichsberndtspresse, die Sozialdemokratie für die von den sieben Landwehrleuten und Reservisten verübten Taten verantwortlich zu machen. Der Erfurter Allgemeine Anzeiger bringt in seiner Sonntagnummer einen Artikel, betitelt: „Die Sozialdemokratie auf dem Anklagebank.“ In diesem Artikel wird unter anderem die alberne Behauptung aufgestellt, daß das

„System der Sozialdemokratie“ die Arbeiter bis zur Besinnungslosigkeit gegen jede staatliche Autorität aufwache und dann ihrem Schicksal überlasse. Die Beurteilten hätten bei den Erzessen das Gift von sich gegeben, das die sozialdemokratische Propaganda ihren Lesern einflösse. Die sozialdemokratischen Redner im Reichstage hätten die Verantwortung für das Erfurter Urteil dadurch von sich abzuwälzen versucht, daß sie dem ganzen Land glauben machen wollten, es handele sich um eine „betrunkene Geschichte“.

Diesem verlogenen Gewäsch gegenüber sei folgendes festgestellt: Die Verhandlung hat mit voller Bestimmtheit ergeben, daß die Angeklagten nicht nur große Mengen Bier, sondern auch Schnaps getrunken hätten. Vor Gericht entwarfen sie von den Vorkommnissen ganz verwerfliche Bilder, weil sie sich infolge totaler Trunkenheit bei den Erzessen keine klare Vorstellung mehr von den Vorgängen machen konnten. Auch die Vernehmungsaufnahme bestätigte diese Annahme. Der Verteidiger Rechtsanwalt Justizrat Schweichel wies dann auch in seinem Plädoyer darauf hin, daß es sich eigentlich nur um eine „belegte Sache“ gehandelt habe. Es könnten sich wohl wenige Menschen davon freisprechen, daß sie nicht schon einmal in ihrem Leben in Alkoholfestigkeit etwas Unvernünftiges getan hätten, ohne daß sie sich dessen voll bewußt gewesen seien. Wenn man also Richter in eine bezogene Gesellschaft gebe, so komme einem das Tun und Treiben dort immer unvernünftig vor, doch seien sich die Beteiligten dessen nicht bewußt. Man müsse mit einem recht fühlenden menschlichen Herzen den Fall beurteilen und sich in das Seelenleben der Angeklagten hineinversetzen, um gerecht zu urteilen.

Gegenüber der tendenziösen Darstellung des Falles im Gerichtsbericht des „Erfurter Allgemeinen Anzeigers“, der im Reichstag Gegenstand der Erörterung war, sei ferner festgestellt, daß das Blatt in demagogischer Weise alle Stellen in dem Bericht unterschlagen hat, die den Fall als menschlich begreiflich erscheinen lassen, nur zu dem Zweck, um einen angeblich von sozialdemokratisch verheuten Arbeitern verübten Erzech daraus zu fabrizieren. Nach den Informationen, die das Gericht über den Charakter und die sonstige Führung der Angeklagten eingezogen hatten, sollten einige von ihnen auffällige und gewalttätige Personen sein, eine Annahme, die durch die klaren und bestimmten Aussagen des Gemeindevorstandes von Volktramschhausen, dem Wohnort der Angeklagten, sich als vollständig falsch erwies. Der Mann sagte vor Gericht, nachdem ihn der Vorsitzende über diesen Punkt befragt hatte: „Nein, meine Herren, so schlimm ist das denn doch nicht. Die Leute sind alle lobenswerte, gute Charaktere und ihre unüberlegten Taten müssen nur auf die Wirkungen des Alkohols zurückgeführt werden.“ Ferner wurde die vom Vorsitzenden während der Verhandlung wiederholt geäußerte Meinung, als ob die Angeklagten Opfer der „Einflüsse und Belehrungen von außerhalb“ seien, durch nichts bestätigt. Alle Fragen in dieser Richtung an die Zeugen und Angeklagten wurden klar und bestimmt mit „Nein“ beantwortet. Ferner erwies sich die Annahme des Anklagevertreters, als ob die Angeklagten eine am Ausschank beschäftigte Frau über das Büfett gegogen hätten, während sie sich Bier eintrinken, als falsch. Die Frau sagte aus, daß sie wohl belästigt worden sei, doch sei das nur Scherz und Anfinn gewesen. Alle diese gerichtlichen Feststellungen hat das Blatt unterschlagen.

Schließlich sei noch erwähnt, daß weder der Gendarm Stod noch der Polizist Müller bei dem Tumult Verletzungen erlitten haben. Die Landwehrleute und Reservisten sind nicht etwa über den Gendarmen und den Dorfpolizisten hergefallen, sondern sie haben sich in der Hauptsache gegen den Hinandruck aus dem Lokal gehraut, wobei es zu Prüfen und Schlägen kam. Eine ernste Gefahr bestand für die Beamten überhaupt nicht, weil sie gegenüber den nur zum Teil mit Spazierstöcken bewaffneten Angeklagten von ihren Waffen Gebrauch machten, wobei ein Angeklagter einen Säbelhieb auf den Arm erhielt. Bei den Versuchen der Angeklagten, wieder in das Lokal einzudringen, aus dem sie eben hinausgeworfen waren, war es hauptsächlich der Lärm, den die Leute verursachten, der den Erzech gefährlicher erscheinen ließ, als er in Wirklichkeit war. Die Beamten befanden sich als Zeugen, daß sie Säbelhiebe ausgeübt und einige Prüfte und Stockschläge erhalten hätten. Bemerkenswert ist die Feststellung des Vorsitzenden am Schluß der Verhandlung vor der Urteilsberatung, daß die vorgelegte Behörde des Gendarmen Anzeige von dem Fall erlattet habe, weil sie die dem Beamten zugefügten Verletzungen gefühlt wissen wollte. Das Verfahren wegen aufrührerischer Zusammenrottung muß also auf Grund anderer Einflüsse entstanden sein. Diejenigen Personen, die als Unbeteiligte der Verhandlung beimohnten, konnten sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sich da vor ihren Augen ein Drama abspielte, wie es sich schrecklicher nicht gedacht werden kann. Das Verhalten der anwesenden Eltern und Frauen der Angeklagten, die Verzweiflungsschreie von der Anklagebank sollten den Herrschenden Ermahnungen sein, ein Straffsystem zu beseitigen, das an das barbarische Mittelalter erinnert. Bewiß, die Angeklagten haben sich vergangen, aber das was sie taten, hätte vor einem bürgerlichen Zivilgericht mit einigen Monaten Gefängnis eine genügende Sühne gefunden. Und wenn in der jetzigen Situation die „nationale“ Presse anstatt angesichts eines solchen grauenvollen Urteils energisch die Beseitigung solcher drafonischen Gesetzesbestimmungen zu fordern, die Sozialdemokraten verantwortlich für die Taten der Beurteilten macht, dann ist sie mit schuldig an der Erhaltung eines kulturwidrigen Systems.

Politische Uebersicht.

Graf Kanitz gestorben.

Montag nachmittag ist der konservative Führer, Graf v. Kanitz-Podangen nach kurzer Krankheit gestorben. Kanitz ist geboren am 17. April 1841 in Weiden in Ostpreußen. Neben unserem Babel ist er der einzige Reichstagsabgeordnete gewesen, der noch dem Norddeutschen Reichstag in den Jahren 1868 bis 1870 angehört hatte. Mitglied des deutschen Reichstages war er ununterbrochen seit 1889. Dem preussischen Abgeordnetenhaus gehörte er seit 1886 an. Graf Kanitz hatte ursprünglich die Landratskarriere eingeschlagen und war Landrat des Kreises Sprottau. Später widmete er sich ausschließlich der Politik und war namentlich in allen wirtschaftspolitischen Fragen der Vorsitzender der Konservativen, bei denen der „gelehrte Graf“ hoch im Ansehen stand. In der Form konziliant, war er ein konsequenter und energischer Vertreter der agrarischen Interessen. Sein Name wurde zum Schlagwort durch den bekannten Antrag, der ein Staatsmonopol zum Ein- und Verkauf des ausländischen Getreides mit Einschluß der Mühlenfabrikate forderte. Für den Verkauf durch das Reich waren in dem Antrag, der zuerst im April 1894 eingebracht worden war, Mindestpreise festgesetzt, die für Weizen 215 und für Roggen 165 M. betragen sollten. Der Antrag wurde in der damaligen und in der nächstfolgenden Session abgelehnt. Die Wucherzölle haben das selbe Ziel auf andere Weise erreicht und heute genießen die Agrarier wirklich jene Preise, die damals phantastisch erschienen und deren Forderung als Brotwucher bezeichnet wurde. Aus jener Zeit stammt auch das Wort: „Ohne

Kanitz keine Röhne“. Damit sollte gesagt sein, daß, wenn die Regierung die Forderung der Agrarier nicht bewillige, diese auch die Forderung für die Flotte ablehnen würden.

Graf v. Kanitz vertrat im Reichstag den 2. Wahlkreis des Regierungsbezirks Gumbinnen Ragnit-Pillfallen. Er wurde mit 10 032 konservativen Stimmen gewählt. Der nationalliberale Kandidat erhielt 6216, der Genosse Hofner 2964 Stimmen.

Die gesetzgeberische Arbeit des Reichstages.

Der Reichstag hat von Ende November bis Ende Juni gelagt. In dieser Zeit getrennt durch die Osterferien, hat er hauptsächlich zwei Aufgaben gelöst, vor Ostem beriet er die Hauptteile des neuen Staats, der allerdings mit einer Verzögerung von vier Wochen nach dem verfassungsmäßigen Termin verabschiedet werden konnte. Die Arbeit der Zeit von Himmelfahrt bis Ende Juni war Mehrvorlage und den Dedungsgefeschen gewidmet. In acht Wochen sind die Vorlagen verabschiedet worden.

Erledigt sind außer dem Etat, der Mehrvorlage, den Entwürfen über den Wehrbeitrag, über das Reichsstempelgesetz und dem Entwurf über die Änderungen im Finanzwesen (Wirtschaftsgefesche) das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz, die Schutzgebietenovelle über die Rechtsfähigkeit kolonialer Vereine, der Entwurf über die Entschädigung der Schiffe und Geschworenen, die Änderung des Wahlreglements (Wahlurnen einheitlicher Art), der Entwurf über die Follerleichterung bei der Fleischzufuhr, die Uebereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums, das Abkommen über ein einheitliches Weltwechsellrecht, ein Entwurf über die Änderung von Reichstagswahlkreisen, Nachtragsetats, der Entwurf über den Unterhaltungswohnort in Bayern und einige andere kleine Gesetze.

Unverleibt geblieben sind: das Postgesetz, das Petroleummonopolgesetz, der Entwurf über die Jugendgerichte, das Konkurrenzklauselgesetz (alle sind von Kommissionen vorberaten), ferner das neu vorgelegte Spionagegesetz (noch gar nicht beraten) und drei kleine Gesetze, schließlich das Literaturabkommen mit Rußland.

Abgelehnt wurde von der Kommission das Kinderaugflaschengesetz.

Außer den Entwürfen wurden noch einige Interpellationen (Fleischsteuer, Wagenmangel in Westfalen, reichsländische Diktaturgefesche), wenige Initiationen und etwa 100 bis 120 Petitionen beraten. An Wahlprüfungsberichten blieben 10 unerledigt. Schließlich wurden 79 kleine Anfragen gestellt und beantwortet.

Zu den Reichstags-Erstaftwahlen.

Im Wahlkreis Dresden-Neustadt hat die fortschrittliche Volkspartei am Sonntag ihren früheren Kandidaten Rechtsanwalt Rißpelt wieder aufgestellt. Die übrigen Parteien sind noch auf der Kandidatenliste. Von reaktionärer Seite ist versucht worden, ein Bündnis der sämtlichen bürgerlichen Parteien zustande zu bringen. Die Versuche sind gescheitert, da sie ja doch am Resultat nichts geändert hätten.

Für die Reichstags-Erstaftwahl in Weilheim hat eine Vertrauensmännerversammlung des Bayerischen Bauernbundes den Landtagsabgeordneten Bürgermeister Eisenberger als Kandidaten aufgestellt.

Die Welfenpartei ruht nicht.

Durch die neu aufgerollte hamoversche Frage haben sich die Hauptstreiter in den Wahlen verrannt, die Partei werde nochmals einige Bedeutung erlangen. Sie zeigen sich als die einzigen und wirklichen Patrioten, und deshalb kämpfen sie um so mehr für ihren hannoverschen König, je weniger die interessierten Kreise Ansprüche auf diesen Königsthron erheben. Am Sonntag trat nun in Hannover das „Direktorium“ der kleinen Deutsch-hannoverschen Partei zu einer Ausschuhstung zusammen, in der folgender Beschluß gefaßt wurde:

„Der Gesamtanspruch der Deutsch-hannoverschen Partei, bestehend aus Vertretern aus allen Teilen des Landes, entnimmt dem Bericht des Direktoriums, daß kein Verzicht des Herzogs oder des Prinzen Ernst August auf die hannoverschen Reichsansprüche weder direkt noch indirekt vorliegt. Es besteht demnach für die Deutsch-hannoversche Partei kein Anlaß, eine Aenderung ihres Verhaltens und ihrer politischen Betätigung vorzunehmen.“ Man kann neugierig sein, ob dieser Appell das Leben dieser unreaktionären Gruppe noch verlängern kann, nachdem ihr geliebter „König“ den Frieden mit den „Murrpatoren“ geschlossen hat.

Die Entschädigung für Schöffen und Geschworene.

Einer Korrespondenz zufolge hat der Bundesrat die Tagesätze für Schöffen und Geschworene auf 6 M. festgesetzt. Die Kosten, die dem preussischen Staat durch die neuen Festsetzungen entstehen dürften, sind auf etwa eine Million Mark pro Jahr zu berechnen. Ein Entwurf über die Neuregelung der Gebühren für Sachverständige und Zeugen ist dem Bundesrat zugegangen und dürfte nach dessen Beschlußfassung dem Reichstage voraussichtlich im Herbst vorgelegt werden. In diesem Entwurf ist eine Erhöhung der Gebühren für Sachverständige im Durchschnitt um 50 Proz. vorgesehen und auch die Sätze für den Aufwand und Nachtquartiere haben in den Vorschlägen des Entwurfes eine Steigerung erfahren.

Zur Praxis des neuen Vereinsgesetzes.

Die Bochumer politische Polizei scheint der Ruhm, mit dem ihre Effener Kollegin sich in letzter Zeit auf den verschiedensten Gebieten beladert hat, nicht schlafen lassen. Mit ihren Hausfuchungen und Engagements von Polizeispitzeln hat sie allerdings bisher ebensoviel noch gehabt, als Erfolglosigkeit bei den Versuchen, jugendliche Arbeiter des Bochumer „Vollschlachts“ durch Geldangebote zur Auslieferung bestimmter Sachen zu veranlassen. Jetzt hat sie einen Heringfall bei dem Verzuge, das neue Vereins- und Versammlungsgesetz nach ihrer Weise auszulagen, erlitten.

Gegen neun Rationalpolen hatte sie die Einleitung eines Strafverfahrens veranlaßt, weil sie während der Landtagswahlkampagne Versammlungen veranstaltet bzw. in solchen gesprochen haben sollen, die als Wahlversammlungen im Sinne des Vereinsgesetzes einberufen und folglich nicht angemeldet worden waren. Da in diesen Versammlungen aber auch über Dinge gesprochen worden sei, die mit der Wahl nichts zu tun gehabt hätten, so läge eine Umgehung des Gesetzes vor. So wäre u. a. zur Einigkeit der Polen zum Leben polnischer Zeitungen, zur Anlage der Spargelder in polnischen Banken usw. aufgefordert worden. In der Verhandlung vor dem Bochumer Schöffengericht fügte der Vertreter der Staatsanwaltschaft dem noch als besonders erschwerendes Moment hinzu, daß zu den Versammlungen auch Frauen eingeladen wären, und daß solche auch an den Versammlungen teilgenommen hätten. Das Gericht erkannte jedoch auf Freisprechung. In der mündlichen Begründung wurde gesagt, daß den Angeklagten nicht nachzuweisen sei, daß sie die Versammlungen anders als zu Wahlzwecken einberufen haben. Wenn hier zu anderen als zu Wahlzwecken einberufen wären, so sei und da die Redner von den Wahlen abgesehen wären, so sei das noch nicht genügt, den beschuldigten Zweck der Versammlungen berart in den Hintergrund zu drängen, daß eine grundsätzliche Veränderung im Charakter der Versammlung vorläge.

Da diese Auffassung auch der oberen Instanz entspricht, dürfte der Versuch der Bochumer Polizei, das Versammlungsgesetz nach dieser Seite hin zu verfrümmern, als definitiv gescheitert anzusehen sein.

Ein politischer Meineidsprozeß.

Am 30. Juni hat vor dem Schwurgericht in Schweidnitz der Prozeß gegen den Reichstagsabgeordneten Dr. Oster, den Geschäftsführer Weichelt und den Faktor Hoffmann — die beiden letzteren von unserem Waldenburger Parteigänger, der „Schlesischen Bergwacht“ — begonnen. Der Prozeß dürfte zwei bis drei Tage dauern. Die drei Angeklagten befinden sich seit Anfang März in Haft, eine Kautionstellung von je 10 000 M. wurde seinerzeit abgelehnt. Der Prozeß scheint sich zu einer Art politischer Sensation auszuwachsen. Aus der ganzen Provinz sind Zeitungsberechtigter angemeldet. Es sind rund 40 Zeugen geladen. Die Verteidigung liegt in den Händen des Breslauer Juristen Ramroth und des Rechtsanwalts Dr. Cohn. Der Prozeß begann bereits mit einem erregten Vorspiel. Von den dreißig ausgelassenen Geschworenen lebte die Verteidigung vor allem alle konservativen Großgrundbesitzer, darunter den durchgefallenen früheren Reichstagsabgeordneten v. Nischhofen ab. Aber auch der Staatsanwalt strich rücksichtslos alle die Namen, die halbwegs einen liberalen Klang haben.

Die Vorgeschichte dieses Prozesses ist kurz folgende: Zur Reichstagswahl 1912 wurde ein „Offener Brief“ eines ehemaligen fürstlich preussischen Grubenbeamten als Flugblatt verteilt. Der Brief war unterzeichnet mit dem Namen des Beamten. Als dieser wegen einiger beleidigender Stellen zur Verantwortung gezogen wurde, mußte er erklären, daß die inkriminierten Stellen durch einen anderen hineingekommen seien. Wer das gemacht hatte, konnte nicht festgestellt werden. Aber einer mußte dran glauben und deshalb wurde der Drucker — also der Geschäftsführer Weichelt von der „Bergwacht“ — zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. In diesem Prozeß gegen Weichelt wurde auch der Faktor Hoffmann eidlich vernommen. Er wurde gefragt, ob er den Betreffenden kenne, der den Brief „umredigiert“ habe. Unter Eid hat Hoffmann ausgesagt, daß er den Redakteur des Briefes nicht kenne, da er als Faktor sich nicht um die Verfasser des Manuskripts zu kümmern habe. Eine ganze Zeitlang nach diesem Vorgang wurde ein in der „Bergwacht“ angelegter Expedient wegen schlechter Führung entlassen. Dieser trat nach einiger Zeit in dem neugegründeten konservativen Grubenblatt als Schriftfeger ein, und bald darauf wurde auf Anzeige dieses Menschen — Köhler ist sein Name — gegen Hoffmann ein Meineidsverfahren eingeleitet. Köhler beschwor seinerseits, daß er sowohl wie Hoffmann und Weichelt das Flugblatt in der Nacht und zwar geheim gesetzt haben und daß es so ziemlich bekannt sei, wer das Flugblatt umredigiert habe. Auf Grund dieser Aussage entstand gegen Hoffmann die Meineidsklage. Im Untersuchungsverfahren hierzu wurden auch Weichelt und Osteroff eidlich vernommen, die nun ebenfalls in bezug auf das geheime Setzen offensichtlich unwahre Auslagen gemacht haben sollen. — Im Grunde handelt es sich bei dem Ganzen um eine Vagatelie. Es hat aber den Anschein, als ob hinter der ganzen Affäre Mächte ihre Hand im Spiele haben, die der Parteibewegung in dem Waldenburger Industriegebiet und vor allem dem verhassten sozialdemokratischen Zeitungunternehmern einen vernichtenden Schlag versetzen wollen.

Aus der bremischen Bürgerschaft.

Die bremische Bürgerschaft hat in ihrer letzten Sitzung wieder einige Vorschläge des Liberalismus gegeben. Nicht nur, daß ein sozialdemokratischer Antrag auf Erweiterung des Sommerurlaubs für Staatsarbeiter abgelehnt wurde, es wurde auch der sozialdemokratische Antrag niedergestimmt, daß bei den Wahlen der Bürgerschaft zu wählen die in den Wählerlisten verzeichneten Wähler von der Aufnahme in die Wählerliste durch Postkarten zu benachrichtigen sind. In einer Reihe weniger „liberaler“ Gemeinden behielt diese Einrichtung bekanntlich schon seit langer Zeit. — Abgelehnt wurde auch der sozialdemokratische Antrag, in den bremischen Staatschulen die Kinder von Dissidenten vom Religionsunterricht zu befreien. Nur ein Teil der Fortschrittler stimmte für den sozialdemokratischen Antrag, eine Anzahl Fortschrittler stimmte ausdrücklich dagegen, während sich noch andere der Stimme enthielten.

Oesterreich.

Böhmen unter Kuratel!

Prag, 29. Juni. (Eig. Ber.) Der vor fünf Jahren gewählte böhmische Provinziallandtag, den das elende Wahlrecht frei von Arbeitervertretern erhält, aber dafür dem Großgrundbesitz als Schiedsrichtern zwischen Deutsch- und Tschechischbürgerlichen ausliefert, ist seit seiner Wahl durch die deutsche Obrigkeit lahmgelegt. Die deutschen und tschechischen Chauvinisten können sich über die Verteilung der Verwaltungstellen, Schulen und Steuergelder auf die beiden Nationen nicht einigen, die Deutschen verhindern durch ihre Obstruktion selbst schon die Konstituierung des Landtags und seither die längst notwendige Finanzreform. Jetzt wird die Regierung durch kaiserliches „Rekript“ die Selbstverwaltung Böhmens beseitigen. Der Landtag wird aufgelöst, damit hört endlich auch der noch vom vorigen Landtag gemahlte und eigentlich nicht mehr rechtsfähige Landesauschuss zu existieren auf und aus seinen feudal-bürgerlichen Mitgliedern und einigen hohen Regierungsbeamten wird eine Verwaltungs-Kommission gebildet, für die es aber im Gesetz gar keine Grundlage gibt. Diese Kommission soll aber nicht nur die bisherigen, sondern auch noch höhere Steuern erheben. Die „Wiener Arbeiterzeitung“ fordert auf, einen solchen Staatsstreich durch Steuerverweigerung der gerichtlichen Nachprüfung zu unterbreiten.

Angarn.

Die Wiederwahl Tiszas.

Am Sonnabend wurde im Kreise Szad der ungarische Ministerpräsident Tisza, wie bereits gemeldet, gegen den oppositionellen Kandidaten Szeghens wieder gewählt. Tisza erhielt 2470, sein Gegner 1563 Stimmen.

Es ist in Ungarn Sitte, daß im Wahlkampf der Geist der Schnapsflasche dem Geist des Kandidaten zu Hilfe kommt, daß die Macht der Argumente unterfällt wie von der Macht der gehaltenen Faust. Bei einer Wahl aber, in der der Ministerpräsident in Frage steht, da geht es noch ganz anders zu: Die Stadt Szad war vollgepfropft mit Militär und Gendarmerie. Die Abgeordneten der Regierungspartei gingen von Haus zu Haus und suchten die Wähler durch Ueberreden, Versprechungen und, wo diese nichts nützten, durch Drohungen für Tisza zu gewinnen. Nur zu oft ließen sie bei dieser Agitation als Lockmittel einige Hundertkronenscheine bei den Wählern zurück. War ein Wähler auf diese Weise für Tisza gewonnen, so wurde ihm ein Gendarm als Ehrenposten vor die Wohnung postiert, der den Befehl erhielt, den Wähler dazuer zu beschützen, daß er mit niemand mehr verkehren konnte, der ihn etwa in seiner „Ueberzeugung“ wandeln machen könnte. Trotzdem nun in der keine 60 000 Einwohner zählenden Stadt Szad etwa 7400 Polizisten und Militärpersonen solcherart beschäftigt waren, magte der Kandidat Tisza nicht, in Szad aufzutreten. Der Polizeichef hatte die Regierung verständigt, daß er für die Auf-

rechterhaltung der Ordnung bei einem Auftreten Tiszas keine Garantie übernehmen könne. So arbeiteten die 84 Abgeordneten der Regierungspartei ohne den Kandidaten mit allen Mitteln für seine Wahl. Statt der Reden der Agitatoren hörten die Wähler nur das Anzapfen der Bierfässer, das Füllen der Weinkrüge und der Schnapsflaschen, und statt der Flugchriften wurden Kupons verteilt, die auf Portionen Goulasch, warme Würste, einen Liter Wein, einen Liter Bier oder einen Viertelliter Schnaps lauteten. Wer bis zum 24. Juni sich nicht verpflichtete, für Tisza zu stimmen, wurde gemohregelt.

Frankreich.

Der Kampf um die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 30. Juni. Die Kammer setzte heute die Beratung der Militärvorlage fort. Der Deputierte Rolle erklärte, in jeder Hinsicht Anhänger des Gegenentwurfs Augagneur zu sein, bei dem der Redner namentlich die regionale Rekrutierung für wertvoll hielt. Dann verteidigte Augagneur von neuem seinen Gegenentwurf und verwarf die Ziffern des Generals Legrand zu widerlegen. Der Redner bestand auf der Ersetzung der Militärhandwerker und sonstigen Beschäftigten durch Zivilpersonen, die im Falle der Mobilisierung ihre Beschäftigung beibehalten würden. Darauf wurde die Beratung geschlossen und es wurde zur Abstimmung über den Gegenentwurf Augagneur geschritten.

Der Gegenentwurf wurde schließlich mit 330 gegen 214 Stimmen abgelehnt.

Der Abgeordnete Painlevé verteidigte den Gegenentwurf, durch den die Jahresklassen im Jahre ihrer Aushebung vom zwanzigsten Jahre an eingestellt werden sollen; vorübergehend solle im Jahre 1913 mit der jetzt 1912 genannten Jahresklasse die eine Hälfte der Jahresklasse 1913 und mit der Klasse 1914 die andere Hälfte der Jahresklasse 1913 eingestellt werden. Der Gegenentwurf hält die zweijährige Dienstzeit aufrecht und sieht die Ersetzung von gewissen Militärbeamten durch Zivilisten vor. Painlevé rechnet darauf, auf diese Weise 120 000 Mann mehr einstellen zu können.

Painlevé glaubte, daß sein System in den Jahren 1914 und 1915 eine ausreichende Rekrutierung ergeben würde, um den deutschen Heeresverpflichtungen gewachsen zu sein, nach 1916 würde die Aushebung der Kräfte in Senegal die Lücken ausfüllen. Painlevé schätzte das eventuelle jährliche arabische Kontingent auf 12000 Mann. Kriegsminister Etienne unterbrach den Redner und sagte, daß diese Schätzung ein wenig klein sei. Weisung hält es für möglich, algerische Kolonialtruppen zur Ausübung des Polizeidienstes in Nordafrika zu bilden und so zu ermöglichen, die 80000 Mann, die das Mutterland dorthin entsandt habe, zurückzurufen. Painlevé schloß mit der Versicherung, daß sein Gegenentwurf die Disziplin wiederherstellen würde. (Beifall auf der äußersten Linken und auf verschiedenen Bänken der Rechten.) Der Berichterstatter Paté erklärte die Frage der Einstellung der Zwanzigjährigen sei vorbehalten worden. (Bewegung auf der Rechten und auf der äußersten Rechten.) Der Berichterstatter bekämpfte den Gegenentwurf, dem er vorwarf, nur von vorübergehender Wirkung zu sein und im Oktober nur 615 000 Mann statt der 712 000 Mann zu stellen, die Frankreich brauche.

Er erinnerte dann daran, daß die Kammer die zweijährige Dienstzeit abgelehnt habe, die der Gegenentwurf aufrecht erhalte. (Beifall im Zentrum auf verschiedenen Bänken.) Dann wurde abgestimmt und der Gegenentwurf Painlevé mit 333 gegen 233 Stimmen abgelehnt.

Eine politische Maßregelung.

Paris, 29. Juni. Der Professor an der Schule der hohen Wissenschaften, Paul Bussy, wurde vom Unterrichtsminister von seinem Posten entbunden. Es erregt großes Aufsehen, daß diese Maßregelung ohne vorherige Untersuchung einfach auf dem Administrationswege erfolgte. Die Maßregelung ist in der literarischen Tätigkeit des Professors zu suchen, der vor einiger Zeit Artikel gegen die dreijährige Dienstzeit veröffentlichte.

Italien.

Kriegsbarbareien in der Cyrenaika.

Rom, 28. Juni. (Eig. Ber.) Im Militärbezirk von Derna haust jetzt noch dem unglücklichen Befehl von Etangi und dem darauf folgenden Nachzug der Kriegsschrecken in seiner barbarischen Form. Dem „Avanti“ zufolge geht man heute in der Umgegend von Derna mit denselben Mitteln an Werk, mit denen im Oktober 1911 die Oase von Tripolis „gesäubert“ wurde. Die Dörfer werden verbrannt, die Felder verwüstet, das Vieh weggeführt, die Eingeborenen gequält und niedergemacht wie wilde Tiere. Greise, Frauen und Kinder werden seit fast einer Woche in den Pfanzungen aufgeschübert und in den Gräben belagert, bis sie schließlich zusammen mit den mit den Waffen in der Hand ergriffenen Männern niedergeschossen werden. Oft bleiben — immer dem „Avanti“ zufolge — die Opfer schwer verwundet liegen und werden hilflos einer langen menschlichen Agonie überlassen. Es kommt vor, daß man den Einwohnern im Namen des Königs von Italien Sicherheit für Leben und Gut verspricht, wenn sie die Waffen abliefern und sie dann unterhändlerisch umbringen läßt, falls sich in dem Dorfe noch versteckte Waffen finden. Diese Vorkarheit muß dem Kommando selbst grauenhaft erschienen sein, so daß man sie nicht von italienischen Truppen besorgen lassen wollte: die Säuberung der Umgegend von Derna ist den Askaris, den eingeborenen Truppen von Ertrada, überlassen worden. Der „Avanti“ meint, daß wahrscheinlich die offiziellen Dementis ebenso wenig ausbleiben würden wie die Versuche, das Vorgehen des Kommandos zu rechtfertigen. Man wird sagen, daß es sich im Grunde um die Eingeborenen handelt, die bei Etangi hunderte italienischer Soldaten getötet und die Gefangenen gemartert haben. So sei man eine Barbarei aus der anderen ab, entschuldigt die eine mit der anderen, rechtfertigt Grausamkeit mit Grausamkeit und führt auf diese Weise die Eingeborenen in die Geheimnisse christlich-europäischer Zivilisation ein. Wenn dann eines Tages die Schüsse verhallt und der Rauch der brennenden Dörfer verweht ist, dann wird Ruhe in der Cyrenaika sein; aber sie wird der kirchlichen Propaganda von Darfchau verflucht ähnlich sein.

Spanien.

Sozialistischer Protest gegen den Marokkorkrieg.

Madrid, 30. Juni. Der sozialistische Führer Iglesias erklärte in seiner Rede, die er in Valencia in einer von 3000 Personen besuchten Protestversammlung gegen den marokkanischen Feldzug hielt, er fordere die Regierung auf, die Revision des französisch-spanischen Rapallovertrages zu verlangen. Die Sozialisten veranstalteten nach der Versammlung auf der Straße Kundgebungen und riefen: „Nieder mit dem Kriege!“ Die Polizei schritt ein und nahm mehrere Verhaftungen vor.

Rußland.

Die Antwort des russischen Militarismus.

Aus Petersburg wird uns geschrieben: Trotz der außerordentlichen Zurückhaltung der russischen Regierungsvorteiler in der Duma und des notgedrungenen

Stillschweigens der russischen Presse, ist es doch schon möglich, ein annäherndes Bild der geplanten Heeresverpflichtungen an der deutschen Ostfront zu geben. Der russische Ministerpräsident Kolojzew betonte schon in seiner Budgetrede in der Duma, daß die neuen Militärkredite im nächsten Jahre nicht nur den Zuwachs der ordentlichen Einnahmemein, sondern auch in beträchtlichem Maße den freien Verbestand der Staatskasse in Anspruch nehmen würden. Das bedeutet die unverhüllte Ankündigung einer neuen Heeresvorlage, die allein im nächsten Jahre, außer den jetzt bewilligten 864 Millionen für Heer und Marine, noch einige Hundert Millionen Rubel verschlingen wird. Die neuen russischen Rüstungen dienen fast ausschließlich dem Zweck, die durch die deutsche Wehrvorlage herbeigeführte Kräfteverschiebung an der russischen Grenze auszugleichen. Wie aus den Reden der Regierungsvorteiler General Schilinsky und General Danilow in der Duma hervorgeht, ist das Kriegsministerium bereits an die Reorganisation der Armee und an die Formierung neuer Truppenteile geschritten. General Schilinsky betonte, daß die Reorganisation der Armee sich nach zwei Richtungen hin bewegen werde: erstens würden neue Truppenteile aller Waffengattungen gebildet, und dann werde die Friedensstärke der bestehenden taktischen Einheiten erhöht. Die hieran anschließenden Erörterungen namhafter Militärschriftsteller weisen darauf hin, daß einerseits eine Zusammenziehung größerer Truppenteile an der deutschen Grenze, von wo bekanntlich 1910 zwei russische Armeekorps zurückgezogen wurden, und andererseits die völlige Instandsetzung der Grenztruppen für den Kriegsfall geplant wird. Wenn, so heißt es, die deutsche Friedenspräsenz auf drei Viertel und die österreichische — auf zwei Drittel der Friedensstärke gebracht wird, so muß Rußland in Anbetracht der ungünstigeren Mobilisationsverhältnisse überhaupt von einer Friedenspräsenz Abstand nehmen und die Grenztruppen fortwährend schlagbereit halten.

Fügt man hinzu, daß die russische Feldartillerie außerordentlich verstärkt, neue strategische Bahnen gebaut und neue Befestigungen an der deutschen Grenze angelegt werden sollen, so erkennt man, wie zutreffend die Worte des Genossen Scheidemann sind: „Ist es nicht Wahnsinn, daß wir durch die ungeheure Heeresvermehrung nur dafür sorgen, daß ganz Europa rüstet und wir schließlich schwächer dastehen als die anderen?“

Norwegen.

Gegen das Seerechtsrecht.

Christiania, 29. Juni 1913. (W. L. B.) Die Generalversammlung des Nordischen Schiffsreedervereins, die gestern unter der Leitung des Präsidenten Otto Thoresen abgehalten wurde, beschloß einstimmig folgende Resolution: „Die Generalversammlung spricht aus, daß sie das Recht, das Eigentum feindlicher Untertanen zur See aufzubringen, für eine veraltete Ueberlieferung der Barbarei vergangener Zeiten ansieht, die gegen die Zivilisation ist und die Entwicklung des Verkehrs zur See in unserer Zeit behindert.“ Weiter erklärte die Versammlung, daß mit Rücksicht auf den internationalen Handelsverkehr zur See nur Gegenstand und Waren, die direkt zu Kriegszwecken benutzt werden können, also namentlich Waffen und Munition als Kriegsbeute, von den angelegten werden können. Das Präsidium wird daher ersucht, sich an die Regierung der skandinavischen Länder zu wenden und die Notwendigkeit zu betonen, daß diese Reformen baldigst auf dem Wege von Traktaten befördert werden.

Letzte Nachrichten.

Unterschliffe bei der Deutschen Bank.

Am gestrigen Mittag sollten 17 Kassenboten der Deutschen Bank aus dem Kassentor eine größere Summe in die oberen Räume bringen. Beim Aufzählen des Geldes entdeckte man, daß 10 000 M. in Banknoten fehlten. Die sofort verständigte Kriminalpolizei entsandte einen Kriminalkommissar an Ort und Stelle, doch ergab die Untersuchung ein negatives Resultat. Da die Kassenboten das Bankhaus nicht verlassen haben, nimmt man an, daß die Summe in der Bank selbst versteckt worden ist. Die polizeilichen Untersuchungen gehen weiter.

Die neuen Kämpfe auf dem Balkan.

Athen, 30. Juni. (Nachricht der Agence d'Athènes.) Der gemeldete Angriff der bulgarischen Truppen scheint ohne ernste strategische Bedeutung zu sein. In zuständigen Kreisen wird erklärt, daß der bulgarische Angriff gegen die griechisch-serbische Front lange vorbereitet worden sei. Die griechische Regierung hat alle notwendigen Maßnahmen getroffen, um die Sicherheit des eroberten Landes ausrechtzuerhalten. Eine amtliche Nachricht über eine Kriegserklärung Bulgariens liegt jedoch nicht vor. Der Minister hat beschlossen, heute abend in Sofia energischen Protest gegen die neue Verletzung des Demarkationsprotokolls einzulegen. Die öffentliche Meinung ist über das Verhalten der Bulgaren auf das äußerste empört.

Sofia, 30. Juni. (B. U.) Der Befehl von Gwergeli durch die Bulgaren ging ein vierstündiger mörderischer Kampf voraus. Die Serben machten verzweifelte Anstrengungen, die Linie Gwergeli zu halten, und gingen dreimal mit gefülltem Bajonett gegen die Bulgaren vor, wurden aber jedesmal unter großen Verlusten zurückgeschlagen. Inzwischen hatten die Bulgaren bedeutende Verstärkungen herangezogen und ergriffen, unterstützt von ihrer Artillerie, die Offensive. Die Serben zogen sich in vollkommener Unordnung zurück. Bulgarische Kanallerie verfolgte die flüchtenden Truppen bis auf 10 Kilometer.

Saloniki, 30. Juni. (Nachricht des Wiener Teleg. Bureaus.) Die hier befindlichen bulgarischen Truppen wurden von den griechischen Militärbehörden aufgefordert, die Waffen abzuliefern. Die Stadt ist gegenwärtig ruhig.

Ein Dampfer gestrandet.

Vissau, 30. Juni. (W. L. B.) Der der Reederei von Zedler in Elbing gehörende Dampfer „Jaroslawa“ ist 800 Meter vom Rettungsschuppen auf der Rehrung gestrandet. Es wird mittels Kastenapparates versucht, die Passagiere zu bergen.

Schon wieder drei Vergleute verunglückt

Härde, 30. Juni. (W. L. B.) Auf der Höhe „Glückauflegen“ wurden drei Vergleute von plötzlich hereinbrechenden Gesteinsmassen getroffen und lebensgefährlich verletzt. Einer, namens Schnitzer, starb auf dem Weg zum Krankenhaus. Der Zustand der anderen ist hoffnungslos.

Die Hitzschläge in Chicago.

Chicago, 30. Juni. (W. L. B.) Es sind hier zweihundertzig Todesfälle infolge der seit drei Tagen andauernden großen Hitze vorgekommen.

ERKLÄRUNG

Von verschiedener, zumeist interessierter Seite werden über unsere Firma Behauptungen verbreitet, wonach dieselbe einem **Trust** angehöre, oder von einem solchen abhängig sei. *

Da trotz unserer gegenteiligen Versicherungen von einer kleineren Gruppe von Cigarrengeeschäften unter Mitwirkung ihrer nahestehender Agitatoren obige Behauptungen nicht eingestellt werden, haben wir gegen erstere Klage auf Unterlassung und Schadenersatz erhoben und damit den letzteren Gelegenheit gegeben, ihre angebliche Willenshaft vor Gericht als Zeugen unter Eid zu wiederholen. * Um inszwischen einer weiteren Irreführung vorzubeugen, sehen wir uns zur folgenden öffentlichen Aufklärung veranlaßt, deren Inhalt wir vor Gericht unter Eid bekräftigen werden.

ES IST UNWAHR, daß unsere Firma irgend einem Trust oder sonstigen Konzern angehört, oder von einem solchen abhängig ist. * Unsere Firma gehört einem Trust weder an, noch ist sie in irgend einer Art durch Verträge an einen solchen, oder irgend einen anderen Konzern, oder irgend eine Firma, Person oder Personengruppe in irgend einer Beziehung gebunden. * Das in der Gesellschaft angelegte neue Kapital ist und bleibt in der Minorität; es hat als reine Kapitalanlage keinerlei Einfluß auf den Geschäftsgang.

Unsere Firma ist daher vollkommen

Es ist unwahr, daß wir die Selbständigkeit des Handelstrogen wollen, daß derselbe in Abhängigkeit von dem Handel und dem Konsumenten nach wie vor als Einzelreellen Geschäftsprinzipien, wie solche seit unserem das geringste

In Verbindung mit obigen Behauptungen wird in einer Anzahl von Cigarrengeeschäften in offener böswilliger Absicht der Versuch gemacht, den Konsumenten durch die Unterstellung gegen unsere Fabrikate eine Verächtlicherung eingetreten sei. *

DEMGEGENÜBER

stellen wir fest, daß nicht die geringste Veränderung in unserer Fabrikation Platz gegriffen hat; unsere Erzeugnisse werden genau wie seither hergestellt, unter Verwendung der besten Rohabake und feinsten Cigarettenpapiere, zusammengesetzt auf Grund einer aus jahrzehntelanger Praxis erworbenen Erfahrung, * in derselben vollkommenen Qualität,

durch die allein wir unseren

An die Konsumenten und unsere Geschäfts freunde richten wir die Bitte, sich durch derartig unwahre Behauptungen nicht beirren zu lassen, weil solche lediglich auf willkürlichen Erfindungen beruhen, * Wir erlauben uns weiter Jedermann gegenüber die ergebene Bitte auszusprechen uns in allen solchen Fällen direkte Nachricht zukommen zu lassen, in denen in Cigarrengeeschäften oder sonst wo dieser Erklärung widersprechende oder uns schädigende Behauptungen aufgestellt oder verbreitet werden, damit wir uns dagegen wege schützen können,

WIR WARNEN vor Verbreitung von dieser Erklärung widersprechenden Gerüchten.

unabhängig, selbständig u. TRUST-FREI.

dels in Tabakfabrikaten irgendwie antasten, oder dazu bei irgend einem Konzern geraten könne. * Wir stehen dem Handel und dem Konsumenten gegenüber und haben an unseren seitherigen strengeren Befehlen in der gesamten Tabakbranche bekannt sind, nicht geändert.

wird in einer Anzahl von Cigarrengeeschäften in offener böswilliger Absicht der Versuch gemacht, den Konsumenten durch die Unterstellung gegen unsere Fabrikate eine Verächtlicherung eingetreten sei. *

nicht die geringste Veränderung in unserer Fabrikation Platz gegriffen hat; unsere Erzeugnisse werden genau wie seither hergestellt, unter Verwendung der besten Rohabake und feinsten Cigarettenpapiere, zusammengesetzt auf Grund einer aus jahrzehntelanger Praxis erworbenen Erfahrung, * in derselben vollkommenen Qualität,

heutigen Welt/Ruf erwerben konnten

An die Konsumenten und unsere Geschäfts freunde richten wir die Bitte, sich durch derartig unwahre Behauptungen nicht beirren zu lassen, weil solche lediglich auf willkürlichen Erfindungen beruhen, * Wir erlauben uns weiter Jedermann gegenüber die ergebene Bitte auszusprechen uns in allen solchen Fällen direkte Nachricht zukommen zu lassen, in denen in Cigarrengeeschäften oder sonst wo dieser Erklärung widersprechende oder uns schädigende Behauptungen aufgestellt oder verbreitet werden, damit wir uns dagegen wege schützen können,

dieser Erklärung widersprechenden Gerüchten.

Baden-Baden, den 1. Juli 1913

A. BATSCHARI

Cigarettenfabrik G.m.b.H.

Kammerlieferanten * S. M. des Kaisers v. Oesterreich und Königs v. Ungarn,
Hoflieferanten:

S. M. des Königs von Schweden * S. K. Hoheit des Großherzogs von Baden,
J. K. H. der Erbprinzessin v. Sachsen-Meiningen.

Lieferanten:

S. D. des Fürsten Max Egon zu Fürstenberg

Lieferanten der Staatl. Französischen u. Italienischen Tabak-Resien

Ausländische Vertretungen in:

Amsterdam * Batavia * Brüssel * Buenos-Aires * Kopenhagen * Kristiania *

Lissabon * London * Madrid * Neapel * New York * Paris * Petersburg *

Shanghai * Stockholm * Swakopmund * u. Wien *

14 2 6007

Das Massenstreikproblem.

V.

Von den Blättern des rheinisch-westfälischen Industriegebiets hat sich jetzt auch die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ zur Massenstreikfrage geäußert. Sie schreibt u. a.:

„Zweifellos steht fest, daß mit den bisher angewandten friedlichen Mitteln der Wahlrechtskampf nicht mehr zu steigern ist. Versammlungen und Resolutionen, selbst Straßen- demonstrationen machen keinen Eindruck auf Junker und Junkerengenossen. Und unsere Arbeiter werden schließlich inter- esselos, weil sie die Unwirksamkeit der angewandten Mittel erkennen. Nur dann dürfen wir wieder auf den Massen- aufmarsch der Arbeiter zu Versammlungen und Demonstrationen rechnen, wenn sie wissen, daß diese Versammlungen usw. vorbereiten sollen zu größeren wirksamen Aktionen. Daß im ge- gebenen Moment der Massenaufmarsch der proletarischen Wahlrechtskämpfer erfolgen wird, daran glauben wir selbst fest.“

Es scheint allerdings, daß durch das Ergebnis der Landtags- wahlen manche Genossen in den Redaktionen unserer Partei- blätter völlig dem Pessimismus verfallen sind. Das kommt daher, daß manche Genossen ihre Hoffnungen riesenhoch geschraubt hatten und nun arg enttäuscht sind und über diese Enttäuschung den Mut verloren haben. Was will man denn eigentlich? Wir haben gar nicht mehr erwartet, und bei nächsterm Nachdenken muß jeder zugeben, daß auch bei erheblicher verstärkter Kraftanstrengung ein wesentlich größerer Erfolg kaum zu erzielen war. . . .

Wir halten selbstverständlich auch dafür, daß der Massen- streik eine wertvolle Waffe ist, mit der nicht leichtfertig gespielt werden darf. Der preussische Wahlrechtskampf ist aber auch keine leichtfertige Sache und spielend ist dieser Kampf erst recht nicht zu gewinnen. Und doch müssen wir diesen Kampf gewinnen. Preußen ist der Hort der Reaktion in Deutschland, Preußen ist das Hemmnis für jeden Fortschritt, die preussischen Junker müssen überwunden werden, wenn Deutschlands Arbeiter frei werden sollen. Natürlich ist dies Ziel ohne schwere Opfer nicht zu erreichen, aber haben über diese Tatsache wir Sozial- demokraten uns je einer Täuschung hingelassen?

Gewiß: morgen wird der Massenstreik noch nicht prokla- miert, auch über sechs Wochen oder sechs Monate wohl noch nicht. Doch sind die Dinge nicht reif. Im gegenwär- tigen Moment wäre hier im Industriegebiet der Massenstreik ein verfehltes Beginnen. Wir verkennen nicht die mancherlei Schwierigkeiten, die in nächster Zeit einen solchen Kampf noch unmöglich erscheinen lassen. Es ist unnützlich, diese Schwierigkeiten im einzelnen hier zu erörtern. Aber jetzt schon ändert sich die Situation und jetzt schon weichen die Schwierigkeiten. Wer will sagen, was etwa in Jahres- frist schon sein kann! Nicht leichtfertig wird die sozialdemo- kratische Arbeiterschaft zum äußersten Mittel greifen; sie wird nur gezwungen und nach reiflicher Überlegung und sorgsamster Vorbereitung sich der Waffe des Massenstreiks bedienen. Es ist richtig, in Preußen wird der Kampf ungleich schwieriger sein als in Belgien. . . .

Mag der kommende Kampf schwer werden, scheuen dürfen wir ihn nicht. Und freiwillige Verschleissung auf die Waffe des Massenstreiks kann es nie und nimmer geben. . . .

Alle Klammerei ist vom Uebel, schlimmer jedoch ist ein Taktiker, der seine Pläne vor aller Welt offenlegt und damit dem Gegner Gelegenheit gibt, seine Abwehrmaßnahmen zu treffen.“

In der „Leipziger Volkszeitung“ erschienen unter der Spitzmarke „Taktische Fragen“ von R. L. gezeichnete Artikel. In dem zweiten Artikel wird u. a. ausgeführt:

Sachlich von Wichtigkeit und einer ersten Untersuchung wert ist die Frage von der Rolle der sozialdemokratischen Organisationen in den proletarischen Massenkämpfen im allgemeinen. Merkwürdig genug ist freilich, daß die stärksten Zweifel an der Reife der Arbeiter- schaft zu Massenaktionen gerade in dem Lande auftauchen, wo die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften die größte Macht er- reicht haben. In Schweden und Holland, in Belgien und Italien, in Spanien und in Rußland, in Frankreich und in Oesterreich, in der Schweiz und in Ungarn haben wir seit einem Dutzend von Jahren zahlreiche Massenstreiks verschiedener Art erlebt, nur in Deutschland, dem Mutterland der Organisation, der Disziplin und der Disziplin, soll das Proletariat zum Massenstreik noch nicht reif sein! Solche Ansichten geben ein trauriges Zeichen für den Wert unserer Organisationen ab, wären sie nicht selbst bloß der Ausfluß eines auffallenden Mangels an historischer Perspektive.

Wir sollen offenbar erst dann zu Massenstreiks „reif“ sein, wenn der letzte Mann und die letzte Frau aus der Arbeiterklasse eingeschriebene Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins ge- worden sind. Bei allem löblichen Eifer für die Organisationsarbeit spricht aus solchen Ansichten eine gefährliche Unterschätzung der ge- schichtlichen Rolle und der Aktionsfähigkeit der unorganisierten Masse. Man muß sich schließlich an den Kopf fassen und fragen: wie ist denn die Weltgeschichte bisher ohne uns, ohne Wahlvereine, ohne den sozialdemokratischen Parteivorstand und die Fraktion aus- gekommen? Der Massenstreik ist — was man in unseren Reihen nur zu oft vergißt — nicht ein Produkt der Sozialdemokratie, umgekehrt: die Sozialdemokratie ist selbst ein Produkt des Klassen- kampfes, sein jüngstes Produkt. Der Massenstreik ist so alt, wie die Klassengesellschaft, und es waren stets und überall die arbei- tenden Massen, die handelten, wenn die Zeit reif war, die Schlachten lieferten, die den Kampf entschieden. Da ging auch noch alles ohne Wahlvereine und ohne Parteipresse. Wie waren Bauernkriege möglich? Wir kamen die großartigen Aktionen der Masse in der englischen Revolution des 17. Jahrhunderts zustande? Wie die Chartistenbewegung, wie die wunderbare Kampagne des Pariser Proletariats im Jahre 1848 und 1871, wo die sozialistische Organi- sation nur winzige Geheimglieder umfaßte? Und in diesen Fällen handelte es sich nicht mehr um chaotische Ausbrüche verzweifelter Hausen, wie man — völlig zu Unrecht — die Bauernkriege auf- fassen mag, sondern um großartige Aktionen mit politischem Ge- danken, Ausdauer, Fähigkeit, Opfermut, mit Disziplin und Mut, Ernst und Würde. Und wenn auch in der Revolution von 1848, wenn in der Pariser Kommune Kehler und Dummköpfe gemacht wurden — werden denn von unsern Führern nicht häufig genug Dummköpfe gemacht? Das Aufkommen der Sozialdemokratie garantiert so wenig vor politischen und historischen Fehlern, wie es den Erfolg und Sieg der Arbeiterklasse in jeder einzelnen Kampf- phase verbürgt. Wir müssen eben genau so jeden Tag von neuem aus der Geschichte lernen, wie alle aufstrebenden und kämpfenden Schichten es seit jeher mußten.

Mit dem Pirngespinnst, das gesamte arbeitende Volk erst in die Parteikassen einzustellen, ehe man Geschichte macht, drehen wir uns übrigens in fehlerhaften Zirkel. Je mehr unsere Organi- sationen wachsen, Hunderttausende und Millionen umfassen, um so mehr wächst notgedrungen der Zentralismus. Damit geht aber auch das geringe Maß an geistigem und politischem Inhalt, an Initiative und Entschluß, das im alltäglichen Leben der Partei von den Organisationen ausgeht, wird, nämlich auf die kleinen Kollegen an der Spitze: auf Vereinsvorstände, Bezirksvorstände und Parlamentarier über. Was für die große Masse der Mit- glieder übrig bleibt, sind die Pflichten zum Beitragszahlen, zum Flugblätterausstreuen, zum Wählen und zu Wahlhelferarbeiten, zur Hausorganisation für das Zeitungsubonnement und dergleichen. Das Musterbeispiel in dieser Hinsicht ist die Berliner Organisation, in der so ziemlich alles Wichtige an Leitung und Entschluß von dem Zentralvorstand erleidet wird, und wo die Initiative von unten fast gänzlich an dem Gitterwerk der zahllosen Instanzen wie an einem Stacheldrahtgarn bricht.

Es ist aber eine wunderliche Idee, dauernd Millionen von Menschen nur mit Erfüllung laufender Pflichten, mit Erörterungen über eine Erhöhung der Beiträge, über die Anstellung neuer Zeitungsausträgerinnen, mit Wahlen des ersten und zweiten Vor- sitzenden und des Kassierers, oder, zur Abwechslung, mit allerlei örtlichen kleinen Reibereien unter den Funktionären zu beschäf- tigen, wie sie nun einmal nicht zu vermeiden sind, wo viele Men- schen zusammenarbeiten. Es ist eine wunderliche Vorstellung, man brauche diesen bürokratischen Kleinkram nur mechanisch ins Riefenhafte zu steigern, um mit der Zeit zwei Millionen, drei Mil- lionen, vier Millionen Mitglieder und so weiter in die Parteiorgani- sation hineinzuführen und sie dort halten zu können.

Für die großen Massen muß viel mehr die Qualität in eine ganz andere Qualität umschlagen. Die großen Massen müssen sich in einer ihnen eigenen Weise betätigen, ihre Massenergie, ihre Tatkraft entfalten können, sie müssen sich selbst als Masse rühren, handeln, Leidenschaft, Mut und Entschlossenheit entwickeln. Da aber unser alltäglicher Organisationsapparat unmöglich ein solches Leben bieten kann — gehören doch auch geschichtliche Situa- tionen dazu, die sich nicht künstlich schaffen lassen —, da in unserer Organisation umgekehrt selbst das mögliche Minimum an geistigem Leben der Masse durch den Zentralismus erstickt wird, so muß man sich ein für allemal von dem Bahn freimachen, als ob uns je gelingen würde, die ganze gewaltige Masse des arbeitenden Volkes in beitragszahlende Mitglieder der Wahlvereine zu verwandeln.

Dies ist als Vorbedingung für große Massenaktionen weder möglich noch auch notwendig. Was notwendig ist, ist nur eine fühne Initiative und Aktion der Partei, mit der sie sich an die Spitze der Massen stellt, jedesmal wo die politische Situation dies erfordert. Die unorganisierten Massen, ja, die gegnerisch organisierten Schich- ten werden ihr dann begeistert Herdbrand leisten. Als Beweis diene daselbst belgische Beispiel, das vielfach von verfehrter Seite auf unsere Genossen so faszinierend wirkt. Das wichtigste, was sich als positive Lehre aus dem belgischen Experiment ergibt, ist gerade die Tatsache, daß die unorganisierten Massen in wichtigen Mo- menten nie verjagen und daß jede ernste Aktion der Sozialdemo- kratie ohne diese Massen ganz undenkbar wäre. In Belgien lassen die gewerkschaftlichen wie die politischen Organisationen so ziemlich alles zu wünschen übrig, auf jeden Fall können sie sich mit den belgischen nicht entfernt messen. Und doch kommt seit 20 Jahren ein imposanter Wahlrechtsstreik nach dem andern zustande.

Allerdings können die Massen nur dann Erfolge erzielen, wenn die Führung der Partei konsequent, entschlossen und durchsichtig klar ist. Wird auf zwei Schritte vorwärts stets ein Schritt zurück gemacht, dann werden schließlich auch die Massenaktionen verpuffen. In jedem Fall vermag aber dann, wenn ein politischer Feldzug scheitert, nicht die unorganisierte Masse, sondern die organisierte Partei und ihre Führung.

Die Sozialdemokratie ist historisch dazu berufen, die Vorhut des Proletariats zu sein, sie soll als Partei der Arbeiterklasse führend vorantücken. Bildet sie sich aber ein, sie allein, die So- zialdemokratie, sei berufen, die Geschichte zu machen, die Klasse sei selbst nichts, sie müsse erst ganz in Partei verwandelt werden, ehe sie handeln darf, dann kann sich leicht ergeben, daß die Sozial- demokratie zum hemmenden Moment im Massenkampf wird und daß sie, wenn die Zeit reif ist, der Arbeiterklasse nachlaufen muß, von ihr wider Willen zu Entscheidungsschlachten geschleift.

In dem 8. R. L. gezeichneten Artikel der „Leipziger Volks- zeitung“ heißt es u. a.:

„Im Kampfe um das preussische Wahlrecht kann nicht irgend- ein Massenstreik in Frage kommen, der uns nach 10 oder 20 Tagen gedulbigen Streikens den Sieg bescheren soll, sondern eine lange Periode erbitterter und scharfer Kämpfe, mit mehreren Massenstreiks von verschiedener Dauer und verschiedenem Charakter, je nach der einzelnen Wendung des Kampfes und der allgemeinen Situation: Demonstrationsstreiks und Kampfstreiks, politische und wirtschaftliche Streiks. In einer solchen Periode gälte es, alle Momente auszunützen, die zur Aufpeitschung der Masse beitragen, alle größeren gewerkschaftlichen Konflikte, Arbeitslosen- bewegungen und dergleichen, sich zunutze kommen zu lassen, nament- lich aber die summen Sklaven des Staates, die Arbeiter und An- gestellten der öffentlichen Dienste auszurütteln, um alle Energien der Masse wachzurufen, allen Jörn, der in ihr lebt, in daselbe Bett des politischen Kampfes zu legen und den Ungeflüm des Druckes aufs höchste zu steigern. Eine derartige Aktion muß von Hause aus stürmischen Charakter haben, soll sie etwas ausrichten, soll sie die ganze wirkliche Macht der Volksmasse in die Wag- schale werfen. Und damit ist schon gegeben, daß man zu einer solchen Kampfperiode nicht mit einem fertigen, bis ins kleinste und kleinste ausgearbeiteten Feldzugsplan und mit einer fertigen Kostenrechnung in der Tasche ausrücken, daß man dabei nicht die „Gefühllichkeit“ zur wichtigsten Sorge der Leitung und die Disziplin zur Kampfvorrede des Kampfes machen kann. Zu einem großen politischen Kampfe, der ein Stück Geschichte machen soll, darf man nicht die Arbeitermassen führen, wie der Tierbändiger wilde Bestien vorsehrt, hinter eisernem Gitter und mit Pistolen und Säugstangen in jeder Hand. Das Ungeflüm der unorganisierten Massen ist uns in großen Kämpfen überhaupt viel weniger gefährlich, als die Galtlosigkeit der Führer.“

Bei näherer Betrachtung sieht also die Anwendung des Massen- streiks, wie sie allein in der Praxis in Betracht kommen kann, viel weniger gemächlich aus, als sich mancher Genosse vorstellt. Mit kleinen Mitteln und zaghafter Politik läßt sich ein Kampf auf diesem Maßstabe nicht meistern, und nicht die „Vorberei- tung“ zu irgend einem „Massenstreik“ liegt uns gegenwärtig ob, sondern die Vorbereitung un- serer Organisation zur Tauglichkeit für große politische Kämpfe, nicht die „Erziehung der Arbeiterklasse zum Massenstreik“, sondern die Erziehung der Sozialdemokratie zur politischen Offensive.“

Reichstag.

173. Sitzung. Montag, den 30. Juni 1913, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bethmann Hollweg, Del- brück, Kühn, v. Geeringer.

Das Haus ist sehr stark besetzt.

Die Abänderung des Militärstrafgesetzbuchs.

Der fortschrittliche Antrag, der bei den Verbrechen des militärischen Auftrades, der Meuterei usw. mildernde Umstände zu- lassen und dann Gefängnisstrafe verhängen will, wird zugunsten eines Kompromißantrages aller großen Parteien zurückgezogen, wonach bei diesen Delikten in minder schweren Fällen die Strafe bis auf 6 Monate bezw. 1 Jahr Gefängnis ermäßigt werden kann.

Dieser Antrag wird in der ersten Lesung ohne Debatte an- genommen. In der zweiten Lesung erklärt

Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg:

„Ich kann aus natürlichen Gründen im gegenwärtigen Augenblick nicht im Namen der Verbündeten Regierungen sprechen. Für meine Person erkenne ich es an, daß es wünschenswert ist, für eine Anzahl militärischer Delikte mildernde Umstände zuzu- lassen. (Bravo!) Ich werde deshalb, falls der gestellte Antrag vom Reichstag angenommen wird, im Bundesrat für ihn eintreten. (Bravo!)“

In zweiter Lesung wird der Antrag gegen wenige Konserervative, darunter die Abgg. v. Wählendorff, Köppln und Arsch, angenommen. (Beifall.)

Abg. Bassermann (natl.) beantragt, sofort die dritte Lesung vorzunehmen.

Vizepräsident Paasche:

„Das kann nur ausnahmsweise geschehen und das Präsidium läßt eine solche Ausnahme ungern eintreten. Da sich aber kein Widerspruch erhebt, beginnen wir mit der dritten Lesung.“

Abg. Haase (Soz.):

Wir sehen in diesem Antrag nur einen kleinen Anfang zu der dringend notwendigen allgemeinen Reform des Militärstrafgesetzbuchs. Unsere Wünsche gehen viel weiter, namentlich auch in Bezug auf diese Paragraphen. Aber wir stimmen dem Antrag zu, in dem festen Entschluß, eine sofortige Verringerung eintreten zu lassen (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir rechnen auch darauf, daß der Gerichtsherr, dem die Unteruchung des Er- furter Urteils zusteht, es in einer solchen Weise prüfen wird, daß die Wohltaten des vorliegenden Gesetzesentwurfs den Verurteilten sofort zugute kommen. (Lebhafte Beifall bei den Sozial- demokraten und anderen Parteien.)

Abg. v. Brodhhausen (L.):

Wir haben mehrfach anerkannt, daß eine Abänderung des Militär- strafgesetzes gerechtfertigt wäre, auch bei diesen Paragraphen. Wir müssen aber Verwahrung dagegen einlegen, daß die Beratung der Wehrvorlage dazu benutzt wird, Zugeständnisse von einer Trag- weite zu erlangen, die noch nicht zu übersehen ist. Wir pro- testieren auch dagegen, daß solche gesetzgeberischen Maßnahmen vom Reichstag derartig über Anie gebrochen werden. (Sehr wahr! rechts, Widerspruch links.) Da aber hier eine sachliche Verrechnung vorliegt, werden meine politischen Freunde in ihrer Mehrzahl für den Gesetzesentwurf stimmen, ohne sich aber für die Zukunft irgendwie zu präjudizieren. (Beifall rechts.)

Abg. Schulz-Bromberg (Rp.):

bedauert, daß mit diesem Antrag ein Zwang auf die Regierung geübt werde, weshalb ihn die Reichspartei auch nicht habe unterschreiben können.

Abg. Dr. Spahn (Zt.):

Nicht um einen Zwang auf die Regierung handelt es sich hier, sondern um die Erfüllung sehr alter Wünsche des Reichstags. Es muß auf diesem Gebiet endlich etwas geschehen. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.)

Der Gesetzesentwurf wird in dritter Lesung fast einstimmig, gegen wenige Konserervative, angenommen. Die Abstimmung dieser paar Konservativen erregt den lebhaften Unwillen der großen Mehrheit des Hauses, der sich in zahl- reichen Zurufen äußert.

Der damit angenommene Gesetzesentwurf hat folgenden Wort- laut: Als § 110a des Militärstrafgesetzbuchs wird folgende Vor- schrift eingefügt: § 110a. Liegt in den Fällen der §§ 109, 108, 107, 110 ein minder schwerer Fall vor und ist die Tat nicht im Felde begangen, so kann die Strafe in den Fällen der §§ 109, Absatz 1, und 108 bis auf sechs Monate, in den Fällen der §§ 107, Absatz 2, 107 und 110 bis auf ein Jahr Gefängnis ermäßigt werden.“ Im Absatz 2 des § 109 wird das Wort „zwei“ durch „einem“ ersetzt.

Die dritte Lesung der Militärvorlage.

In der Lesung verlangt niemand das Wort.

Der Antrag Bassermann (natl.) auf Wiederherstellung der in der zweiten Lesung auf die Hälfte reduzierten Regierungsforderung, sechs neue Kavallerieregimenter zu bewilligen, wird unter allgemeiner Unruhe mit den Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen ange- nommen. (Lebhafte Beifall und vereinzeltes Händeklatschen bei diesen Parteien.)

In der Gesamtabstimmung wird die Militärvorlage auf Wehrreinstellung von 136 000 Mann pro Jahr in das stehende Heer gegen die Sozialdemokraten, Elsässer und Polen angenommen. (Lebhafte Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.)

Der Nachtragsetat, der infolge der Militärvorlage nötig ge- worden ist, wird ohne Debatte von den gleichen Parteien an- genommen.

Die dritte Lesung der Deckungsvorlagen.

In der Generaldebatte gibt im Namen der sozialdemo- kratischen Fraktion Abg. Haase die an leitender Stelle wieder- gegebene Erklärung ab.

Weitere Wortmeldungen zur Generaldebatte liegen nicht vor.

Zur Spezialberatung liegt zum § 8 des Zubachssteuer- gesetzes ein Kompromißantrag Bassermann- Erzberger- Fischel vor, der die darin vorhandene Steuerfreiheit für kleinere Grundstücke nicht eintreten lassen will, wenn der Veräußerer oder sein Ehegatte den Grundstücksbesitz gewerbmäßig betreibt.

Abg. Haase (Soz.):

Wir werden dem Antrag zustimmen, der etwa von mir gegebenen Anregung aus der zweiten Lesung entspricht.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Ein weiterer Kompromißantrag Bassermann- Erz- berger- Gothein will den aus der Besteuerung der Erbschaften auskommenden Vorkauf zu vier Fünftel dem Neiche und zu ein Fünftel den Bundesstaaten überweisen.

Abg. Graf Westarp (L.): Wir stimmen gegen den Answag, der den Bundesstaaten weitere 60 Millionen entzieht.

Abg. Erzberger (Z.): Der Antrag ändert gar nichts; bisher verbließen den Bundesstaaten von einer geringeren Erbschaftsteuer 25 Proz, und nun sollen sie von einer höheren Erbschaftsteuer, durch die sie keinerlei Mehrarbeit haben, 20 Proz. bekommen.

Der Antrag wird gegen die Rechte angenommen. In der Gesamtabstimmung wird ausgefegt. Es folgt die

dritte Lesung des Besitzsteuergesetzes.

Abg. Graf Westarp (L.):

Wir hätten gewünscht, diese Steuer mit der Mehrheit be- schließen zu können, und daß es möglich gewesen wäre, den 1909 entworfenen Entwurf endgültig zu erledigen. (Sehr wahr! rechts.) Aber es gibt Grenzen, über die wir grundsätzlich nicht hinausgehen können. Wir haben gegen dieses Gesetz ver- fassungsmäßige und staatsrechtliche Bedenken ernstester Art. Es enthält eine Vermögens-, Einkommens- und Erb- schaftsteuer. (Sehr wahr! links.) Damit greift es in die Finanzen der Einzelstaaten zu sehr ein, und macht es ihnen unmöglich, ihre Kulturaufgaben zu erfüllen. (Sehr wahr! rechts, Lachen links.) Trotz all dieser schweren Bedenken hätten wir der Regierungsvorlage in ihren Grenzen noch zugestimmt. Die Kommissions- beschlüsse geben aber weit darüber hinaus und gestatten den Einzelstaaten nicht mehr, die Kosten entsprechend ihrer Eigenart und geschäftlichen Entwicklung aufzubringen. Die direkte Reichserbschafts-, Vermögens-, und Ein- kommensteuer ruht an die verfassungsmäßigen Grundlagen des Reiches, die wir aufrechterhalten wollen. (Sehr wahr! rechts, Heiterkeit links.)

Der Triumph der Sozialdemokratie

über dieses Gesetz zeigt aber, daß es Geist von sozialdemo- kratischen Geist ist. (Große Heiterkeit links.) Wir machen diesen Anfang auf dem Wege zum demokratisch

regierten Einheitsstaat nicht mit. (Zustimmung rechts, Heiterkeit links.) Wir können aber auch der Festlegung der Steuerpflicht der Bundesfürsten nicht zustimmen, wie wir oft betont haben. Endlich müssen wir noch die Besteuerung der Erbsparnisse und Meliorationen, die Doppelbesteuerung der Erbschaften der Seitenverwandten und die Mehrzahl von uns auch die Besteuerung des Kindesvertrages ablehnen. Nachgehend sind aber für uns die staats- und finanzrechtlichen Gründe. Der Vorwurf, daß wir bei dem nationalen Werk nicht bis zum Ende mitgegangen wären, wäre unbedeutend. Wir wollten alles bewilligen, was die Regierung und wie sie es gefordert hatte, auch die von ihr gepostete Besitztsteuer. Bei fester und geschickter Vertretung wäre die Regierungsvorlage auch durchzusetzen gewesen. (Heiterkeit links.) So hätte sich eine Einigung der bürgerlichen Parteien vollzogen, die der Reichskanzler in der zweiten Lesung als nötig bezeichnet hat. Wir wären also bereit gewesen, alles zu bewilligen (Juraß bei den Sozialdemokraten; Aber nicht aus Ihren Taschen!), aber der jetzigen Vorlage können wir nicht zustimmen. (Bravo) rechts, Heiterkeit links.)

Abg. Vassermann (nall.) beantragt namentliche Abstimmung über das Besitztsteuergesetz.

Abg. Schulz (Rp.):

Wir freuen uns, daß Herrens Vorlage und Deckung gleichzeitig verabschiedet werden. Die Verantwortung für die Gestaltung der Deckung trifft die Regierung, die sie zugelassen hat. Wir stimmen aber einstimmig für die Vorlage, dies erkläre ich auch namens des Abg. v. Seyl. (Große Heiterkeit links.)

Damit schließt die Generaldiskussion.

In der Einzelberatung begründet

Abg. Ledebour (Soz.)

einen Antrag, wonach alljährlich bei der Feststellung des Etats bestimmt werden soll, welcher Prozentsatz der Besitztsteuer in den betreffenden Jahren erhoben werden soll (Quotifizierung). Das deutsche Reichssteuerrecht enthält bis jetzt in der Hauptsache nur indirekte Steuern, die ein für allemal in ihrem Ertrag festgesetzt sind und auf deren Höhe, wenn sie einmal beschlossen sind, das einzelne Steuerjahr keinen Einfluß haben kann. Um aber wenigstens in gewissem Sinne die Steuern dem jährlichen Bedürfnis anpassen zu können, sind die Kontributionsbeiträge eingeführt worden. (In der großen Unruhe des Hauses ist der Redner schwer verständlich.) Jetzt, wo wir direkte Reichsteuern einführen, ist es dringend notwendig, daß dem Mangel abgeholfen wird, den unser Steuerrecht bis jetzt zeigt, und daß der Reichstag in die Lage kommt, jährlich den Betrag der zu erhebenden Steuer festzusetzen. Nun wird man gegen unser Verlangen vielleicht einwenden, daß eine Vermögenssteuer nicht so leicht variabel gemacht werden kann, wie eine Einkommensteuer. Wir würden ja eine Reichs- Einkommensteuer der nun vorgeschlagenen Reichsbesitztsteuer vorziehen, aber all diesen Bedenken hat Graf Westarp von vornherein die Spitze abgebrochen, indem er zweimal erklärt hat, daß dieses Gesetz die Reichseinkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer enthalte. (Sehr gut!) bei den Sozialdemokraten. Damit hat Graf Westarp auch das Bedenken entkräftigt, daß eine reine Vermögenssteuer nur schwer oder gar nicht variabel gemacht werden könnte. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wenn Graf Westarp fortfährt, die sich vollziehende Entwicklung so anzuerkennen, so kann er dem deutschen Volk in seiner weiteren parlamentarischen Karriere vielleicht noch ganz gute Dienste leisten (Heiterkeit), und das erkennen wir immer gern an, von welcher Seite es auch geschehen möge. Wir sind auch jederzeit bereit, die Bundesgenossenschaft anderer Parteien anzunehmen, wenn es sich um Fortschritte handelt. Also, Graf Westarp selbst hat die Unmöglichkeit des Hauptinwandes gegen unseren Antrag dargelegt und ich hoffe, daß deshalb unser Antrag vom Hause angenommen werden wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichschatzsekretär Kühn

bittet den Antrag aus prinzipiellen und praktischen Gründen abzulehnen. Jureit sei auch kaum die Möglichkeit gegeben, die Frage der Quotifizierung aufzurollen.

Abg. Fischbeck (Rp.):

Ihrer ganzen Natur nach läßt sich die Besteuerung der Erbschaften nicht beweglich gestalten.

Abg. Ledebour (Soz.):

Für unseren Antrag müßten alle Parteien eintreten, denen es mit den Einkünften des Reichstags ernst ist. Früher haben sich auch Zentrum und Nationalliberale im Sinne unseres Antrages ausgesprochen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Einkommensteuer quotifiziert werden kann, dann kann es auch die Erbschaftsteuer.

Es folgt die dritte Lesung des § 48, dem als Absatz 2 in der zweiten Lesung auf Antrag der Sozialdemokraten die Bestimmung hinzugefügt worden war, daß der Bundesrat die Behörden bestimmt, die für die Veranlagung der Bundesfürsten zur Besitztsteuer zuständig sind.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg:

Ich kann nur die bereits wiederholt abgegebene Erklärung der Verbündeten Regierungen wiederholen und den Reichstag dringend bitten, den Absatz 2 des § 48 im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes abzulehnen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Junz (nall.):

Wir werden den Absatz ablehnen, weil wir nicht wollen, daß auch nur ein Teil dieses nationalen Werkes an dieser Frage scheitert. Durch unsere Abstimmung bringen wir aber nicht zum Ausdruck, daß die deutschen Fürsten nach dem geltenden Reichsrecht der Besteuerung nicht unterliegen. Die weitand überwiegende Mehrheit meiner Fraktion ist vielmehr gerade entgegengesetzter Ansicht, überläßt die Entscheidung dieser Frage aber der Anwendung des Gesetzes. (Rachen bei den Sozialdemokraten.) Bei dieser Gelegenheit stellen wir fest, daß sich eine etwaige Steuerfreiheit zu beschränken hat auf die Person des Landesherrn und der Landesherrin. Wegen die Steuerpflicht der anderen Mitglieder fürstlicher Häuser sind staatsrechtliche Bedenken nicht mehr erhoben worden.

Eine Resolution Herzog (Wirtsch. Bg.) ersucht die Verbündeten Regierungen, ein Gesetz einzubringen, durch das die Steuerpflicht der Fürsten geregelt wird.

Abg. Wehren (Wirtsch. Bg.) bittet diese Resolution anzunehmen.

Abg. Haase (Soz.):

Was wir bisher erlebt haben, ist ein glatter Umsfall gegenüber dem Sturzungen der Regierung. (Sehr wahr! links.) Wie das Gesetz angewendet werden wird, können wir uns ja denken, denn die Regierung beruht ja die Steuerpflicht der Fürsten. Daher muß der Reichstag den Verbündeten Regierungen den Zwang auferlegen, im Sinne seiner Wehrheitsbeschlüsse das Gesetz anzuwenden. (Sehr gut! links.) Die große Mehrheit des Reichstages ist der Ansicht, daß die Steuerpflicht der Fürsten besteht. Würde der Absatz 2 des § 48 abgelehnt werden, so würde trotz aller Erklärungen draußen der Eindruck erweckt werden, als ob der Reichstag eine solche Steuerpflicht nicht anerkennt. (Sehr richtig! links.) Dieser Eindruck aber wäre ein falscher. Gerade nach der Erklärung des Reichskanzlers ist es die Pflicht des Reichstages, hier einen Riegel vorzusetzen. Zum wir das nicht, so können sich Staatsrechtler in Zukunft darauf berufen, daß der Reichstag niemals im Sinne der Steuerpflicht entschieden habe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Seien Sie daher konsequent und halten Sie am Beschluß zweiter Lesung fest. (Beifall links.)

Abg. Dr. David (Soz.):

Wenn die Resolution der Wirtschaftlichen Vereinigung angenommen würde, würde der Reichstag erklären, daß bis zum

Zustandekommen des darin verlangten Gesetzes eine Steuerpflicht der Fürsten nicht besteht. Die Resolution ist also kein geeigneter Ausweg aus der jetzigen Situation. Daran, daß durch die Aufrechterhaltung des Beschlusses zweiter Lesung das Gesetz gefährdet würde, glaubt doch hier im Hause kein Mensch. (Sehr richtig! links.) Meinen Sie, daß die Regierung vor dem Lande wagen würde, dieses Gesetz zurückzuweisen, nur weil die Steuerpflicht der Bundesfürsten darin steht? (Sehr gut! links.) Das ist politisch einfach nicht möglich. Der Reichstag hat die ganze Nacht in dieser Frage in der Hand und deshalb hat er auch die ganze Verantwortung. (Lebhafte Zustimmung links.)

In namentlicher Abstimmung wird der Absatz 2 des § 48 mit 195 gegen 169 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen gestrichen. Die Resolution Herzog wird gegen die Stimmen der Wirtschaftlichen Vereinigung abgelehnt.

Die Änderung des Reichsstempelgesetzes wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgen die

Gesamtabstimmungen.

Der Beibrtrag wird gegen die Stimmen der Polen und Estländer angenommen. — Die Änderungen im Finanzwesen (Aufrechterhaltung der Zuckersteuer usw.) werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen, Estländer und Welfen angenommen. — Das Weitzsteuergesetz wird mit 290 gegen 63 Stimmen bei 29 Stimmenthaltungen angenommen. In der Minderheit stimmte die Rechte, die Stimmenthaltungen stammen aus dem Zentrum. — Die Änderung des Reichsstempelgesetzes wird in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. (Die Sozialdemokraten verlassen den Saal.)

Präsident Kaempf:

Wir stehen am Schluß eines Sitzungsdrittels, der in der Geschichte des Reichstages als einer der denkwürdigsten bezeichnet werden wird. Nicht nur die Dauer von sieben Monaten habe ich dabei im Auge, sondern die fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, die der Reichstag zu überwinden hatte. Wenn ein Ausweg gefunden worden ist, so ist das dem festen Willen des Reichstages zu verdanken, in einer seiner selbst würdigen und vor der Kritik der Geschichte standhaltenen Weise die ihm gestellten Aufgaben zu erfüllen. (Beifall.) Groß waren die Anforderungen, die an die Arbeitskraft der Reichstagsmitglieder im allgemeinen und der Vorkommismissionsmitglieder mit ihrem bewährten Vorkommis im Besonderen gestellt wurden. (Beifall.) Der Reichstag ist den gestellten Anforderungen gerecht geworden und zwar mit einer planvollen Initiative bei der Ausgestaltung der ihm vorgelegten Gesetze, wie kaum je zuvor. Wir können heute das Gefühl der erfüllten Pflicht haben, das uns vollen Erfolg bietet für die hinter uns liegenden Sorgen und Aufregungen. Die Opfer, die gebracht werden müssen, sind schwerer als je zuvor. Möge der Beschluß des großen Werkes in der gesamten Nation das Gefühl der Sicherheit und Ruhe stärken, das für die geistliche Entwicklung des Reiches unentbehrlich ist, und möge es dazu beitragen, uns und der Welt den Frieden zu bewahren, den das gesamte Deutschland ehrlich will. (Beifall.)

Abg. Vassermann (nall.)

danke dem Präsidenten für die umsichtige und gerechte Leitung und Praß. Kaempf überträgt den Dank auf die Vizepräsidenten, Schriftführer, Quästoren und alle Reichstagsbeamte. (Bravo!) Er erbittet und erhält die Ermächtigung, die nächste Sitzung einzuberufen und die Tagesordnung festzustellen.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg:

Lassen Sie auch mich die Ueberzeugung aussprechen, daß dank der gemeinsamen Arbeit der Verbündeten Regierungen und des Reichstages ein großes Werk getan ist. Es wird gewiß keiner unter uns sein, der an dem großen Werk nicht manches andere wünschte, und mancher im Lande wird Mängel und Härten darin sehen, wie die neuen Lasten verteilt worden sind. Aber trotz aller Mängel im einzelnen wird das Ganze der Nation zum Heile dienen. Die großen Opfer werden getragen für die höchsten Güter der Nation, für den Frieden und die Ehre des Landes. Mit der Verwirklichung des festen Entschlusses, für die Sicherheit des Reiches Gut und Blut herzugeben, können wir hellen Blickes und mit gestärkter Zuversicht auf Frieden und — wenn es sein möchte — auf siegreiche Abwehr in die Zukunft sehen. (Bravo!) Das Bewußtsein hiervon möge jetzt nach langer und aufopfernder Arbeit die Herzen in ihre Heimat geleiten. (Bravo!)

Der Reichskanzler verliest dann die kaiserliche Verordnung, durch die der Reichstag bis zum 30. November vertagt wird.

Präsident Kaempf schließt die Sitzung mit dem üblichen Kaiserhoch.

Schluß 3 Uhr.

Aus der Partei.

Uns den Organisationen.

Der Bezirksparteitag für Oldenburg-Ordnungsland tagte am Sonntag in Oldenburg. Anwesend waren 35 Delegierte, der Vorstand, einzelne Landtagsabgeordnete usw. Aus dem Bericht des Landesvorstandes ist folgendes hervorzuheben: Die Parteiorganisation Oldenburg-Friesland besitzt zurzeit 34 Ortsvereine; außerdem sind in 12 weiteren Orten Mitglieder vorhanden, doch konnten dort sichere Stützpunkte bisher nicht gewonnen werden. In den zum Bezirk gehörenden drei oldenburgischen und zwei ostfriesischen Wahlkreisen sind insgesamt 7310 männliche und 1516 weibliche Mitglieder vorhanden. Der Zuwachs gegen das Vorjahr ist nur schwach. Besseres ist von der Jugendbewegung zu berichten, die trotz aller Drangsalierungen, insbesondere der Kaiserlichen Wert in Wilhelmshaven, ausblüht. Die Anzahl der Jugendlichen beiderlei Geschlechts ist in den neun Monaten des Berichtsjahres von 450 auf 550 gestiegen. Während die oldenburgische Eisenbahnbediensteten Jugendverbände auf den Bahnen freie Fahrt gewährt, wurden unsere dahingehenden Anträge regelmäßig abgelehnt. Vom Zeitungsgeschäft konnte günstig berichtet werden, wenn auch die Abonnentenziffer eine höhere sein könnte, im Hinblick darauf, daß bei der letzten Reichstagswahl rund 27 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden und im Bezirk 20 000 freigeordnete Gewerkschafter vorhanden sind. In den Orten, wo sich die Partei an den Gemeinde- und Stadtwahlen beteiligte, hatte sie auch Erfolge zu verzeichnen. In der Stadt Brake wurde zum erstenmal drei Genossen in den Stadtrat gewählt. Das Bildungswesen erfährt eine mannigfache Förderung durch Wanderluste und Wandervorstellungen. Vier weiteren Mitgliedschaften wurden aus der Bezirksliste Bibliotheken beschafft. Die Kaiserin ist überall herzlich begrüßt worden, bis auf die Vorgänge in Rastenburg-Wilhelmshaven. Den jetzt unter Auflage Bestellen wurde die vollste Sympathie ausgesprochen. — In der mehrstündigen Diskussion über den Geschäftsbericht wurden die Verhältnisse in den einzelnen fünf Wahlkreisen eingehend erörtert. Der Antrag auf Herausgabe eines Volkskalenders zu Agitationszwecken, wie das früher geschah, wurde dem Vorstand zur Prüfung überwiesen. — Das Bezirksorganisationsstatut wurde dahin abgeändert, daß jeder Ortsverein bis 400 Mitglieder einen, von 400 bis 1000 zwei, bis 2000 drei, bis 3000 vier und für jede weiteren 1500 Mitglieder einen Delegierten mehr entsenden kann. — Genosse Hug gab dann den Bericht der Landtagsfraktion. Er hob hervor, daß die 12 Stimmen unserer Genossen im Landtage vielfach ausschlaggebend gewesen sind, so bei der Beamtenbeförderungsfrage, Einführung des Frauenwahlrechts usw. — Neben den diesjährigen Parteitag referierte der Parteisekretär Kerner. Er verteidigte die Haltung der Fraktion und des Parteivorstandes bei der Beratung der Weitz- und Deckungsvorlagen. Er trat auch für das mit der General-

kommission getroffene Abkommen über die Kaiserin ein. — Angenommen wurde ein Antrag auf Abhaltung regelmäßiger Gemeindevertretertage. — Als Vorsitzender wurde Genosse Hug, als Vorort Rastenburg einstimmig wiedergewählt.

Der dritte braunschweigische Reichstagswahlkreis (Holzminden-Wandersheim) hielt in Nieshausen seine Jahreskonferenz ab. Die Mitgliederzahl hat sich bei starker Fluktuation um nur 16 vermehrt. Sie beträgt 1162 und verteilt sich auf 31 Ortsvereine. Gewerkschaftsmitglieder sind 2104 im Kreise vorhanden. Die Zahl der Volkstreu-Beizehr betrug im Dezember 1912 2637; 370 mehr als im Dezember des Vorjahres. Die Gemeinderäte und Stadtvorordnetenwahlen brachten uns 16 neue Mandate. Wir haben in 6 Städten 16 Stadtvorordnete und in 31 Gemeinden 48 Gemeinderatsmitglieder. Unsere Stimmen überflügeln die der gesamten Gegner um 212. Kreisvorsitzender wurde wieder Genosse Martin-Holzminde.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Justizirrtum.

Vor einigen Monaten wurde unser Götthart Parteiblatt und mit ihm sein Gewährsmann, ein Arbeiter Naab, wegen Verleumdung des Schultheißen Henneberg aus Diehlsdorf verurteilt. Der Arbeiter Naab erhielt vier Monate Gefängnis, unser Parteiblatt 60 Mk. Strafe. Den Ausgangspunkt der Klage bildete eine Schultheißenwahl in Diehlsdorf, für die Henneberg, der bisherige Schultheiß, wieder kandidierte. Er fiel bei der neuen Wahl durch, und dieser Durchfall ist dem Umstand zuzuschreiben, daß Naab und noch ihm das „Volkblatt“ mitgeteilt hatten, vor 16 Jahren sei bei dem Bau der Wasserleitung in Diehlsdorf von dem Vater des Schultheißen und seinen Söhnen absichtlich ein Holzstüpfel in die Wasserleitung getrieben worden, um sie so gut wie unbrauchbar zu machen. Die Tatsache konnte nicht bestritten werden, daß die Wasserleitung immer mangelhaft war. Die Firma, die sie ausgeführt hatte, soll sogar die mit der Ausführung betraut gewesenem Beamten entlassen haben, weil man annahm, es liege ein Konstruktionsfehler vor. Es wurden auch, nachdem Naab seine Behauptung aufgestellt hatte, Untersuchungen vorgenommen und Teile der Leitung bloßgelegt und gereinigt, ohne daß die Angaben des Naab bestätigt wurden. Erst jetzt, am vergangenen Freitagabend, fand man an einer Stelle der Wasserleitung einen fest in das Rohr eingeleiteten Holzstüpfel, der dem Wasser den Weg versperrte. Wenn nun auch der Fundort sich nicht mit den Angaben des verurteilten Arbeiters deckt, so muß eben berücksichtigt werden, daß zwischen der Tat und der Auffindung 16 Jahre liegen. Jedenfalls aber dürfte so viel feststehen, daß auf Grund dieses Fundes der Prozeß wieder aufgenommen und der Mann freigesprochen werden muß. Natürlich kann nun auch nicht mehr von einem sozialdemokratischen Wahlmännchen gesprochen werden.

Die Gründung eines keramischen Industrieverbandes.

Die Tagungen der Glasarbeiter, Töpfer und Porzellanarbeiter.

Leipzig, 30. Juni.

Der Gedanke des Zusammenschlusses gewerkschaftlicher Organisationen zu großen Industrieverbänden hat in den letzten Jahren immer weitere Fortschritte gemacht. Die kapitalistische Konzentration, der Zusammenschluß der Unternehmer zu großen Verbänden, drängt zur gewerkschaftlichen Konzentration. So haben wir besonders 1910 die Verschmelzung mehrerer Gewerkschaftsorganisationen: die Gründung eines Industrieverbandes für das Transportgewerbe zu Wasser und zu Lande (die Verbindung der Organisationen der Hafenarbeiter, Seeleute und Transportarbeiter) und den Zusammenschluß der Maurer und Bauhilfsarbeiter zum Deutschen Bauarbeiterverband. In den folgenden Jahren haben sich mehrere kleine Verbände größerer Industrieorganisationen angegeschlossen.

Nun stehen wir wieder vor einem Zusammenschluß, vor der Gründung eines Industrieverbandes. Die Delegierten der Verbände der Glasarbeiter, Töpfer und Porzellanarbeiter kamen am Montag, den 30. Juni, hier zusammen, um das Statut der neuen Organisation zu beraten. Der Gedanke der Verschmelzung dieser drei Verbände ist nicht neu. Die Verschmelzungsfrage wird schon seit einer Reihe von Jahren sehr eingehend in den Kreisen der Mitglieder erörtert, und wiederholt sprachen sich Generalversammlungen der Verbände für die Gründung eines keramischen Industrieverbandes aus. Die letzten Generalversammlungen der drei Organisationen (1910 und 1911) beauftragten die Vorstände, ein gemeinsames Statut auszuarbeiten und dieses den Mitgliedern zur Abstimmung vorzulegen. Zur Annahme des Statuts sollen zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erforderlich sein.

Die Vorstände kamen diesem Auftrage nach und arbeiteten ein Statut für den neuen Verband aus. Doch soll über dieses nicht sofort eine Abstimmung vorgenommen werden, sondern die Verhandlungen sollen es zunächst beraten. Die Organisationsleitungen sind der Meinung, daß eine Abstimmung ohne vorausgehende Generalversammlungen wertlos sei, weil ja dann eine Abänderung der Statutenvorlage unumgänglich wäre. Die Abstimmung müsse also nach den Tagungen stattfinden.

Bei der Ausarbeitung der Vorlage machten die Unterstüßungseinrichtungen die größten Schwierigkeiten, was erklärlich ist, da diese in den drei Verbänden sehr verschieden sind. Besonders die Frage der Arbeitslosenunterstützung erwies sich als schwer lösbar. Es galt hierbei, der Heimarbeitfrage sowie den besonderen Verhältnissen in der Glasindustrie und nicht zuletzt der spärlichen Arbeitslosigkeit bei den Ofenhebern Rechnung zu tragen. Alle Wünsche konnten natürlich nicht berücksichtigt werden. Das Hauptgewicht legten die Vorstände auf die Kampffähigkeit des neuen Verbandes. Die Unterstüßungseinrichtungen durften deshalb nicht überpassen, sondern mußten in einer gewissen Grenze gehalten werden.

Der neue Verband soll den Namen „Deutscher Keramikerarbeiterverband“ erhalten und sein Sitz in Berlin sein. Er soll alle Arbeiter und Arbeiterinnen in der Glas-, Porzellan-, Steinzeug-, Steinzeug- und Tonindustrie, der Tonofenfabriken, Schmelzöfenbetriebe, die Ofenheber, Ofenbauer und alle Hilfsarbeiter umfassen. Neben der Gewährung von Rechtsschutz will der Verband Unterstützung bei Streiks, Auspörrung und Währungsveränderungen, bei Arbeitslosigkeit und Krankheit gewähren; ferner Zahlung und Anzugsunterstützungen, Unterstützung an Wohnhäusern, sowie Sterbegeld für Mitglieder und deren Frauen. Der Beitrag richtet sich nach dem Verdienst des Mitgliedes und soll bei einem Wochenverdienst bis 8 Mk. 25 Pf. pro Woche, bis zu 13 Mk. 40 Pf., bis 18 Mk. 55 Pf., bis 23 Mk. 70 Pf., bis 28 Mk. 85 Pf. und über 28 Mk. 1 Mk. betragen.

Dieser Statutenentwurf ist in den Mitgliederversammlungen und in den Verbandstagen sehr eingehend erörtert worden. Er stieß teilweise auf großen Widerspruch. Von den Glasarbeitern wurde besonders gegen die Erhöhung der Beiträge sowie gegen die vorgeschlagene Form der Arbeitslosenunterstützung Einwendungen gemacht. Die Unterstüßungseinrichtungen nahmen übrigens bei allen Diskussionen den breitesten Raum ein. Verurteilt wurde die Mindermeinung eines Ausschusses. Die verschiedenen Wünsche der Mitglieder haben sich zu einer außerordentlich großen Zahl Anträge verdichtet. Über 800 Anträge liegen zu dem Statutenentwurf vor. Davon entfallen auf den Glasarbeiterverband allein 431; die Töpfer und Porzellanarbeiter waren bescheidener, sie begnügten sich mit je etwas über 200 Anträge. Diese enorme Zahl von Anträgen läßt erkennen, wie eingehend die Beratung des Statuts auf den Tagungen sein wird.

Zunächst werden die einzelnen Verbände den Statutenentwurf getrennt beraten und dann wird in gemeinsamer Tagung die endgültige Form der Statuten festgelegt. Die Glasarbeiter und Töpfer werden danach die übrigen Tagungsorte bestimmen.

ordentlichen Generalversammlung (Entgegennahme der Geschäftsberichte usw.) erledigen.

Die neue Organisation wird eine Mitgliederzahl von sofort über 50 000 haben. Am Schlusse des Jahres 1912 zählten die drei Verbände insgesamt 47 908 Mitglieder. Der Glasarbeiterverband ist mit 20 007 Mitgliedern an erster Stelle, dann kommt der Porzellanarbeiterverband mit 16 078 und der Töpferverband mit 11 733 Mitgliedern. Organisationsfähige kommen in der keramischen Industrie ungefähr 150 000 in Betracht. Der Verband hat also noch ein sehr großes Ausbreitungsgebiet. Die Rassenverhältnisse der drei Verbände haben sich in den letzten Jahren sehr gut entwickelt. Die drei Verbände zählten am Jahreschlusse 1912 ein Vermögen von fast 1 Million Mark. Das größte Vermögen bringen die Töpfer mit, 375 651 M., die Glasarbeiter hatten Ende 1912 ein Vermögen von 279 797 M., und die Porzellanarbeiter ein solches von 273 721 M.

Doch wir tun nun, daß die Beratung der Statutenvorlage so ausfällt, daß das neue Statut allseitige Befriedigung erweckt, und daß die Arbeiten der Generalversammlungen zum Vorteile aller in der Keramindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ausfallen. In diesem Sinne begrüßen wir die Gründung des keramischen Industrieverbandes, der zweifellos die Nachposition dieser Arbeiter fällen wird.

14. Generalversammlung der Maler und Weißbinder.

Halle, 30. Juni 1913.

Zum dritten Male seit Jahresfrist treten die Delegierten des Verbandes der Maler, Weißbinder und Lackierer zusammen. Zweimal erheischten die Lohn- und Tarifbewegungen die Einderufung außerordentlicher Verbandstage, während vom 30. Juni bis zum 5. Juli hier die in zweijährigen Perioden fällige ordentliche Generalversammlung stattfindet.

Die diesmalige Tagung erfordert ganz besonderes Interesse, denn neben den üblichen Tagesordnungspunkten (Rechnenschaftsbericht, Wahlen u. dgl.) stehen die verflochtenen Lohnbewegungen zur Debatte und außerdem ist über grundlegende Änderungen des bisherigen Statuts zu beraten.

Vorstandsbericht

Für die Geschäftsjahre 1911 und 1912 weist mit Befriedigung darauf hin, daß die Konjunktur in den Sommermonaten für den Beruf im allgemeinen günstig war, während der Arbeitsmangel im Winter 1911/12 außerordentlich groß war, so daß in Bremen auf eine Arbeitsstelle 10 Bewerber kamen, in Hamburg auf eine Stelle 14 Bewerber, obwohl erfahrungsgemäß eine Anzahl Arbeitsloser den Arbeitsnachweis fernbleiben. Nach den statistischen Erhebungen kamen auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 996,90 Arbeitsuchende im Januar 1910 und 91,11 Arbeitsuchende im April 1910.

Aus dem Bericht über das Tarifwesen geht hervor, daß der Verband in den Jahren 1906 bis 1912 494 Tarife abgeschlossen hat. Die ersten Tarife begünstigten sich damit, die Tarifdauer, Lohn und Arbeitszeit festzusetzen. Dann wurden die Tarife auf immer weitere Gebiete, auf Kündigungsfrist, auf Festlegung der Pausen, auf Zuschläge für Gerüstarbeit, für Ueberlandarbeit, für Jahrgeldvergütung, auf das Stellen von Werkseug, Affordarbeit und schließlich selbst auf die Arbeitsleistung ausgedehnt. Tarifinfortzen wurden geschaffen und ihre Rechte von Tarifperiode zu Tarifperiode erweitert und befestigt. Eine Frage um die andere wurde in den Tarif hineingebracht und heute unterliegt fast das ganze Arbeitsverhältnis der Kontrolle der Organisation. Nur noch ganz wenige Fragen bleiben durch den Tarif unberührt, aber auch deren Lösung wird über kurz oder lang erreicht werden. Das Jahr 1912 brachte die Vorbereitungen für den neuen Reichstarif und im Oktober 1912 beschäftigten sich in ganz Deutschland Bezirkskonferenzen mit dieser Frage. Die Einzelheiten in der Tariffrage haben sich ja erst in der jüngsten Zeit abgespielt und sind wohl noch in bester Erinnerung.

In den beiden Berichtsjahren fanden 278 Lohnbewegungen statt, die sich auf 284 Orte erstreckten mit 2502 Betrieben und 10 000 Beschäftigten. 158 Bewegungen konnten durch Verhandlungen ohne Streik erledigt werden, und zwar in 130 Orten mit 1856 Betrieben und 6000 Beteiligten. Durch Streiks und Suspersionen fanden 120 Bewegungen in 125 Orten mit 646 Betrieben und 3940 Beteiligten ihre Erledigung. Die Lohnkämpfe dauerten insgesamt 4299 Tage. Von den Bewegungen endeten 145 mit 4423 Beteiligten mit Erfolg, 110 mit 4008 Beteiligten mit teilweisem Erfolg und 21 mit 227 Beteiligten ohne Erfolg. Es wurde hierbei für 3782 Personen eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 9196 Stunden erzielt. Die für 8406 Personen erreichte wöchentliche Lohnerhöhung beläuft sich auf 16 637 M.

Die Mitgliederzahl betrug Ende 1910 41 882 und Ende 1912 50 550, so daß eine absolute Zunahme von 8 668 zu verzeichnen ist. Eigentlich hätte der Mitgliederzuwachs zahlenmäßig ganz anders zum Ausdruck kommen können, wenn nicht mit einer außerordentlich starken Fluktuation gerechnet werden müßte und außerdem vielfach Streichungen wegen rückständiger Beiträge Platz greifen müßten. Es sei darauf hingewiesen, daß der Verband in den beiden Berichtsjahren wohl 70 064 Neuaufnahmen erzielte, dagegen aber einen Abgang von 61 429 zu verbuchen hatte.

Mit den ausländischen Bruderverorganisationen unterhielt der Verband gute Beziehungen. Er hat wiederholt die Position dieser Organisationen in Lohnkämpfen dadurch stärken können, daß er den Zugang aus Deutschland fern hielt, außerdem aber auch wiederholt finanzielle Unterstützung den Bruderverbänden gewährte. Im Jahre 1912 wurde zum ersten Male ein internationaler Bericht durch das internationale Sekretariat herausgegeben, und zwar in deutscher, englischer, französischer und dänischer Sprache. Nachregelungsunterstützung wurde an 567 Mitglieder ausbezahlt, und zwar in der Gesamthöhe von 22 870,20 M. Für Rechtschutz mußte der Verband 4108,92 M. ausgeben. Von den Unterstützungsleistungen des Verbandes kommt der Krankenunterstützung die größte Bedeutung zu. In den beiden Berichtsjahren erforderte dieser Zweig 455 715,90 M., an Sterbegeld wurden 23 105 M. verausgabt. Die Reiseunterstützung erforderte 23 211,63 M. für 2531 Mitglieder. Das Verbandsvermögen belief sich Ende 1912 auf 2 232 788,90 M. Die Einnahmen betrugen im Jahre 1911 1 200 000,20 M. und 1912 1 562 450,39 M.

Die Auflage des Vereinsanzeigers betrug 1911 2 584 100 Exemplare und 1912 2 797 600 Exemplare.

Die genannten Zahlen geben ein deutliches Bild von dem Erfolge des Malerverbandes. Daß der Verband auch in seinem organisatorischen Aufbau nicht stille steht, geht zur Genüge aus den zahlreichen Anträgen zur Statutenänderung hervor, die den diesmaligen Verbandstag beschäftigten. Am einschneidendsten dürfte wohl der Antrag des Vorstandes auf Änderung der Beiträge sein. Während bisher der Beitrag nur nach dem Geschlecht der Mitglieder unterschieden wurde (die männlichen Mitglieder zahlten in 35 Sommerwochen 60 Pf. und in 17 Winterwochen 30 Pf., die weiblichen stets 20 Pf.), ist jetzt eine Beitragsstaffelung vorgesehen, die in drei verschiedenen Beitragsklassen wöchentlich 70, 90, 110 Pf. verlangt und in den Wintermonaten 35, 55 und 75 Pf. Dabei ist vorgesehen, daß 40 Wochen als Sommerwochen und 12 als Winterwochen zählen. Es bleibt den Mitgliedern freigestellt, in welcher Klasse sie Beiträge leisten wollen, doch bedingt naturgemäß erhöhte Beitragsleistung auch den Genuß erhöhter Unterstützungsätze. Neu vorgeschlagen ist eine Erwerbslosen- und eine Umzugsunterstützung. Bisher bestand bereits eine Krankenunterstützung; mit der Erwerbslosenunterstützung will man einem in Mitgliederkreisen lange gehegten Wunsche entsprechen. Voraussetzung für den Bezug der Erwerbslosenunterstützung ist eine vorhergehende 5wöchige Beitragsleistung. Die Dauer der Unterstützungsstage richtet sich nach der Zeit der Organisationszugehörigkeit und schwankt zwischen 30 bis 240 Tagen. — Eine ganze Reihe von Anträgen beschäftigten sich mit dem Streikreglement. Das ist erklärlich, weil gerade der diesjährige Tarifkampf auf verschiedene Mängel des bisherigen Reglements aufmerksam gemacht hat.

Alles in allem wird der Verbandstag ein großes Pennum zu erliegend haben und es ist zu wünschen, daß er gute Arbeit im Dienste der Organisation leisten wird.

Gerichts-Zeitung.

Bauernbund gegen Bund der Landwirte.

Ein politischer Verleumdungsprozeß beschäftigte gestern unter Vorsitz des Amtsrichters Dr. Engelmann das Schöffengericht Berlin-Mitte. Als Kläger stand der nationalliberale Abgeordnete und Präsident des Deutschen Bauernbundes Dr. Bachhorst de Wente gegen den verantwortlichen Redakteur der Zeitschrift „Bund der Landwirte“, Otto Kastner, auf. In der Nummer vom 22. März d. J. des genannten Organs des Bundes der Landwirte, erschien unter der Spitzmarke „Ein liberaler Agitator als übler Spahvogel“ ein Artikel, welcher sich mit der Person des jetzigen Klägers Bachhorst de Wente beschäftigte. In diesem Artikel wurde u. a. gesagt, daß „Herr Friedrich Wilhelm Bachhorst de Wente-Groß-Mimmelage „Oberpräsident“ des sogenannten Deutschen Bauernbundes und liberaler Landtagskandidat für Osnabrück“ in seinen Agitationsreden eine besonders komische Wendung gebrauchte, die nach der nationalliberalen „Osnabrücker Zeitung“ folgenden Wortlaut habe: „Der Bauernbund sei z. B. energisch gegen die Einfuhr des argentinischen Gefrierfleisches eingetreten,

während Zentrum und Bund der Landwirte in dieser Frage die Hände in den Schoß gelegt hätten.“ In dem Artikel wird weiter gesagt, daß Herr Bachhorst de Wente offenbar einen sehr gesunden Winterschlaf, um den ihn der fetteste Dach beneiden könnte, gehabt, da er nicht gemerkt habe, daß der Bund der Landwirte seit dem Einziehen des „Fleischnotrummels“ den Deutschen Bauernbund gegen die drohende Einfuhr des Gefrierfleisches verteidigt habe. Schließlich wurde auch noch gesagt, daß der Kläger in seinen „leichtfertigen Verdächtigungen des Bundes der Landwirte die unschöne Rolle eines üblen Spahvogels“ spiele.

Von dem Kläger wurde wegen der höhnenden Bezeichnung „Oberpräsident“ des Bauernbundes und die Bezeichnung „übler Spahvogel“ die vorliegende Privatklage erhoben.

Nach einer längeren Verhandlung kam das Gericht zu einer Freisprechung des Beklagten. Diesem sei der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zuzubilligen, auch lasse sich weder aus der Form noch aus dem Inhalt die Absicht einer Verleumdung erkennen.

Anfrage wegen Zettelanklebens. Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte hatte sich der Angestellte des Transportarbeiterverbandes Otto Franke zu verantworten. Franke war beschuldigt, in der Nacht vom 22. zum 23. November 1912 streikende Mitglieder des Verbandes veranlaßt zu haben, Zettel zu verteilen bezw. an Bäume usw. ankleben zu lassen.

Der Angeklagte erklärte, er habe die Zettel nur anfertigen lassen, aber niemandem den Auftrag gegeben, die Zettel auf der Straße zu verteilen oder an Häuser und Bäume anzukleben. Nur ein Zeuge behauptete, Franke habe den Auftrag zum Ankleben der Zettel erteilt, die übrigen Zeugen bekundeten das Gegenteil.

Der Staatsanwalt beantragte 10 M. Geldstrafe eventuell zwei Tage Haft.

Das Urteil lautete auf Freisprechung. In der Begründung wurde gesagt, daß die Verhandlung nichts ergeben habe, was auf eine Mitschuld des Angeklagten hinweise. Es müsse angenommen werden, daß der belastende Zeuge den Angeklagten falsch verstanden hat, zumal aus den Aussagen der übrigen Zeugen hervorgehe, daß dieser Zeuge während der Streiktage öfter stark betrunken war.

Studentische „Befreiungs“Feiern.

Die Halle'sche Studentenschaft erfreut sich im Jubiläumsjahr, wie wir schon des öfteren berichteten, auch in strafrechtlicher Beziehung der größten Freiheiten. Obwohl jetzt fast tagtäglich in der bürgerlichen Presse über studentische nächtliche Exzesse geflagt wird, verhängen die Gerichte bei Aburteilung studentischer Mißtaten die mildesten Strafen. Von der Abschreckungstheorie, die zuweilen bei Strafprozessen gepflegt wird, merkt man so gut wie nichts. Am Tage nach dem Regierungsjubiläum Wilhelms II. empörte sich die „liberale“ Saalezeitung über eine schamlose Verunreinigung des Bürgerfleisches durch mehrere Studenten in hellblauen Anzügen und knüpfte daran die Bemerkung: „Ob die Studenten dadurch der Feier des Regierungsjubiläum einen würdigen Abschluß geben wollten? Schulbuben hätten dafür eine derbe Tracht Prügel verdient.“

Am Freitag fanden wiederum zwei Studenten wegen nächtlicher Ruhestörungen, Sachbeschädigung und öffentlicher Verleumdung vor dem Schöffengericht unter Anklage. Der Student der Theologie Otto Bräuler war in einer Mäntelacht mit seinen Kommilitonen im Gämsenpark durch die Straßen gezogen und hatte scandalös mit seinem Spazierstock das Marmor-Reliefschild eines Dringsten gewaltsam vorzüglich zerstört. Dann hatte die Gesellschaft Reihens gemacht. Das Schild war 60 M. wert und mußte von dem das ermittelten künftigen Angeklagten ersetzt werden. Dem Gericht wollte der künftige Verführer der Wahrheitstheorie glauben machen, er wäre mit dem Stode „nur so zufällig“ in das Schild „hineingeraten“. Ein Wächter bekundete aber, daß der Angeklagte absichtlich gehandelt habe. — Das Gericht nahm auch vorsätzliche Sachbeschädigung als erwiesen an, ließ den Angeklagten aber mit einer Geldstrafe von 15 M. davonkommen. — Noch billiger kam der Student der Landwirtschaft Eugen Waischli davon, der bei dem Kratzen eines Polizeifreiwächters gegenüber erklärt hatte, er, der Beamte, sei verrückt. — D. wurde verurteilt wegen öffentlicher Beleidigung, 10 M. zu zahlen.

Vergleicht man damit die zuweilen aus Anlaß von Streiks gegen Arbeiter verhängten drazonischen Strafen, dann wird man die Befreiungsfeiern schon zu würdigen verstehen.

Ihrem Kollegen, dem Metteur des „Vorwärts“

Robert Lampe

zum fünfzigjährigen Berufsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche!

Seine Mitarbeiter.

Heines Werke **Reuters Werke**

3 Bände 4 Mark **Buchhandlung Vorwärts**

Sanftmachung.

Hiermit sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem sozialdemokratischen Wahlverein, Hr. Rieder-Parnitz, Lichtenberg, Gruppe 6, anlässlich unserer Silberhochzeit für die erwiesenen Aufmerksamkeit unserer herzlichsten Dank.

Karl Rosenblatt und Frau.

Kadjaheerklarten
Wanderklarten

hält stets vorrädig

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Kaden)

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin O., Rosenthalerstr. 11/12, Restaurant Schöling, Amt Korben, 2428.

Achtung!

Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalinhadern unseren

kostenlosen Arbeitsnachweis, Rosenthalerstr. 11/12.

Geschäftszeit täglich von 10^{1/2}—1 Uhr mittags.

Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand, NB. Unser Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 2. Quartal rot und muß mit dem Verbandsschempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist unzulässig und ist sofort anzuhalten.



Rox-Knoifer
mit Optal-GLäsern Nickel... Mk. 5.—
Gold-Double... 8.50



Finger-Knoifer Nickel... Mk. 4.—
mit Optal-GLäsern Gold-Double... 8.50



25%

Ermäßigung nur auf
Reise-Gläser
außer Markenartikel.



Schutzgläser
gegen die Sonne

in gewöhnlichen od. graden Gläsern in grau, blau, gelb, Maltauer, Sanoocrop etc., auch mit geschliffenen Gläsern, in jeder Nummer, von M. 2.— an



Ortho-Knoifer Nickel... Mk. 4.50
mit Optal-GLäsern Gold-Double... 8.50



Hornbrillen M. 8.— Schildpatt M. 10.—

10 Geschäfte:

Oranien-Str. 44 nahe Oranienplatz
Friedrich-Str. 190 im Bavaria-Haus
Link-Straße 1 Ecke Potsdamer Str.
Tauentzien-Str. 14 nahe Kirche
Am Alexander-Platz neb. Aschinger.

Optiker Ruhnke

10 Geschäfte:

Friedrich-Str. 150 Ecke Dorotheenstr.
Chaussee-Straße 72 nahe Müller-Str.
Unter den Linden 20 nahe Passage
Brunnen-Str. 12 nahe Veteranenstr.
Am Spittelmarkt Ecke Wall-Str.



CIGARETTEN

300 Mark 104/4

Zeitungs-Ausgabe bestellen und Inseraten-Aannahme.

Zentrum: Albert Dabnich, Adlerstr. 174, am Koppenplatz.
 2. Wahlkreis: W. Ost: Schmidt, Kirchbachstr. 14, hochpartierstr. 8. und SW.: Hermann Berner, Gneisenaustr. 72.
 3. Wahlkreis: St. Fritz, Ringstr. 31, Hof rechts part.
 4. Wahlkreis: Ost: Robert Bengels, Gr. Frankfurterstr. 120. — Richard Dadelbusch, Petersburgerplatz 4 (Laden).
 5. Wahlkreis: Süd: Paul Böhm, Lauterplatz 14/15.
 6. Wahlkreis: West: Solomon Joseph, Salzweberstr. 8.
 Wedding: J. Dönitz, Müllerstr. 34a, Ede Ullricher Str., Laden.
 Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Rheinsbergerstr. 67, Laden.
 Gesundbrunnen: Fischer, Bellianstr. 6, Laden.
 Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Breitenhagener Str. 22.
 Adlershof: Karl Schmarglofe, Bismarckstr. 50.
 Alt-Glienicker: Wilhelm Dörre, Köpenickerstr. 6.
 Bamschulenweg: H. Hornig, Marienbaderstr. 13, I.
 Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau, Schönbrück und Buch: Heinrich Brock, Mühlentstr. 5, Laden.
 Bohnsdorf, Falkenberg und Falkenhorst: Paul Gensch, Bohnsdorf, Gensensdamm, Paradies.
 Charlottenburg: Gustav Schwarberg, Selenheimertstraße 1.
 Eichwalde, Schmückwitz: Oskar Wast, Stubenrauchstr. 99.
 Erkner, Neu-Zittau: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
 Fredersdorf-Petershagen, Eggersdorf: E. Döselbarth, Petershagen.
 Friedenau, Steglitz, Südende, Groß-Lichterfelde, Lankwitz: H. Denzler, Altonstr. 5 in Steglitz.
 Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck: Ernst Werlmann, Friedrichshagen, Köpenicker Straße 18.
 Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
 Johannisthal, Rudow: Max Gonschur, Parkstr. 6.
 Karlshorst: Richard Kötter, Adolfsstr. 9, II.
 Königs-Wusterhausen, Wildau: Friedrich Baumann, Bahndorferstr. 8.
 Köpenick: Emil Böhler, Kiefernstr. 6, Laden.
 Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Siffel, Bartenbergstraße 1 (Laden).
 Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: P. Dehberg, Kaulsdorf, Ferdinandstraße 17.
 Mariendorf: August Leid, Chaussee, 296, Hof.
 Marienfelde: Emil Heinert, Berliner Str. 114, II.
 Neuenhagen, Hoppegarten: Gustav Vogt, Bolterstraße.
 Neukölln: W. Deuring, Reddenstr. 2, im Laden; Reindorf, Döb: Mohr, Slegriedstraße 28/29.
 Nieder-Lehme: Karl Freitag.
 Nieder-Schöneweide: Wilhelm Uruß, Bräudenstr. 10, II.
 Nowawes: Wilhelm Jappe, Lutherstr. 2.
 Ober-Schöneweide: Alfred Väder, Wilhelmminnenhoffstr. 17, Laden.
 Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg: Rigmann, Wäldentstr. 30.
 Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: G. Gutsch, Provingstr. 56, Laden.
 Rummelsburg, Boxhagen, Stralau: M. Rosenkrantz, Altonaerstr. 66.
 Schenkendorf und Königs-Wusterhausen: Chr. Dönitz, Döbstr. 10.
 Schöneberg: Wilhelm Baumann, Martin Lutherstr. 69, im Laden.
 Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Rapp, Breitenstr. 64.
 Tegel, Borsigwalde, Wittebau, Waldmannslust, Hermsdorf, Böhen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West: Paul Kienast, Borsigwalde, Köpenickerstr. 10.
 Teltow: Wilhelm Böttner, Teltow, Berliner Str. 16.
 Tempelhof: Joh. Krohn, Döbstr. 62.
 Treptow: Rob. Gramann, Kiehlstraße 412, Laden.
 Weißensee, Heinersdorf: R. Fuhrmann, Sedanstr. 105, part.
 Wilmersdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmstr. 27.
 Zenithen, Miersdorf: Ernst Düttig, Zenithen, Miersdorfer Str. 14.
 Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Anzahl an der Verz. von 2000 M. an 10 M. Tour elektr. Bahn. Linie 164. Hohensteinhausen, Hauptstr. 17. Of. 14.

Berliner Asyl-Verein für Obdachlose.

Selt unserer Bekanntmachung vom 27. Januar d. J. sind folgende Beiträge bei und eingegangen:
 Legate und Stiftungen.
 10 000 M., Vermächtnis von Herrn Ernst Böhm. 10 000 M., Rudolf Hoffe anläßl. 1. 70. Geburtstag. 1000 M., Krümminger Nachlaß. 1000 M., Julius Ruhn Nachlaß.
 Einmalige Beiträge.
 40 000 M., Stadthauptkasse Berlin. 2000 M., Stadthauptkasse Reutlin. 1500 M., Stadthauptkasse Berlin-Wilmersdorf. 1500 M., Stadthauptkasse Berlin-Schöneberg. 1000 M., Stadthauptkasse Charlottenburg. 1000 M., Banddirektor Paul Rankiewicz. 300 M., Frau Hedwig Wasmann. 300 M., Ungenannt. 200 M., Frau Simon-Wippmann. 100 M., Regierungsdirektor E. Wippmann. 100 M., Arbeiter der Turbinenfabrik Hüttenstr. 100 M., Frau Gebelmer. Kirkeim anläßl. ihres 70. Geburtstages. 57,10 M., Arbeiter der Anordbrenne durch Billi Siebert. 50 M., Frau Detha Caro. 50 M., Olga Gindberg. 40 M., Vereinnigung für handwerklich. Fortbildung. 32,50 M., Deutscher Fortirerband. 30 M., Personal der Firma Ferd. Völsch. 30 M., Dr. Franke. 30 M., Gustav Reite. 25 M., R. Klähn. 20 M., Dr. Dergfeld. 20 M., Richard Lehmann. 20 M., R. Albrecht. 20 M., Dr. E. Karsten. 20 M., Frau Kommerz. Lucille Wöber. 16,35 M., Personal d. Firma Hauptner. 10 M., Hilfsarbeiter der Gelsenaplanischen Fabrik. 10 M., R. B. Fiedeman. 10 M., Hugo Eißner. 10 M., Baural Deblise. 10 M., E. Kuhnke. 10 M., Dr. Leiden. 10 M., Margarete Dorn. 10 M., Frau G. Helmmann. 10 M., Frau Kellershausen. 10 M., Arnold Kauthe. 10 M., Fr. Rejerich. 10 M., R. Hänel. 8,45 M., E. Seiler. Reutlin, von 25 Patienten d. Heilanstalt Seelitz. 8 M., R. F. Steglitz. 7,30 M., Kollegen d. Firma Holzani. 6 M., Soziald. Wöhler, Reinickendorf-West. 5 M., F. Goedel, Seelitz, Döbe II, von 14 Patienten. 5 M., Paula v. Lichtfeld. 4,50 M., Ungenannt. 1,62 M., Restaurant Steinacker. 1,58 M., Schneider, Pantow. Zweimal 1,56 M., Hermann Sed.
 Wir legen den geehrten Spendern herzlichsten Dank und bitten, weitere Beiträge und Zeichnungen an unseren Schatzmeister Herrn W. Dürschfeld, Berlin W. Palanenstr. 33, Postfachkonto 2969, oder an dessen Stellvertreter, Herrn Kommerzienrat Dr. Krons, Mauerstr. 34, Postfachkonto 1153 des Bankhauses Gebr. Krons, einzusenden. Beträgende Kleidungsstücke lassen wir durch unsere Boten oder durch die Postfahrt gern abholen.
 Berlin, den 28. Juni 1913.
 Der Verwaltungsrat.

Bekanntmachung.

Unseren Gasabnehmern von Berlin, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Berlin-Schmargendorf, Berlin-Dahlem, Berlin-Mariendorf, Berlin-Grünwald, Berlin-Tempelhof, Berlin-Marienfelde, Rudow, Buckow, Stahnsdorf, Groß-Ziethen Groß-Walmsdorf, Teltow, Lichtenrade, Klein-Machnow und Nikolassee teilen wir mit, daß wir von dem Tage ab, an dem im Laufe des Monats Juni 1913 die Gasmessersstände aufgenommen werden, folgende Rabatte auf den Preis von 13 Pfennig für das Kubikmeter gewähren:

a) ohne Rücksicht auf die Verwendungsart (abgesehen von dem zur Flur- und Treppenbeleuchtung, zum Motorenbetriebe, zu Heizzwecken sowie zur zentralen Warmwasserversorgung von ganzen Häusern oder auch einzelnen Wohnungen verbrauchten Gase):

| | | |
|-------|---|--------------------|
| 5 % | für Abnehmer, welche jährlich verbrauchen | 1— 5 000 cbm |
| 9 % | " " " " " " | 5 001— 25 000 " |
| 9,5 % | " " " " " " | 25 001— 50 000 " |
| 10 % | " " " " " " | 50 001— 75 000 " |
| 11 % | " " " " " " | 75 001— 100 000 " |
| 12 % | " " " " " " | 100 001— 125 000 " |
| 13 % | " " " " " " | 125 001— 150 000 " |
| 14 % | " " " " " " | 150 001— 175 000 " |
| 15 % | " " " " " " | 175 001— 200 000 " |
| 16 % | " " " " " " | 200 001— 225 000 " |
| 17 % | " " " " " " | 225 001— 250 000 " |
| 18 % | " " " " " " | 250 001— 275 000 " |
| 19 % | " " " " " " | 275 001— 300 000 " |
| 20 % | " " " " " " | 300 001 und mehr " |

b) ohne Rücksicht auf die Höhe des Verbrauches:
 1. für Gas zur Flur- und Treppenbeleuchtung 15 %
 2. für Gas zum Motorenbetriebe, zu Heizzwecken sowie zur zentralen Warmwasserversorgung von ganzen Häusern oder auch einzelnen Wohnungen verwendete Gas 20 %

Die Rabattgewährung zu b) kann nur erfolgen, wenn die zu den unter 1. und 2. genannten Zwecken entnommenen Gasmengen durch je einen besonderen Gasmesser festgestellt werden.
 Auf kürzere Fristen als ein Jahr werden Rabatte nicht gewährt.

Berlin, den 24. Juni 1913.

Imperial Continental Gas Association.

Dr. Wockenfuss

Spezialarzt für Haut-, Harn-, Frauenleiden. Ehrlich-Hata-Kuren, Blutuntersuchung. Schnelle, gründliche und schmerzlose Behandlung.
 Friedrichstr. 125 (Oranienburger Tor) 10-1, 5-8. Sonnt. 9-11

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung freit. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. Indischen Dausjertraft.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
 Berlin (20 B.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Greif-Apothek, Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 1. Juli 1913.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Kroll-Oper. Tristan und Isolde.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Im Lande der Witternachtslamme.

Schiller O. Die Jüdin.

Schiller-Charlottenburg. Zwei Wappen.

Berliner. Filmzauber.

Kleines. Professor Bernhardt.

Deutsches Opernhaus. Die Königin von Saba.

Thealia. Puppen.

Metropol. Die Kino-Königin.

Wintergarten. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Romödienhaus. Hochherrschafliche Böhningen.

Friedr. W. W. Schauspielhaus. Das Farmer Mädchen.

Quispielhaus. Der lustige Katadu.

Kole. Tagebuch einer Verlorenen.

Luiten. Die Alwörden.

Jolies Caprice. Ein Pechvogel.

Die Krampfstage.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Deutsches. Die Schiffbrüchigen.

Deutsches Schauspielhaus. Eine Vergangenheit.

Theater am Kollendorferplatz. Der Mann mit der grünen Maske.

Anfang 9 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Flirt in St. Moritz.

Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Schiller-Theater O. Theater.

Dienstag, abends 8 Uhr:

Größung der Zache-Oper

Die Jüdin.

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Zar und Zimmermann.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Fra Diavolo.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Dienstag, abends 8 Uhr:

Zwei Wappen.

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Letzte Vorstellung vor den Ferien

Zwei Wappen.

Wieder-Größung

Donnerstag, den 14. August:

Der Leibgardist.

Deutsches Schauspielhaus 8 1/2 Uhr: Eine Vergangenheit.

Berliner Theater.

8 Uhr: Filmzauber.

Kroll-Oper

7 1/2 Uhr:

Tristan und Isolde.

(Gastspiel: Clotilde Rüschke-Endorf und Th. Lattormann.)

Mittwoch: Tannhäuser.

DOSE-THEATER

Groß Frankfurter Str. 132.

Ensembl.-Gastsp. Dedak-Lutz

Tagebuch einer Verlorenen.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Auf der Gärtenbühne:

Achtung! Es geht los!

Anfang 4 1/2 Uhr.

Voigt-Theater

Badstraße 38.

Heute: 30

Der Bettelstudent.

Vollständ. mit Gesang und Tanz

in 5 Bildern.

Neu! neue erste. Spezialitäten.

Raffendöffnung 2 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.

abends 8 Uhr:

Die Kino-Königin.

Operette in 3 Akten von Paul Freund

und G. Oskontowski.

Rußt von Jean Gilbert.

In Szene geleit v. Dr. Rich. Schulz.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.

Zum Schluß:

„Künstler der Landstraße“.

Eine

Musikanten-

Barleske

von Meyzel.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Theater am Kollendorferplatz

Täglich 8 1/2 Uhr: Barleske Soiree.

Der Mann mit der grünen Maske

— Varieté — Kino —

3 Sommerreisen gratis!

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich:

Großes Militär-

Doppel-Konzert.

Eintritt 1 Mark,

von 6 Uhr ab 50 Pf.

Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Passage-Panoptikum

Der persische Augenfakir

in seinen fanat.

Derwisch-Martorn

(hebt u. a. mit den Augen

schwere Gewichte).

3 Schwestern Lilliput,

die kleinste Schwester der Welt.

Alles lebend!

Ohne Extra-Entree!

Volksgarten-Theater.

Badstr. 8 und Bismarckstr. 20/25.

Heute, Dienstag, den 1. Juli:

Debut der großartigen Juli-

Spezialitäten und

Muttersegen.

Schauspiel mit Musik in 5 Akten.

Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Admiralspalast — Eis-Arena

Angenehm kühler Aufenthalt.

Allabendlich

das gr. erfolgreiche Eisballett

Flirt in St. Moritz.

Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr

halbe Kassenpreise.

Restaurant L. Ranges.

Wein- und Bier-Abteilung.

Neue Welt

A. Scholz, Hasenheide 108-114

Heute, Dienstag, 1. Juli:

Konzert u. Vorstellung.

Vollständig neues Programm.

Anf. 5 Uhr. Entree 25 Pf.

Voranzeige!

Mittwoch, den 2. Juli:

Großes Kinderfest.

Gewerkschaftliches.

Unternehmer-Terrorismus.

Obgleich in dem Kampf um die beschiedene Lohnforderung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Zichorienfabrik von J. G. Weich in Frauendorf bei Stettin schon ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist, zeigt der Unternehmer sich noch nicht zu einem Entgegenkommen bereit...

Ortsgruppe Stettin

des Vereins der Industriellen Pommerens und der benachbarten Gebiete.

Stettin, 28. Juni 1913.

Firma Stettin.

Bei unserer Mitgliedsfirma J. G. Weich, Zichorienfabrik, Stettin, ist am 4. April d. J. der größte Teil der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ausstand getreten.

Mit Rücksicht auf die schweren Schädigungen, die hierdurch unserem Mitglied bereitet werden dürften, sehen wir uns veranlaßt, auch an die unseren Verband nicht angeschlossenen Firmen die dringende Bitte zu richten, um ihre Unterstützung...

Sollte eine Einstellung bereits erfolgt sein, so bitten wir Sie, den oder die betreffenden Arbeitnehmer in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise baldmöglichst wieder zu entlassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ortsgruppe Stettin

des Vereins der Industriellen Pommerens und der benachbarten Gebiete.

Der Vorsitzende. (gez.) Habert.

Der Geschäftsführer. (gez.) Dr. Fleckner.

Es folgen zwei Anlagen, in denen unter Verfassung des Geburtsdatums die Namen von 45 Arbeitern und 46 Arbeiterinnen verzeichnet waren.

Interessant ist in diesem Schreiben das Eingeständnis, daß der Boykott die Firma Weich schwer treffen wird. Da wird es ihr sicherlich nur ein recht magerer Trost sein, daß vielleicht ein paar Arbeiter oder Arbeiterinnen durch den Terrorismus des Arbeitgeberverbandes längere Zeit mit ihrer Verbandsunterstützung auskommen müssen.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung der Zuschneider.

Am Montag erstattete Resente in einer gemeinsam mit dem Gewerbetreibenden einberufenen Versammlung Bericht über die weiteren Verhandlungen mit den Arbeitgebern.

Der Tarif läuft bis 30. April 1917, zu welcher Zeit auch der Tarif in der Herrenkonfektion zu Ende geht, und umfaßt 57 Firmen, während bisher nur 23 Firmen im Tarifverhältnis standen.

Kleines feuilleton.

Was man alles kaufen kann. In Paris gibt es ein Theater, den „Grand Guignol“, der aus der Aufführung von blutrünstigen Sensationsstücken seine Spezialität gemacht hat.

Theater.

Josef Raing-Theater: Hans Sachs-Spiele. Es war ein regnerischer Sonntag, und gerade gegen 6 Uhr, als auf dem Platz des Rudolph Lorenzischen Freilichttheaters am kleinen Wannsee der wandernde Zirkuskarren Halt gemacht hatte.

Theater.

Josef Raing-Theater: Hans Sachs-Spiele. Es war ein regnerischer Sonntag, und gerade gegen 6 Uhr, als auf dem Platz des Rudolph Lorenzischen Freilichttheaters am kleinen Wannsee der wandernde Zirkuskarren Halt gemacht hatte.

Der letztere Umstand, sowie die augenblickliche Konjunktur waren mitbestimmend dafür, daß die Kommission einstimmig beschloß, ihren Kollegen diesen Tarif zu empfehlen, der allerdings bei weitem nicht das erfüllt, was gerechterweise verlangt worden war.

Achtung, Friseurgehilfen! Anlässlich der Arbeitsniederlegung der Angestellten der Firma Arndt-Martini, Luisenufer 21 und Bergmannstraße 112, erhebt sich die Velle-Alliance-Straße 75, Ecke Bergmannstraße, errichtete Kaffeehütte eines sehr guten Besuches.

Freizügigkeit. Das Einstellungs-Bureau vom Kabelwerk Ober-Spree in Oberschöneweide scheint ein Wahregelungs-Bureau zu sein, denn Arbeiterinnen, deren letzte Arbeitsstelle die Kettengarnbruderei und Secherei „Franz Schmidt“ in Oberschöneweide war, werden vom Vertreter obigen Einstellungs-Bureaus mit dem Bemerkten abgewiesen.

In der Weich- und Brauereibrauerei von Heinrich Ebert, Hohen-Schönhausen, haben sämtliche Arbeiter wegen Lohn-differenzen die Arbeit eingestellt. Herr Ebert weigert sich beharrlich, mit der Organisationsleitung zu verhandeln.

Die Lohnbewegung in der Stettiner Konfektion ist durch das Eingreifen der Zentralverbände günstig gefördert worden, nachdem zunächst jedes Zugeständnis von den Stettiner Konfektionären abgelehnt wurde.

Bei der Firma Sanner in Raddorf, Kreis Reize, sind die dort beschäftigten Steinarbeiter vor einigen Monaten Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands geworden.

Bei der Firma Sanner in Raddorf, Kreis Reize, sind die dort beschäftigten Steinarbeiter vor einigen Monaten Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands geworden.

Bei der Firma Sanner in Raddorf, Kreis Reize, sind die dort beschäftigten Steinarbeiter vor einigen Monaten Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands geworden.

Bei der Firma Sanner in Raddorf, Kreis Reize, sind die dort beschäftigten Steinarbeiter vor einigen Monaten Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands geworden.

Bei der Firma Sanner in Raddorf, Kreis Reize, sind die dort beschäftigten Steinarbeiter vor einigen Monaten Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands geworden.

Bei der Firma Sanner in Raddorf, Kreis Reize, sind die dort beschäftigten Steinarbeiter vor einigen Monaten Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands geworden.

Bei der Firma Sanner in Raddorf, Kreis Reize, sind die dort beschäftigten Steinarbeiter vor einigen Monaten Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands geworden.

Bei der Firma Sanner in Raddorf, Kreis Reize, sind die dort beschäftigten Steinarbeiter vor einigen Monaten Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands geworden.

Bei der Firma Sanner in Raddorf, Kreis Reize, sind die dort beschäftigten Steinarbeiter vor einigen Monaten Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands geworden.

Bei der Firma Sanner in Raddorf, Kreis Reize, sind die dort beschäftigten Steinarbeiter vor einigen Monaten Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands geworden.

Bei der Firma Sanner in Raddorf, Kreis Reize, sind die dort beschäftigten Steinarbeiter vor einigen Monaten Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands geworden.

Bei der Firma Sanner in Raddorf, Kreis Reize, sind die dort beschäftigten Steinarbeiter vor einigen Monaten Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands geworden.

Bei der Firma Sanner in Raddorf, Kreis Reize, sind die dort beschäftigten Steinarbeiter vor einigen Monaten Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands geworden.

Bei der Firma Sanner in Raddorf, Kreis Reize, sind die dort beschäftigten Steinarbeiter vor einigen Monaten Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands geworden.

am Sonntag den Bericht über den Verlauf der bisherigen Verhandlungen entgegen, sah aber noch keine Beschlüsse. Immerhin ließ die Stimmung der Versammlung erkennen, daß die bisherigen Zugeständnisse das Äußerste des Annehmbaren darstellten und auch nur dann auf Annahme rechnen können, wenn auch in den noch kritischen Positionen Aufbesserungen erfolgen und insbesondere in der Kleinfabrikation durch entsprechende Zugeständnisse die Löhne der Arbeiter gesteigert werden.

Ein Schutzbedürftiger.

Der Streikbrecher Otto Müller, der während des Kampfes in der Untergießerei zu Königsberg als „Schutzbedürftiger“ seiner „haaßerschaltenden Tätigkeit“ nachging, verfuhr eines Morgens, seine Frau zu ermorden und erhielt dafür acht Jahre Zuchthaus.

Der Wert der gewerkschaftlichen Organisation. Die städtischen Arbeiter in Königsberg haben wiederholt um Erhöhung der Löhne petitioniert, aber stets wurden sie abgewiesen.

Das ist eine indirekte Anerkennung des Wertes der gewerkschaftlichen Organisation. Weil die gut organisierten Bauarbeiter dem Unternehmertum höhere Löhne abgerungen haben, deshalb sieht sich die Stadtverwaltung veranlaßt, ebenfalls Lohnaufbesserungen vorzunehmen.

Bei der Firma Sanner in Raddorf, Kreis Reize, sind die dort beschäftigten Steinarbeiter vor einigen Monaten Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands geworden.

Bei der Firma Sanner in Raddorf, Kreis Reize, sind die dort beschäftigten Steinarbeiter vor einigen Monaten Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands geworden.

Bei der Firma Sanner in Raddorf, Kreis Reize, sind die dort beschäftigten Steinarbeiter vor einigen Monaten Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands geworden.

Bei der Firma Sanner in Raddorf, Kreis Reize, sind die dort beschäftigten Steinarbeiter vor einigen Monaten Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands geworden.

Bei der Firma Sanner in Raddorf, Kreis Reize, sind die dort beschäftigten Steinarbeiter vor einigen Monaten Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands geworden.

Bei der Firma Sanner in Raddorf, Kreis Reize, sind die dort beschäftigten Steinarbeiter vor einigen Monaten Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands geworden.

Bei der Firma Sanner in Raddorf, Kreis Reize, sind die dort beschäftigten Steinarbeiter vor einigen Monaten Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands geworden.

Bei der Firma Sanner in Raddorf, Kreis Reize, sind die dort beschäftigten Steinarbeiter vor einigen Monaten Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands geworden.

Bei der Firma Sanner in Raddorf, Kreis Reize, sind die dort beschäftigten Steinarbeiter vor einigen Monaten Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands geworden.

Bei der Firma Sanner in Raddorf, Kreis Reize, sind die dort beschäftigten Steinarbeiter vor einigen Monaten Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands geworden.

Bei der Firma Sanner in Raddorf, Kreis Reize, sind die dort beschäftigten Steinarbeiter vor einigen Monaten Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands geworden.

Notizen.

Das Deutsche Opernhaus in Charlottenburg schließt seine Spielzeit am Donnerstag. Die Wiedereröffnung erfolgt am Sonntag, den 31. August.

niederlegten. Durch Vermittelung der Organisation wurden nach zwei Tagen alle Ausschüsse wieder eingestellt. Am meisten schmerzte es dem Unternehmer, daß die bei ihm beschäftigten Ausländer mit den übrigen Arbeitern gemeinsame Sache machten. Schon bei den Verhandlungen um Wiedereinstellung der Ausländer ließ er durchblicken, daß es in seiner Hand liege, die Ausländer auszuweisen zu lassen. Diese Drohung hatte zur Folge, daß einige Ausländer in Streiktruppen nahmen. Dort war die Arbeit aber nicht von langer Dauer, denn die Firma Sanner setzte es durch, daß alle seine früheren Arbeiter dort wieder entlassen wurden. Um ihre in Kaschhof zurückgelassenen Familien nicht länger hungern zu lassen, kehrten die meisten von den Entlassenen wieder nach dort zurück und traten wieder bei Sanner in Arbeit. Einer von den Ausländern blieb aber trotzdem in Streiktruppen und kehrte erst später nach Kaschhof zurück. Für dieses Verhalten sollte er die Rache des Unternehmers zu spüren bekommen. Kurz darauf erhielt dieser den Ausweisungsbefehl, der aber auf wiederholtes Verhandeln mit dem Landrat vorläufig außer Kraft gesetzt wurde. Was schien wieder in Ordnung zu sein. Bis er am 16. Juni einen neuen Ausweisungsbefehl erhielt, dem er sofort Folge leisten mußte. Und zwar wurde er, wie jetzt feststeht, auf Grund des Materials ausgewiesen, das sein Arbeitgeber der Behörde übermittelt hatte. Zehn Jahre lang war der Ausgewiesene bei dem humanen Arbeitgeber beschäftigt gewesen, der ihn jetzt mit seiner Familie über die Grenze jagen läßt.

Wäre er ein Arbeitswilliger gewesen, hätte er Streiktruppen wie tolle Hunde niedergeschossen, dann wäre er nicht nur nicht ausgewiesen worden, sondern dann hätten die königlich-preussischen Behörden ihre schützenden Hütten über ihn ausgebreitet. Weil er aber als denker Arbeiter gehandelt hatte, muß er und seine Familie die Rache des Unternehmers spüren und das Land verlassen, das ihm zur zweiten Heimat geworden ist.

Tertilarbeiterausperrung.

In Bocholt wurden am Sonnabend weitere 3000 Tertilarbeiter ausgesperrt. Die Gesamtzahl der Aussperrten beträgt 8000.

Ausland.

Der Streik der Streikbrecher.

Die durchaus undemokratischen brutalen „Herren im Hause“ in der Wasser Seidenfabrik haben auch, sie haben mit ihren in Krefeld abgetakelten und nach Basel exportierten Hingogardisten einen bösen Reinfall erlebt. Die Herren Streikbrecher waren unterwegs schon unter sich zwischen den Stationen Mülhausen und Rheims in eine blutige Kauferei geraten, so daß der Zug anhalt und Polizei sowie Gendarmen zur Wiederherstellung der Ordnung und der Eintracht aufgeboden werden mußten. Ein durch Messerstiche schwer verletzter Streikbrecher mußte ins Mülhauser Spital verbracht werden. Die Weiterfahrt brachte bis St. Ludwig zwischen den „nützlichen Elementen des Staates“ wehen Krach, aber sie konnten doch ausgeladen und auf die Automobile der Händereibesitzer verbracht werden, wobei sie von einer großen Volksmasse als „Empfangskomitee“ begrüßt wurden. Die „Herren im Hause“ schienen gerührt und den Sieg über die Arbeiter errungen zu haben. Aber mit des Beschiedes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen und das Schicksal schreitet schnell. Die Krefelder Arbeitswilligen waren mit den ihnen angebotenen Löhnen nicht zufrieden; man hatte sie unter falschen Angaben nach Basel gelockt, und nun weigerten sie sich, die Arbeit aufzunehmen. Die Streikbrecher freizetteln, und nun kam die Polizei gegen sie! Es soll dann die Hälfte in der Zeit abgereist sein, während die andere Hälfte, ca. 40 Mann, zwar vorläufig dablief, aber gleichfalls wieder abzugehen gedankt.

Unter diesen Umständen werden die Wasser Fabrikbarone noch sehr froh sein, wenn ihre alten und bewährten Arbeiter bei ihnen die Arbeit wieder aufnehmen.

Da wir diese Feilen geschrieben, kommt die Nachricht aus Basel, daß die Händereibesitzer den Streikenden Lohnerhöhung und Wiedereinstellung sämtlicher Streikender zugestanden haben, und die Arbeiter am nächsten Montag die Arbeit wieder aufnehmen. Wenn es noch nicht geschehen, wird dann auch der letzte Hingogardist wieder verschwinden.

Der Händereistreik führte auch zu zwei Interpellationen, einer sozialdemokratischen und einer bürgerlichen, im Großen Rat an die Regierung wegen des Vorgehens der Polizei gegen die Streikenden und wegen der Vorkommnisse von zwei Kampagnen. Der sozialdemokratische Polizeidirektor Dr. Blocher stellte dem Verhalten der Streikenden das beste Zeugnis aus, während er den Unternehmern vorhielt, daß sie die Polizei einseitig nur für ihre Interessen beanspruchten wollten. Er sicherte die neutrale Haltung der Polizei zu. Der bürgerliche Militärdirektor Dr. Kemmer erklärte, daß ein Beamter eigenmächtig Materialen aus der Kasse in die Fabrik für die Streikbrecher lieferte, und daß sie wieder zurückgeholt worden sind. Daron knüpfte sich eine lebhafte Debatte, in der unsere Genossen scharfe Kritik an dem Geldproblem der Händereibesitzer und den schlechten Lohnverhältnissen übten.

Aus Industrie und Handel.

Der Tabakstreik in Deutschland. Der Kampf des deutschen Tabakgewerbes gegen eine Anhebung durch den amerikanischen Tabakstreik wird mit außerordentlicher Heftigkeit geführt. Man findet augenblicklich in einer großen Anzahl deutscher Zigarettenfabriken ein Flugblatt, das von der Vereinigung, die in Deutschland gegen den Tabakstreik kämpft, verbreitet wird, in dem es heißt: „Der im Jahre 1890 unter Führung der American Tobacco Company gegründete amerikanische Tabakstreik, eine der mächtigsten Zertifikationsorganisationen der Welt, hat in seinem Heimatland unter Vermittlung fast aller selbständigen Erzeuger nahezu die gesamte Zigaretten-, Rauch-, Bau- und Schnupftabakindustrie und einen großen Teil der Zigarettenindustrie in seine Gewalt gebracht. Das rückwärtsgehende Vorgehen des Tabakstreiks führte in Amerika zu einem jahrelangen Staatsstreik gegen ihn, der ihn aber doch die Möglichkeit ließ, seine Monopolstellung weiter auszuweiten und auszubauen. Nach Unterwerfung der amerikanischen Industrie begann der Tabakstreik seine Macht auch auf andere Länder auszuweiten. Er unterwarf sich fast das ganze Tabakgewerbe Englands, machte der französischen Regierung, allerdings ohne Erfolg, Vorschläge auf die Tabakregie, suchte auf Holland, Schweden und die Schweiz überzuweisen, richtete aber vor allem seine Wäde nach Deutschland, das unter den europäischen Ländern, soweit Tabak in Frage kommt, in Industrie, Handel und Verbrauch die hervorragendste Stellung einnimmt.“

In Deutschland richtete er seine ersten Angriffe, genau wie in Amerika und England, auf die Zigarettenindustrie. Im Jahre 1901 erwarb die American Tobacco Co., New York, die Zigarettenfabrik Jasmah in Dresden, wandelte sie um in die Georg A. Jasmah Aktiengesellschaft, und suchte durch gewaltige Werbung und die schon in Amerika erprobten Zugabe-, Coupon- und Gutscheinpläne für diese Gesellschaft eine Marktstellung in Deutschland zu gewinnen. Durch Anschluß weiterer Firmen an die Jasmah A.G. an die British American Tobacco Co., aber auch an andere Tochter- und Untergesellschaften, suchte nun der Tabakstreik seine Macht in Deutschland zu verstärken und hatte Erfolg bei den

Zigarettenfabriken „Josert“ Meier u. Peters G. m. b. H., Berlin, „Sulima“ F. S. Wolf, G. m. b. H., Dresden, „Delta“ Tischbein u. Benck, G. m. b. H., Dresden, A. Raifhart, G. m. b. H., Wabern-Boden und Johannes A. Jasmah, Dresden. Schon heute ist ein Viertel der gesamten deutschen Zigarettenproduktion nicht mehr streikfrei. Schon jetzt ist die Zeit abgesehen, in der der Trust bei Fortdauer dieser Entwicklung sich die ganze Branche unterwerfen haben wird. Damit wird das Schicksal auch aller anderen Zweige des Tabakgewerbes entschieden sein. Denn mit dem Besitz einer Industrie gewinnt der Trust die volle Macht auch über den Kleinhandel, die ihm, wie die Erfahrung anderer Länder zeigt, um so leichter auch die Herrschaft über alle anderen Zweige des Gewerbes zuführen wird.“

Soziales.

Mängel in der Arbeiterschutzgesetzgebung.

Die am 1. Januar 1910 in Kraft getretene Gewerbeordnungs-novelle vom 28. Dezember 1908 hat u. a. eine wichtige Änderung infolge gebracht, als gewisse besondere Bestimmungen, die bisher für „Fabriken, in welchen in der Regel mindestens zwanzig Arbeiter beschäftigt werden“, galten, nunmehr ausgedehnt sind auf „Betriebe, in denen in der Regel mindestens zehn Arbeiter beschäftigt werden“. Diese Betriebe unterstehen der Aufsicht der Gewerbeinspektion und für sie gelten die Bestimmungen, durch welche die Dauer der Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern beschränkt ist. Durch die Einreihung aller Betriebe mit mindestens zehn Arbeitern in diese Kategorie ist der Kreis der geschützten Personen im allgemeinen nicht unwesentlich erweitert worden. Auf der anderen Seite hat aber die neue Umschreibung des Begriffes der geschützten Betriebe auch die unerwünschte Folge gehabt, daß Betriebe mit geringerer Arbeiterzahl, die bisher als „Fabriken“ den beschränkenden Bestimmungen unterstanden, nunmehr völlige Ausbeutungsfreiheit genießen. Das kommt insbesondere in kleineren Ziegeleien sehr wesentlich in Betracht.

Der Jahresbericht der Hessischen Gewerbeinspektion für das Jahr 1912 enthält hierüber interessante Bemerkungen. Es wird darauf hingewiesen, daß nach dem Inkrafttreten der fraglichen Gewerbeordnungs-novelle in den Ziegeleien mit weniger als 5 Arbeitern die Wohlfahrt der 10 stündigen Arbeitszeit den jugendlichen Arbeitern nicht mehr zugute kommt. Diese werden wieder ebensolange und mit den gleichen Arbeiten beschäftigt, wie die erwachsenen Arbeiter. Daß die schwere Arbeit in den Ziegeleien bei einer Arbeitszeit von 5 Uhr morgens bis 8 Uhr abends der Gesundheit der jungen Leute höchst nachteilig ist, dürfte ohne weiteres einleuchten und man kann es nur begrüßen, daß, wie berichtet wird, aus diesem Grunde aus zwei solchen Ziegeleien die Jungen von ihren Eltern von der Arbeit fortgenommen wurden. Die Gewerbeinspektion ist mangels gesetzlicher Bestimmungen außerstande, gegen derartige unvernünftige Ausbeutung der jungen Arbeiter einzuschreiten. Dabei reizt dieser Zustand die Unternehmer benachbarter Betriebe, die vielleicht nur eine um ein geringes größere Arbeiterzahl beschäftigen, auch ihrerseits sich über die Arbeiterschutzbestimmungen hinwegzusetzen, denn sie können es nicht begreifen, daß die Gesetzesvorschriften für sie, nicht aber für den Betrieb des Nachbarn gelten.

Ähnliche Beobachtungen werden in dem gleichen Bericht in bezug auf Wäschereien gemeldet. In einem Ort bei Frankfurt am Main wurden 5 Wäschereibesitzer wegen Zuwiderhandlung gegen § 105b Absatz 1 der Gewerbeordnung (Verbot der Sonntagsarbeit) bestraft. Sie hatten ihre Arbeiterinnen am Sonnabend bis in den Sonntag hinein beschäftigt, wobei Arbeitszeiten bis zu 16 Stunden festgesetzt wurden. In sich wäre diese lang dauernde Beschäftigung nicht strafbar gewesen, weil in den Wäschereien weder 10 Arbeiter noch elementare Kraft verwendet wird. Ist jedoch eine dieser Voraussetzungen erfüllt, dann dürfen die Arbeiterinnen nicht über 10 Stunden und am Sonnabend nicht nach 5 Uhr nachmittags beschäftigt werden.

Solche verschiedenartige Behandlung der Betriebe, je nachdem ob sie einige Personen mehr oder weniger beschäftigen, widerspricht dem Rechtsgesetz. Derartige Beispiele beweisen aber, welche widersinnige Zustände entstehen, wenn die Gesetzgebung den rückständigen Innungsbräuern zuliebe den Arbeitern in den Kleinbetrieben selbst den bescheidenen Schutz verweigert, den sie den Arbeitern in den Fabriken gewährt. Wenn schon anerkannt wird, daß die unbeschränkte Ausbeutung der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter schlimme Folgen zeitigt, dann muß der Schutz auf alle Betriebe ausgedehnt werden, unbedenklich um ihren Umfang.

Fabrikdamen.

§ 137 der Gewerbeordnung verbietet in feiner gegenwärtigen Fassung die Beschäftigung von Arbeiterinnen in der Nachtzeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens und an den Vorabenden vor Sonn- und Feiertagen nach 5 Uhr nachmittags. Er ist zwar schon seit einigen Jahren in Kraft, doch können sich viele Unternehmer nur schwer an diese geringfügige Beschränkung der Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft gewöhnen. Sehr häufig begegnet man in den Berichten der Fabrikinspektoren der Mitteilung, daß diese oder jene Fabrikanten es unangenehm empfinden, daß sie die Arbeiterinnen in der fraglichen Zeit nicht beschäftigen dürfen. Daß diese sich selbst zur längeren Arbeit drängen, dürfte wohl recht selten vorkommen. Um so merkwürdiger berührt eine Mitteilung in dem neuesten Bericht der Hessischen Gewerbeinspektion. Aus Offenbach berichtet der Beamte:

„In einer Lederwarenfabrik verlangten einige Mädchen, die in der Fabrik beschäftigt werden, von ihrem Arbeitgeber, er möchte ihnen den Verdienst monatlich auszahlen und mit ihnen eine monatliche oder sogar sechsmonatliche Kündigung eingehen. Der Zweck dieser Forderungen war, daß die Mädchen nicht mehr als Fabrikarbeiterinnen angesehen und behandelt sein, sondern als kaufmännische Gehilfen gelten wollten. Ihrem Auftreten nach sind diese Mädchen allerdings von kaufmännischen Angestellten nicht zu unterscheiden; sie werden daher hier und da „Fabrikdamen“ genannt.“

Der Arbeitgeber bewilligte den Mädchen jedoch nur die monatliche Lohnzahlung und behandelte sie nach wie vor, was die Arbeitszeit anlangt, wie alle übrigen Arbeiterinnen. Eines der Mädchen verließ deshalb die Stelle.“

Der Fabrikinspektor bemerkt hierzu, dies sei ein Beispiel, wie schwer es oft den Aufsichtsbearbeitern gemacht wird, die genaue Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Maximal-Arbeitszeit zu kontrollieren, wenn die Beschäftigten selbst die zu ihrem Schutze erlassenen gesetzlichen Vorschriften außer Kraft gesetzt wissen wollen. In der Tat sollte man es kaum für möglich halten, daß Arbeiterinnen, die auf den Erwerb angewiesen sind, um „etwas Besseres“ zu scheinen, als sie sind, eine Verlängerung ihrer Arbeitszeit fordern. Der Fall zeigt aber auch, wieviel Aufklärungsarbeit noch unter den weiblichen Proletariats geleistet werden muß, um bei ihnen Verständnis für den bescheidenen Schutz zu wecken, den die geltende Gesetzgebung ihnen gewährt.

Unternehmer und Arbeiterjugend.

Vor dem Dresdener Gewerbegericht wurden zwei Lehrlinge, die ihr Lehrverhältnis gelöst hatten, verurteilt, binnen acht Tagen wieder zurückzukehren oder eine Strafe von 100 M. zu zahlen. Die beiden Angeklagten sind anerkannt tüchtige und fleißige junge Leute. Sie gehören aber der Jugendabteilung des Metallarbeiterverbandes an. Als der Direktor der Firma Photographische Apparat-Ernemann dies erfuhr, entzog er den beiden Lehrlingen die für das vierte Lehrjahr mündlich versprochene, aber nicht vertraglich festgelegte Zulage von wöchentlich 4 bis 5 M., und forderte sie

zum Beitritt in den gelben Werkverein und zum Austritt aus dem Metallarbeiterverband auf. Das verweigerten die jungen Leute und verließen die Lehre. Alle jungen Leute, die dem gelben Werkverein angehören, erhalten die Zulage. Der Lehrvertrag enthält die Bestimmung, daß die Lehrlinge nur mit Genehmigung des Werkmeisters einem Verein oder einer Gewerkschaft angehören dürfen. Aus diesem Grunde und weil die Zulage nur mündlich in Aussicht gestellt war, erkannte das Gericht auf das eingangs mitgeteilte Urteil.

Es ist empörend, daß ein Gewerbegericht zu einem so unhaltbaren Urteil kommen konnte, das einen geschwibigen und argen die guten Sitten verstoßenden Terrorismus billigt.

Aus aller Welt. Schlesisches Himmelreich.

Die Arbeiterfrauen verstehen nicht zu kochen und setzen deshalb ihren Männern Fleisch und immer wieder Fleisch vor.“ So erklärte im Landtage gelassen der große Volkstänzer und preussische Landwirtschaftsminister von Schorlemer. Um diesem betrüblichen Mangel an Kochkunst abzuhelfen, wird seit Ostern dieses Jahres in mehreren Bergarbeitergemeinden Oberschlesiens den Mädchen in den Volksschulen Kochunterricht erteilt. Der Unterricht wird hoffentlich den vollen Beifall des Herrn Landwirtschaftsministers finden, denn Fleisch ist dabei ein so nebenächtliches Nahrungsmittel, daß es im Unterricht bisher überhaupt noch nicht auf die Speisekarte gekommen ist. Für je 7 Mädchen stehen für jede Mahlzeit eine Mark zur Verfügung. Davon muß aber noch etwas für außerordentliche Fälle aufgespart werden. Bisher sind folgende Gerichte als nahrhaft und sättigend den Kindern gelernt worden: Eine Buttergrüchsuppe für 14 Pf., bei der für die Butter und einen Löffel Salz 6 Pfennig veranschlagt sind. Eine Wassersuppe mit Bratkartoffeln kostet 63 Pf., während man Salzkartoffeln und Zwiebelbeigut für sieben Personen schon um 85 Pf. herstellen kann.

Offenbar wollen die Macher dieser Kochkunst mit ihren Rezepten der starken Säuglingssterblichkeit unter der oberschlesischen Bergbevölkerung entgegenwirken. Sie fürchten wohl, daß durch abzu kräftige Nahrung die Kinder an Ueberfütterung zugrunde gehen könnten.

Fliegerabstürze.

Der von uns gestern gemeldete Unfall des Fliegers Parzifol bei Lüttich hat ernstere Folgen gehabt, als die erste Meldung erkennen ließ. Es handelte sich um einen Verstoßflug des genannten Fliegers. Das Flugzeug kippte um und traf dabei eine Anzahl von Zuschauern. Der Flieger und eine Person wurden getötet; ein kleiner Knabe liegt im Sterben. Etwas sieben bis acht Personen sind zum Teil schwer verletzt.

Der englische Aviatiker Wright war während eines Fluges über Brighton, als der Motor aussetzte, gezwungen, plötzlich niederzugehen. Der Flugapparat stieß so heftig auf den Boden auf, daß der Benzinhälter zerplatzte und Feuer fing. Wright erlitt schwere Brandwunden und wurde besinnungslos in das Hospital gebracht.

Witterungskontraste.

Die klimatischen Gegensätze berühren sich gegenseitig in den Vereinigten Staaten. Im Staate Utah herrscht eisige Kälte. Heftige Schneefälle haben ein starkes Anschwellen der Flüsse herbeigeführt, die aus den Ufern herausgetreten sind und eine weite Strecke Landes überschwemmt haben. Die Erde ist vollkommen zugrunde gerichtet und mehrere Personen sind erfroren. Da gegen leider der Westen der Vereinigten Staaten unter einer geradezu tropischen Hitze. In Kansas, Minneapolis und Chicago fallen die Menschen auf der Straße vom Hitzschlag getroffen zu Boden. Die staatliche Gesundheitspflege und die Wohlthätigkeitsvereine sind bereits am Ende ihrer Kräfte angelangt. Hochreiche Fabriken und Geschäfte haben ihren Betrieb eingestellt. In Chicago lagern Tausende, ein wenig Nahrung suchend, am Ufer des Michigansees. Gleichfalls auf das Konto der enormen Hitze ist ein Eisenbahnunfall zu setzen, der sich im Staate Indiana ereignet hat. In der Nähe der Stadt Peru barsten infolge der Hitze die Eisenbahnstrecken. Ein Personenzug kam dadurch zur Entgleisung, 25 Passagiere erlitten bei diesem Unglücksfälle schwere Verletzungen.

Nach einer Meldung aus Lissabon herrscht in Portugal eine anormale Hitze. In den letzten vierundzwanzig Stunden haben infolge der großen Hitze achtzehn Brände stattgefunden, besonders in den Hafenspeichern. Der Schaden beträgt mehrere Millionen. Das Wasser beginnt zu mangeln, große Menschenmengen belagern die öffentlichen Brunnen.

Muster gefällig?

Die „Deutsche Tageszeitung“ kündigt dieser Tage in redaktionellen Teil eine Reihe konservativer Versammlungen zur Reichstagswahl in Salzwedel, Gardelegen an. Am Schluß der Veröffentlichung heißt es: „In diesen Versammlungen werden sprechen die Herren Reichstagskandidaten Eggeling von Kröcher-Winkelberg, Adersgauer, Hr. Schulz-Ribe und der Direktor des Bundes der Landwirte, Landtagsabgeordneter Dr. Dieberich Hahn.“ Die Konservativen wollen wohl ausräumen, denn bei den letzten Reichstagswahlen sind ihnen so viel Kandidaten auf Lager geblieben, daß sie im Bedarfsfälle gleich ganze Musterkollektionen von Reichstagskandidaten abgeben. Im Augenblick ist aber der Markt für konservative Kandidaten sehr klein.

Der Hosenstreik der Mönche.

Ein sonderbarer Streik ist soeben in dem Kloster Sankt Michael in Mailkop im Kaukasus ausgebrochen. In dieses Kloster ist vor kurzer Zeit ein neuer Abt eingesetzt, der sich in der peinlich genauen Erfüllung der Klosterregeln und Ordensvorschriften nicht genug tun konnte. Keulich hat er dem verammelten Konvent mitgeteilt, daß die Hosen, die die Mönche unter ihren Kutten trügen, nur die Fleisckelust und die menschlichen Schwächen anregen, und daß er deshalb nur eine raube Unterweisung von Sadleinemand gestatten werde. Die Mönche protestierten energisch gegen diese Vorschrift. Sie machten namentlich darauf aufmerksam, daß das Kloster auf einem hohen Berg gelegen und allen Unbilden der Witterung und den Launen des kalten Windes ausgesetzt sei, weshalb sie die Hosen unbedingt zum Schutze ihrer Gesundheit brauchten. Aber der Abt blieb unerbittlich. Jetzt haben die Mönche beschlossen, in einen Streik zu treten. Sie verweigern bis auf weiteres die Morgen- und Abendmesse zu singen, bis ihnen ihre geliebten Hosen wieder zugefunden wurden.

Kleine Notizen.

Seiteneitung. Bei einem Gaurunfest in Grenzhausen (Westermald) sind am Sonntag infolge Unwetters zwei Festzüge, in denen sich zehntausend Personen befanden, zusammengestoßen. Dreißig Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Brandstiftungen der Suffragetten? Der Bahnhof von Deuchar in Schottland wurde Montag früh durch eine Feuerbrandstiftung zerstört. Flugschriften von Anhängerinnen des Frauenstimmrechts wurden in der Nähe aufgefunden.

Ein Telegramm aus Glasgow meldet, daß das Schloss Wallinrain bei Dalross durch Feuer zerstört wurde; es wird Brandstiftung vermutet. Das Schloss, das unwohnhaft ist, hat einen Wert von 100 000 Pfund Sterling.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Stralauer Viertel (Bezirk 317.)
Nachruf.
Dem Mitgliebere zum Nachruf,
dem unser Genosse, Nobelpolitzer
Edwin Sauer
(Königsberger Str. 15)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat bereits
stattgefunden. 215/4
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Neukölln.
Am 27. Juni verstarb unsere
Barkeigenoffin
Frau Berta Riek
(Kaiser Friedrichstr. 121, 11. Bez.)
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 1. Juli, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Reußener Gemein-
dehauses, Mariendorfer Weg aus
statt.
237/13 Der Vorstand.

Verband der Sattler u. Portefeuller
Leibverwalter Berlin.
Dem Mitgliedern zum Nachruf,
dem unser Kollege, der Sattler
W. Amstätter
(Betrieb G. v. Gory, Friedenau)
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 1. Juli, nach-
mittags 6 Uhr, auf dem Steglitzer
Gemeinde-Friedhofe, Bergstr.
157/3 Die Ortsverwaltung.

Hierdurch die Nachricht, daß
unser liebe Tochter und Schwester
Ida Schulz
am Sonnabend nach schwerem
Leiden im 43. Lebensjahr ver-
storben ist. 14156
Mit der Bitte um Milde Beileid
im Ramen der Hinterbliebenen
Otto Schulz, Baumstr. 35.
Die Beerdigung findet Mittwoch
nachm. 3 Uhr von der Halle des
Thomas-Friedhofes in Neukölln,
Hermannstr. 6, aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Bohrer
Karl Schönberg
Charlottenburg, Reußlinstr. 7
am 28. Juni an Lungenerleiden
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 2. Juli, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Luise-Richthofes in
Charlottenburg, Fürstendamm
Weg, aus statt.
Nähe Beteiligung wird ermartet.
121/1 Die Ortsverwaltung.

Männerchor Moabit.
Den Mitgliedern zum Nachruf,
daß unser Sangesbruder
Karl Schönberg
am Sonnabend verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, nachmittags 5 Uhr,
von der Leichenhalle des Luise-
Richthofes, Neuer Fürstendamm
Weg (Westend) aus statt.
14195 Der Vorstand.

Leitfugung.
Für die vielen Beweise der Teil-
nahme bei der Beerdigung unseres
Sohnes und Bruders **Hermann**
sagen wir allen Freunden und Be-
kannnten, den Beamten, Arbeitern
und Lehrlingen der Firma F.
Vielhaber, den Mitgliedern des Ar-
beiter-Handwerksbundes "Solidarität",
Abt. IV, des Deutschen Metall-
arbeiter-Verbandes, Osttd. Berlin,
sowie dem Wachpersonal der
Kampstation Schöneberg und des
Hotelhotels unseren herzlichsten Dank.
H. Schwittau nebst Frau u. Kinder.

Blumen- und Kranzbinderei
von **Robert Meyer**,
Jub.: P. Gollets
Mariannenstr. 2. Tel. Mpl. 346.

Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements
liefert schnell und billig **Paul**
Gross, Lindenstr. 69, Tel. Mpl. 7203.

Grützwürste,
die berühmten, von Mittwoch ab bei
Wurstmeyer, Brunnenstr. 6.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.
Morgen Mittwoch, den 2. Juli 1913, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlungen
der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:
1. Bericht des Obmanns. 2. Bericht der Werkstatt-Vertrauensleute. 3. Die Regelung der Beiträge
nach den Beschlüssen der letzten Generalversammlung. 4. Verbandsangelegenheiten.
Jede Werkstatt muß vertreten sein. Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.
Versammlungslokale:

Tischler.
Südwesten und Westen: in Hebel's Brauerei, Bergmannstr. 5/7.
Süden: bei Gießing, Wasserlocherstr. 68.
Südosten I u. II: im Lokal Südost, Waldemarstr. 75.
Osten I: bei Kluge, Langestr. 53.
Osten II: bei Guth, Warthauer Str. 61.
Osten III: in Frederdorfs Gesellschaftshaus, Frankfurter Allee 127.
Oestliche Vororte: bei W. Schulz, Lichtenberg, Kronprinz-
straße 47, Ecke Scharnweberstraße.
Nordosten: bei Werfmann, Gr. Frankfurter Str. 16.
Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: bei Obigo
Schwedter Straße 23.
Wedding und Moabit: bei Kaczarowski, Ravenstr. 6.
Weißensee: im Prälaten, Leichterstr. 122. Abends 8 1/2 Uhr.
Neukölln: im Ideal-Kaffee, Reichelstr. 2.
Schöneberg: um 8 1/2 Uhr bei Kutsche, Weininger Str. 8.
Charlottenburg: bei Thunack, Wielandstr. 4.

Küchenmöbelbranche bei Andrig, in der Stralauer Straße 3.
Laden- und Kontormöbelbranche abends 8 Uhr bei
Germel, Holzmarktstr. 21.

Bautischler.
Bezirk 1: Südwesten, Süden, Südosten bei Grafhoff,
Admiralstr. 18a.
Bezirk 2: Osten bei Bratner, Weidenweg 85.
Bezirk 3: Norden und nördliche Vororte bei Gletsche,
Kopenhagener Str. 74.
Bezirk 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit bei
Zachse, Lindower Str. 24.
Bezirk 5: Neukölln bei Schent, Rosenstr. 24.
Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter
Osten: bei Boeker, Weberstr. 17.
Südosten: im Wärtischen Hof, Admiralstr. 18a.
Norden: bei Günther, Brunnenstr. 66.

Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbel-
branche.
Norden bei Döhling, Brunnenstr. 79.
Osten bei Kohn, Guderer Str. 19.
Südosten und Südwesten bei Tinius, Ritterstr. 122.
Die Vertrauensleute aus den Luxusmöbelwerkstätten gehen nach den
Versammlungen der zuständigen Nachbarbezirke.

Die Bibliothek ist wegen Inventur geschlossen. Alle noch ausstehenden Bücher müssen umgehend zurückgeliefert werden.
85/8 Die Ortsverwaltung.

Maschinensarbeiter abends 8 Uhr bei Boeker, Weberstr. 17.
Einsetzer im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 9.
Modelltischler abends 8 Uhr bei Waldb, Flugstr. 5.
Stellmacher bei Hummel, Sophienstr. 5.
Jalousiearbeiter abends 8 1/2 Uhr bei Walter, Waldbergstr. 62.
Kisten- und Koffermacher abends 8 Uhr in Hermels
Vereinshaus, Holzmarktstr. 21.
Korbmacher. Die Versammlung fällt aus.
Bürstenmacher bei Preuss, Holzmarktstr. 65.
Perlmutter-, Horn- u. Steinnußarbeiter um 6 Uhr
bei Ernst Thomas, Reichthorstr. 5.
Bilderrahmenmacher um 6 Uhr bei Wählich, Stallgerstr. 22.
Bodenleger im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 2, 8 Uhr.
Vergolder. Die Versammlung fällt aus.

Donnerstag, den 3. Juli:
Stockarbeiter abends 6 Uhr in Hermels Vereinshaus,
Holzmarktstr. 21.
Sargtischler abends 7 Uhr bei Kühn, Petersburger Str. 84.

Bezirk Ober-Schöneweide.
Heute Dienstag, den 1. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Warncke,
Wilhelminenhofstr. 18:

Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Verbands- und Branchen-
angelegenheiten.

Klavierarbeiter.
Donnerstag, 3. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4:
Branchen-Versammlung.

Möbel
Gelegenheitskauf!

KREDIT-FEDER
Zentrale Norden:
Brunnenstrasse 1
Filiale Osten: Frankfurter Allee 89 | Filiale Süden: Kottbusser Damm 103
offertiert mit

65 Mark Anzahlung und **4 Mark** Wochenrate
17zweizimmer-Wohnung mit Küche
zu beziehen zur Brunnenstrasse 1, bestehend aus:
1 Nassb. tourn. Kleiderapind, mod. Form
1 Nassbaum tourn. Vertiko, mod. Form
1 Nassbaum tourn. Tremeau mit Stufe
1 Sofa mit Moquettebezug
1 Nassbaum-Zweizug-Ausziehtisch
4 moderne Stühle in Nassbaum
2 Nassbaum-Bettstellen, moderne Form
(passend zu obiger Garnitur)
2 Patentbed. 2A Auflage-Matratz m. Kolliks.
2 Schonerdecken
1 farbige Kuchle „Dresden“, 7 teilig

650 Mark

In grosser Auswahl
Einzelne Möbel
Komplette Wohnungs-Einrichtungen
ca. 100 elegante Schlafzimmer
Wohnzimmer, Speisezimmer
Herrenzimmer, Salons etc.
Teppiche, Gardinen, Parfüren
Tisch- und Steppdecken

Willst
blanke
Stiebeln
Du Aujuste?
mit
Urbin
putzen Juste
musste!

In Dosen überall erhältlich
Fabrik Urban & Lemm - Charlottenburg

Bei Rückgrat-
verkrümmung
glänzende Erfolge

mit meinem berühmten regulierbaren **Rodrasions-Apparat** - System Haas -
für Erwachsene und Kinder. Mein Apparat
wurde auf dem 10. Aerzte-Kongress in
Lemberg mit dem 1. Preis ausgezeichnet
und erhielt auf der Internationalen
Hygiene-Ausstellung in Dresden 1911
die silberne Medaille. Prospekt und
fachmännische Erläuterung kostenlos
F. Menzel, Schöneberger Ufer 23

Berlin SO. 16,
H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
G. A. Kanewacker, Grimm & Triepel.
Stets frisch zu den kaiserlichen Engrospreisen.
Amt IV, 3014.

Bruchbandagen,
Leibbinden, Geradohalter,
Irrigatore, Spritzen etc.,
Suspensorien, sowie
alle Artikel z. Krankenpflege
empfiehlt
Fabrikant Pollmann,
jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60.
Eigene Werkstatt. Lieferant für
Krankenkass. Fachgem. Bedienung

700

Mägde, Valerisch, Hüter, von
Dresdener, Kanakieren u. ge-
fragten, aus Wohlthun in ersten
Werthigkeiten gerichtet, für jede
Figur (auch für Kinder), postend am
Vogel

Neu-Mägde M. 10 14 18 u.
Neu-Mägde . . . 12 16 20
Neu-Mägde . . . 18 22 27
Dresdener-Mägde . . . 5 8 12
Hüter . . . 12 16 22
Kanal-Mägde . . . 7 10 14
Hüter . . . 2 3 5 6

Abt. II: Neue Bekleidung.

Institut für Verleibung
eig. Gesellschafts-Ausg.

Garderobenhaus
Gr. Frankfurter Str. 116,
an der Andreasstr.
H. Geschäft: Chausseestr. 21.

Tragt
Absätze und Sohlen

Continental
Enorm haltbar

Erhältlich bei fast allen Schuhmachern

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 55.
Große Auswahl in schwarzer
Konfektion; auch einz. Röcke,
Blusen, Hüte etc. Anfertigung
nach Maß in 12 Stunden.
Aenderungen sofort.

„Volks-Zeitungs“, „Terrorismus“.

In den Spalten der Berliner „Volkszeitung“ treibt seit längerer Zeit ein Terrorismusdünkel sein Unwesen. Der Mann hat allem Anscheine nach einmal Druckerzeugnisse des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gelesen, darunter auch solche, in denen zum Zwecke der Schaffung eines Justizhausgehebes sogenannte Terrorismusfälle zusammengeschwindelt worden sind. Wenn der „Volkszeitung“ von irgend einem Mißvergnügen, der seine Organisationspflicht schmächtig mißachtet, und der von seinen Arbeitskollegen an seine Pflicht erinnert worden ist, Klagen zugehen, die sich gegen die organisierten Arbeiter richten, konnte man sicher sein, diese Klagen mit den nötigen Anwürfen in der „Volkszeitung“ veröffentlicht zu sehen, und zwar ohne jede Nachprüfung der tatsächlichen Verhältnisse. Wir haben dieser Tatsache in voriger Woche in einer Polemik mit der „Volkszeitung“ Erwähnung getan und unter Wiedergabe von Ausfühungen eines Artikels der „Volkszeitung“ gezeigt, von welchem Satz dieses Blatt gegen die moderne Arbeiterbewegung erfüllt ist. In ihrer Sonntagsnummer kommt die „Volkszeitung“ in einem „Terrorismus“ überschriebenen Artikel auf die Sache zurück und meint, wir hätten ihre tatsächlichen Feststellungen nicht widerlegt und auch nicht widerlegen können. Das ist der Gipfel! Die „Volkszeitung“ bringt allgemeine Behauptungen, bezeichnet sie als tatsächliche Feststellungen, und fertig ist sie.

Es lohnt nicht, auf das Verlegenheitsgestammel der „Volkszeitung“ einzugehen. Bemerkenswert ist, daß das Blatt eine Einsetzung eines Unorganisierten abbildet, in der sich der Einsender über Terrorismus der Pirch-Dunderschen beklagt, was von den freien Gewerkschaften nicht gefagt werden könnte. Die „Volkszeitung“ wendet sich nunmehr gegen die eigenen Parteifreunde. Die „Volkszeitung“ kann mit ihren Terrorismusgeschichten nicht viel Staat machen. Freunde wird sie sich höchstens unter den Scharfmachern der Arbeitgeber erringen.

Partei-Angelegenheiten.

Reichstagswahlwahl in Jüterbog-Luckenwalde.

Für die Wahlhilfe am Tage der Hauptwahl haben sich bei uns weit mehr Genossen gemeldet wie benötigt werden. Alle diejenigen, die von uns per Karte benachrichtigt sind, ersuchen wir, pünktlich an den angegebenen Plätzen zu erscheinen.

Brandenburger Provinzialsekretariat, Lindenstr. 69, Moritzpl. 5023.

Zentralwahlverein für Teltow-Weeskov-Storkow-Charlottenburg.

Das Bureau des Wahlvereins befindet sich jetzt Lindenstraße 3, III. Aufgang IV (Fahrstuhl). Fernsprecher: Amt Moritzpl. 14714.

Stralau. Den Genossen zur Kenntnisnahme, daß die Bibliothek für die beiden Monate Juli und August geschlossen ist. Die Ausgabe beginnt wieder mit dem ersten Montag im September.

Lichtenberg. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, Viertelversammlung des dritten Viertels im Café Bellevue, Hauptstraße. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Thurm, 2. Diskussion, 3. Viertelangelegenheiten.

Neiniedendorf-West. Heute Dienstag, den 1. Juli, abends 7 Uhr, Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.

Potsdam. Die Wahlvereinsversammlung findet morgen, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Glaser, in der Kaiser-Wilhelm-Straße, statt.

Berliner Nachrichten.

Gepfefferte Sommerfrischen-Preise.

Neben den Rosen stehen gleich die Dornen. Wer die Rosen blühen sieht, kann sie oft doch nicht pflücken. Nur aus der Ferne dringt ihr Duft. Wie viele Hunderttausende, die sich aus der Fron ein paar Wochen in die freie Natur sehnen, müssen jetzt wieder auf die so notwendige sommerliche Erholung verzichten! Einer Minderzahl auch unter den Proletariern glückt es ja, sich freizumachen und mit ein paar Spargroschen irgendwo außerhalb des großstädtischen Steinkolosses unterzutauchen. Das Sommerleben auf dem Lande ist jedoch mit den Jahren für die Sommervögel immer teurer geworden. Zum Teil mag das an der allgemein ungünstigen Konjunktur, an den unter dem Druck einer wahnsinnigen Steuerherrschaft anhaltend teuren Lebensmittel- und Wohnungspreisen liegen. Daneben ist aber doch das Bestreben, die Sommerfrischen nach Strich und Faden zu rupfen, nicht zu verkennen. Man soll nicht glauben, daß nur die behäuftesten deutschen Kurorte den Reisenden das Fell über die Ohren ziehen. In der Mark wird das beinahe noch besser verstanden. Der Reiz der märkischen Wald- und Seenlandschaft ist ja schon erst seit einigen Jahrzehnten entdeckt. Einst flüchtete man vor dem verrufenen märkischen Sande, heute zieht die Mark viele Tausende an, die aus anderen Provinzen kommen. Auch die Groß-Berliner, die nicht mehr weite Sommerreisen machen, sondern sich ein paar Meilen von Berlin entfernt namentlich während der „Hundstage“ einouartieren, haben sich gemehrt. In vielen märkischen Ortschaften ist die Nachfrage nach Sommerwohnungen viel größer als das Angebot. In demselben Verhältnis sind aber auch die Preise gestiegen und gerade an den schönsten Punkten der Mark für die weniger bemittelten Kreise unbezahlbar geworden. Eigens für die sommerlichen Erholungszwecke gebaute Villen und Logierhäuser sind wie die Pilze aus dem Boden geschossen. Sie stehen während der Hälfte des Jahres leer, und so muß zur Deckung des Anlagekapitals während der paar Sommermonate an Miete doppelt und dreifach gezahlt werden. Ueberall bemerkt man aber auch ein geschlossenes Vorgehen der reinen Gewerbetreibenden mit den Einheimischen, die aus dem Vermieten im Sommer einen Nebenerwerb machen. Die Preise werden systematisch immer mehr in die Höhe geschraubt, und es wird dabei keine Rücksicht genommen, wie schwer es für viele ist, das Geld für die paar Erholungswochen zusammenzubringen. Je schöner der Wald, je reicher die Seen, desto mehr muß auch bezahlt werden. Ein nächsteres Zimmer ohne Betten ist für weniger als 10 Mk. pro Woche an einigermaßen bevorzugten Orten kaum noch zu haben. Ebenso

schlimm steht es mit der Verpflegung. Man muß alles über den Kopf bezahlen und erhält nicht mal das Beste, das die schlauen Bauern bekanntlich nach dem „großen Wasserlopf“ schicken. Der Preissteigerung haben sich auch die meisten ländlichen Restaurateure angepaßt. Die Portionen sind winzig klein, häufig minderwertig, die Preise unerschämte hoch. Der Aufenthalt im Badeort ist verhältnismäßig billiger. Zwar gibt es eine Menge Pensionen, aber auch hier sind die Preise in die Höhe geklettert. Wo es anfangs nach einem „billigen Rest“ aussieht, ist bald zu bemerken, daß das Gebotene fragwürdig ist und die Pensionsmutter in irgendeiner Art auf ihre gute Rechnung kommt. Das noch junge Ansehen der märkischen Sommerfrischen kann durch dieses Schröpfungs-system nicht gerade gewinnen.

Die Untergrundbahnstrecke Spittelmarkt-Alexanderplatz

wird mit dem heutigen Tage dem öffentlichen Verkehr übergeben werden. Sie sollte nach dem Vertrage Ende 1912 betriebsfertig sein. Die Verzögerung ist eingetreten, weil inzwischen ein neuer Vertrag hinzugekommen ist, nach welchem die Bahn nach der Frankfurter Allee geführt werden soll. Infolgedessen ist beim Bau des Bahnhofes Klosterstraße auf die neue Strecke bereits Rücksicht genommen worden. Die Bahn unterfährt vom Bahnhof Inselbrücke die Spree in ihrer ganzen Breite. Aus diesem Grunde hat auch der Bahnhof Inselbrücke, der zu den verkehrsärmeren gehören dürfte, eine recht respectable Länge aufzuweisen. Der Bahnhof Alexanderplatz hat besondere Schwierigkeiten gebracht, weil noch eine Unterführung unter dem Untergrundbahnhof angelegt werden mußte. Die Direktion hofft, den Betrieb der Strecke Alexanderplatz-Schönhauser Allee Ende Juli aufnehmen zu können, obwohl diese Strecke erst 1915 betriebsfertig zu sein braucht. Der Verkehr dürfte sich erst dann ganz entwickeln, wenn die gesamte Strecke im Betriebe ist. Das gesamte Werk in seiner ganzen Ausdehnung zeigt die Entwicklung des Verkehrs in Berlin, aber auch einen gewaltigen Fortschritt der Technik, der die größten Schwierigkeiten überwindet.

Schwimmer und Augenkrankheiten.

Ein bekannter Berliner Augenarzt hatte, da einige seiner Patienten als Mitglieder des Schwimmclubs Vorwärts regelmäßig in der Schwimmhalle der städtischen Badeanstalt in der Gerichtstraße gebadet hatten, in dieser Anstalt den Anstoßgedehrd einer Augenkrankheit vermutet.

Die Deputation für Turn- und Badewesen traf nach Kenntnis der Sache sofort ihre Maßregeln. Außerdem wurde eine aus Fachleuten bestehende Untersuchungskommission unter Leitung des neuen städtischen Medizinikrats, Geheimrat Dr. Weber eingeleitet.

Die eingehenden Untersuchungen an Ort und Stelle, des Badewassers sowie der erkrankten Personen, haben ergeben, daß die Schwimmhalle als Anstehungsgebiet nicht in Frage kommen kann. Eine Beforgnis für die Badegäste liegt also nicht vor. Die Anstehungen müssen außerhalb der Anstalt erfolgt sein. Bemerkenswert ist allerdings, daß meistens nur junge Leute im Alter von circa 16 Jahren erkrankt waren. Ob das Schwimmen und Tauchen mit offengehaltenen Augen die Schleimhäute derselben entzünden und die Anstehungsgefahr ermöglichen können, ist nicht unwahrscheinlich.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß der Schwimmklub Vorwärts seine, auch in den leichtesten Fällen erkrankten Mitglieder vom Baden sofort ausgeschlossen hat, um vorzuzugeln. Wünschenswert wäre es, wenn die Schwimmvereine besondere Aufmerksamkeit auf die Krankheiten ihrer Mitglieder, die Art und Weise, sowie Dauer derselben richten möchten, um erforderlichen Falles stichhaltiges Material für Untersuchungen bieten zu können.

Aus dem Zweckverbandsauschuß.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Bermuth fand gestern eine Sitzung des Verbandes Groß-Berlin statt. Der Bebauungsplan für das sogenannte Schöneberger Südgelände mit einer neuen Polizeierordnung, wurde endgültig genehmigt. Dieser neue Bebauungsplan sieht eine stoffförmige Bebauung der Gegend an der Wannseebahn nach ganz neuen Grundrissen vor. Da auch die anderen zuständigen Behörden schon zugestimmt haben, so steht nunmehr der Bebauung des Geländes nach erfolgter Erschließung mit Straßen nichts mehr im Wege.

Ferner stimmte der Ausschuß dem neuen Bebauungsplan von Zeuthen nach einigen Änderungen zu. Der aufgestellte neue große Bebauungsplan für das Gelände zwischen Nieder-Schöneweide und Adlershof, am Johannisbäcker Flugplatz, wurde eingehend beraten, aber noch nicht endgültig verabschiedet. Außerdem wurden noch einige Verkehrsangelegenheiten beraten und erledigt. Der neue Städtebauer Baurat Binster, Königsberg i. Pr., wird am 1. September seine Stellung im Zweckverband antreten. Zum Schluß der Sitzung werden noch Mitteilungen gemacht über den Verlauf der Verhandlungen mit dem Forstfiskus betreffend den Ankauf des Grunewaldes. Die Verhandlungen hierüber sind noch nicht zum Abschluß gelangt und sollen während der Ferien fortgesetzt werden.

Ein neuer Schwindel.

Von gewerkschaftlicher Seite wird und geschrieben: „Die Ausbeutung der Unkenntnis und der Leichtgläubigkeit hat schon recht sonderbare Blüten gezeitigt. In den Spalten der bürgerlichen Presse ist manches Inserat zu finden, das von vornherein als Schwindel bezeichnet werden kann. Besonders der Arbeitsmarkt wird in ausgiebigem Maße dazu benutzt. Es gibt gewissenlose Leute, die genau wissen, daß die Leser des Arbeitsmarktes in Not befindliche Leute sind, die nach allem möglichen greifen, um in Zukunft eine bessere Existenz zu finden. Diese Notleidenden opfern, in der Hoffnung auf gute Beschäftigung, ihre letzten Groschen.“

In der „Berliner Morgenpost“ fand ich dieser Tage folgendes Inserat: „Revolverdrehen, bilde jeden aus, eventuell abends. „R. P.“, Postamt Nr. 65.“

Für den Sozialdemokraten war sofort klar, daß es sich hier um keine einwandfreie Sache handelte. Ein Arbeiter, der die Revolverdreherei lernen wollte, erbat Auskunft und erhielt folgende Antwort: „Teile Ihnen mit, daß Sie bei mir die Revolverdreherei lernen können. Preis beträgt 25 Mk., Dauer 3-4 Tage. Erwarte Sie bald.“

Paul Hering, Schulstr. 105, Keller. Diese Antwort des Herrn Hering charakterisiert sich selbst. Es ist unerhört, zu behaupten, in drei bis vier Tagen könne die

Revolverdreherei gelernt werden. Die Revolverdrehen gehören heute zum größten Teil mit zu den Qualitätsarbeitern, an die in den modernen Betrieben große Anforderungen gestellt werden. Sie müssen über große Erfahrungen verfügen, wenn sie überhaupt lohnende Arbeit erhalten wollen. Als wir uns den Betrieb des Herrn Hering näher ansahen, fanden wir unsere Vermutung bestätigt. Herr Hering besitzt eine alte Revolverbank mit Fußbetrieb, die mit modernen Maschinen gar nicht verglichen werden kann, an der sich niemand auch nur die elementarsten Kenntnisse der Dreherei aneignen kann. Werkzeuge waren fast gar nicht vorhanden. In einer Aussprache teilte Herr Hering mit, daß sich die Ausbildung auf drei Stunden pro Tag beschränke, daß er auch jedem ein Zeugnis ausstelle. Auf unseren Hinweis, daß man mit einem Zeugnis von drei Tagen doch nirgends Beschäftigung finden würde, erklärte Herr H., er schreibe ja seinen Datum ins Zeugnis, den könne sich jeder selbst einschreiben.

Als wir dann sagten, sein ganzes Gebahren würde von jedem Fachmann als Schwindel betrachtet, erklärte er, daß sei ihm egal, er habe schon 18 Mann ausgebildet und würde weiter ausbilden.

Wir warnen deshalb jeden vor diesem plumpen Manöver, es kann Herrn Hering nur um die 25 Mk. zu tun sein, von einer Ausbildung kann gar keine Rede sein.“

Die Einrichtung eines Heimes für „verloren“ gegangene Kinder

stellt sich immer mehr als ein dringendes Bedürfnis heraus. Nach polizeilicher Berechnung geben in Groß-Berlin täglich etwa 30 Kinder verloren und werden irgendeiner Polizeistelle zugeführt. Mangels einer Zentralstelle für solche aufgefundenen Kinder müssen sie auf den Wachen verbleiben, bis sie abgeholt werden, was mitunter aber erst nach einigen Tagen der Fall ist. Trotz des Fernsprechers ist es nicht immer möglich, den besorgten Eltern Auskunft über den Verbleib ihres Kindes zu geben. Wenn nun auch die kleinen Findlinge auf den Polizeiwachen gut aufgehoben sind und durch die Schutzleute Essen und Trinken erhalten, so ist doch dringend die Einrichtung eines Heimes erforderlich, das im Mittelpunkt Berlins gelegen ist und dem alle verloren gegangenen und sonstwie obdachlos aufgefundenen Kinder sofort nach ihrer Einlieferung zuzuführen sind. Hierdurch würde der Polizei eine große Last abgenommen werden und die Eltern umwöhnten, wohin sie sich zur Wiedererlangung ihres verirrten Lieblings zu wenden hätten. Man darf es als eine Pflicht der Stadtverwaltung Berlin bezeichnen, eine solche Zentralstelle in Form eines Heimes zu schaffen.

Bei der Arbeit vom Tode überrascht

wurde der 23 Jahre alte Hausdiener Friedrich Meyer aus der Büdlerstr. 2. Der junge Mann, der bei einer Papierfabrik in der Lindenstraße in Stellung war, wurde beim Aufsaden von Papierballen auf einen Wagen plötzlich von einem heftigen Unwohlsein befallen, dem er gleich darauf, ehe ärztliche Hilfe herangezogen werden konnte, erlag. Nachdem ein Arzt den Tod festgestellt hatte, wurde die Leiche von der Polizei beschlagnahmt und zur Feststellung der Todesursache nach dem Schauhaufe gebracht.

Der Lotteriegewinn im Handtuch.

Auf eine sonderbare Idee, sein Geld vor Diebstahl zu schützen, kam ein Frankfurter, der einen Lotteriegewinn in Höhe von 75 000 Mark gemacht hatte und hierher gekommen war, um den Betrag in Empfang zu nehmen. Als der Mann im Besitz des ihm durch die Göttin Fortuna zugehabten Geldes war, bekam er es mit der Angst zu tun, daß ihm der Gewinn hier entwendet würde. Er sann deshalb darüber nach, wie er es wohl am besten anstelle, daß das Geld auch ganz sicher aufgehoben sei. Dabei kam er auf den eigenartigen Gedanken, es in ein Bandtuch einzunähen und sich dieses als Gürtel um den Leib zu binden. Hier hielt er es für gut aufgehoben und besuchte, bevor er wieder nach seiner Heimatstadt abreiste, noch mehrere Restaurants. Zur Vorsicht reiste er dann noch am selben Tage wieder nach Frankfurt a. M. ab. Als er hier ankam und in seiner Wohnung die Scheine in dem kufösen Geldbeutel nachzählte, machte er zu seiner größten Ueberraschung die schmerzhafteste Entdeckung, daß von den 75 000 M. 24 500 M. fehlten, und zwar 20 Tausendmarkscheine und 45 Ein-hundertmarkscheine. Der Verlierer des Geldes, der auf die Wiederherbeischaffung der Summe eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt hat, nimmt an, daß ihm die Scheine abhanden gekommen sind, als er die Toiletten der Restaurants, die er besucht hat, aufsuchte. Hier fand man sie, als auf seine Nachfrage hin nachgegeben wurde, natürlich nicht mehr. Wenn er das Geld tatsächlich an einem der vielbesuchten Orte verloren hat, so dürfte es längst jemand gefunden haben, der es besser aufzuheben weiß. Die Kriminalpolizei ist nun bemüht, diesen unehrlichen Finder zu ermitteln.

Ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen ereignete sich am gestrigen Abend gegen 8 1/2 Uhr an der Ecke der Köpen- und Mansteinstraße. Dort fuhr ein aus einem Trieb- und einem Anhängewagen bestehender Straßenbahnzug in der Richtung nach dem Zoologischen Garten über die Kreuzung. Während der Motorwagen anstandslos die Kreuzung passierte, sprang der Anhänger aus den Schienen und prallte gegen den Motorwagen 835 der Linie 89. Bei dem Zusammenstoß wurde der Anhänger schwerer beschädigt, während an dem Motorwagen zwei Scheiben in Trümmer gingen. Als verletzt meldeten sich ein Herr Kndt, der über Schmerzen in der Brust klagte, ein Herr Erich Reeh, der einen Kervenschlag davongetragen hatte und ein Herr Schneider, der Hautabschürfungen am Kopf erhalten hatte. Ein vierter Herr wurde auf der nahen Unfallstation behandelt.

Wer ist der Tote? Im Tiergarten versuchte sich, wie wir vor mehreren Tagen mitteilen, ein unbekannter Mann zu erschließen. In der Charité, wohin der Lebensmüde gebracht wurde, ist er inzwischen seinen Verletzungen erlegen, ohne daß es bisher gelungen ist, die Persönlichkeit des Unbekannten festzustellen. Der Tote, der ungefähr 55 bis 60 Jahre alt gewesen sein mag, scheint seinem Aussehen nach dem Mittelstande angehört zu haben. Er ist ungefähr 1,70 Meter groß und schlank, aber kräftig gebaut, hat graumeliertes Haar, eine Nase, einen graumelierten Schnurrbart, ein rundes Gesicht, blaue Augen, eine Adlernase, absteigende Ohren und ein breites Kinn und trug einen graugrünen Jackettanzug, ein blauweiß-gestrichenes Hemd, weiße Manschetten, einen schwarzen steifen Hut und schwarze Stiefel. Der Tote war im Besitz eines schwarzen Regenschirms mit gebogener Krüde und hatte eine Karte in der Tasche, die, soweit sie zu entziffern ist, die Aufschrift „Amalie Sulimowski“ oder so ähnlich trägt.

Leichtathletische Wettkämpfe und Wettspiele um die Faustballmeisterschaft veranstaltete am vergangenen Sonntag die Gruppe Schöneberg und Umgebung vom 4. Bezirk des Arbeiter-Turnerbundes. Die Veranstaltung litt unter den häufigen Regenschauern. Trotzdem hatten sich über 100 Turner aus den Vereinen Friedenau, Groß-Wichterode, Lantow, Marienfelde, Schöneberg, Steglitz, Tempelhof-Mariendorf, Wilmersdorf und Teltow eingefunden, um ihr Können zu erproben. Im Rinkkampf, der aus Stabwettkamp, Steinstoßen, Schleuderball, Weltwerfen, Weitsprung und Hürdenläufen bestand, wurde Stab-Schöne-

berg mit 90 Punkten der beste. Zweiter wurde Rofte-Schöneberg, dritter Reeg-Groß-Lichterfelde. Die besten Leistungen waren: Stadtwahlprüfung 7,40 Meter; Steinlöcher (30 Pfund) 7,50 Meter; Weisprung 5,90 Meter; Schleuderball 44 Meter.

Zu den Faustballspielen trafen zwei durchweg gut spielende Mannschaften an. Sieger wurde mit viel Glück Groß-Lichterfelde.

Vorort-Nachrichten.

Treptow-Baumschulweg.

Der Bahnhof Baumschulweg soll jetzt eine Veränderung in der Weise erfahren, daß für die nach Berlin fahrenden Stadtbahnzüge ein neuer Ausgang von der Spreeseite geschaffen wird. Damit soll erreicht werden, daß die von Reuthaus kommenden Züge nicht mehr die nach Treptow fahrenden Gleise kreuzen brauchen. Diese Unglücksweiche führte bekanntlich vor einigen Jahren zu einem Zugzusammenstoß und zum Abbruch einiger Wagen nach der Störstraße. Die Folge der an jenen Fall geknüpften behördlichen Erwägungen ist auch, daß die am Bahndurchschlag der Baumschulstraße errichtete Bedürfnisanstalt noch immer nicht ihrer Bestimmung übergeben ist. Seit Jahren sind Türen und Fenster mit rohen Brettern verschlagen und schon mancher Fremde hat fragenden Blick vor dem gefirnissen Keilen Häuschen am Bahndamm gestanden — ! Nun wird wohl auch diese wichtige Frage bald eine Lösung finden. Mit den Bahnbauarbeitern ist bereits begonnen.

Die Feuerbestattungsanlage hat in letzter Woche bereits die ersten zwei Einäscherungen vollzogen. Es handelte sich in beiden Fällen um Richtangehörige unserer Gemeinde. Die Anlage selbst ist jetzt auch für jedermann zur unentgeltlichen Besichtigung freigegeben; für diese Zwecke sind die Sonntagsstunden von 9—12 Uhr und die Abende des Dienstags und Donnerstags von 5 Uhr ab bestimmt. Vereine, die eine gemeinsame Besichtigung des Krematoriums wünschen, können den Zeitpunkt mit dem Gemeindevorstand vereinbaren.

Karlshorst.

Das Thema Wahlrecht und Massenstreik behandelte in der gut besuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Dr. Kurt Rosenfeld. Der Redner knüpfte zunächst an den Ausfall der preussischen Landtagswahl an. Da auf Grund des Dreiklassenwahlrechts die Stimmung des Volkes in der gesetzgebenden Vertretung keinen Ausdruck finde, sei die Frage am Platz, ob der in Belgien wiederholt mit Erfolg angewendete Generalstreik ein Mittel sei, um auch in Preußen größere politische Rechte zu erlangen. Durch den Wiener Gewerkschaftsstreik sowie durch die Parteitage von Jena und Mannheim sei die Frage, ob der Massenstreik anzuwenden sei, eigentlich schon gelöst. Es handelt sich noch darum zu fragen, wann in diese Form des Kampfes zur Anwendung zu bringen. Wesentlich sei, daß bei Inangriffnahme des Massenstreiks die Arbeiterklasse in genügender Zahl mobil gemacht werde; zum mindesten dürfe die Tatsache, daß es bei der Durchführung des Massenstreiks zu Konflikten mit den Behörden kommen könne, kein Hindernis für dessen Anwendung sein. Vor solchen Konflikten dürfe die Arbeiterklasse ebensowenig zurückschrecken, wie die Kämpfer in der Zeit des Sozialistengesetzes bei Verfolgung ihrer Ziele ein Hindernis daran erblickt hätten.

In der ausgedehnten Diskussion, an der sich die Genossen Bier, Beder, Klein, Engel, Greve, Schünning, Dampfwolf, Gewinner und Spließ beteiligten, traten wesentliche Abweichungen von den Ausführungen des Redners nicht hervor.

Genosse Müller machte am Schluß der Versammlung auf den Stillstand in unserer Organisation aufmerksam. Er glaube diesen Stillstand darauf zurückführen zu sollen, daß in der Organisation ein Mangel an Impuls zu verzeichnen ist. Immer mehr müsse die Arbeiterklasse sich indessen mit dem Gedanken vertraut machen, daß auf dem bisherigen Wege in Preußen auf lange Zeit hinaus nichts zu erwarten sei, wenn nicht mit den heutigen Machthabern ein ernstes Wort gesprochen werde.

Stralau.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete der Vorsitzende den Bericht der Bezirksleitung. Aus demselben ist u. a. folgendes zu erwähnen: Bei der Landtagswahl in diesem Jahre wurden 558 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, während im Jahre 1908 nur 394 Stimmen auf unsere Wahlmänner entfielen. Desgleichen konnten auf den von Stralau bearbeiteten sechs Landorten 72 Stimmen gezählt werden. Bei der Wahl 1908 vereinigten wir dagegen nur 14 Stimmen auf unsere Kandidaten. Der Bibliothek wurden im letzten halben Jahre 142 Bücher entliehen. Die Zahl der Mitglieder beträgt zurzeit 370 am Orte. Der Kassenbestand beträgt 141 M. Aus den Neuwahlen gingen hervor die Genossen Alfred Fischer als Vorsitzender, Gustav Wende als Kassierer und Gustav Bud als Schriftführer.

Bruchmühle.

Aus der Gemeindevertretung. Unser Vertreter beantragte, daß für den verstorbenen Gemeindevorsteher Voelter eine Ersatzwahl vorgenommen werden möge. Nachdem der Gemeindevorsteher jedoch betont hatte, daß eine Wahl mit zu großen Unannehmlichkeiten verknüpft sei, wurde der Antrag mit 7 gegen 3 Stimmen abgelehnt. Die Wahl soll erst im März vorgenommen werden. Die verlangten Reparaturen am Spritzenhaufe sowie am Nebungsturm wurden genehmigt. Eine Differenz von etwa 700 M., die zwischen dem Gemeindevorsteher und dem Steuererheber besteht, vermochte die Rechnungsprüfungskommission nicht zu klären, es soll daher eine Nachprüfung durch den behördlichen Revisor vorgenommen werden. Das Ortsstatut betreffend Wegreinigung ist vom Landrat abgelehnt worden.

Lantowitz.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete der stellvertretende Vorsitzende, Genosse B. Richter, den Vorstandsbericht vom 1. Quartal. Die Versammlung beschloß gegen die Genossen Wolf und Wardenmann wegen Nichtbeteiligung an der Landtagswahl das Ausschlußverfahren zu beantragen. Die Abrechnung für das 1. Quartal erstattete Genosse Kister. Einer Einnahme von 342,87 M. steht eine Ausgabe von 332,81 M. gegenüber. Die Mitgliederzahl betrug am Anfang des Quartals 286, am Schluß des Quartals 292. Den Bericht von der Kreisgeneralversammlung erstattete Genosse Radtke, den von der Verbandsgeneralversammlung Genosse B. Richter. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß die gut besuchte Versammlung.

Mariendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Die letzte Gemeindevorsteherwahl hatte die Baugebührenordnung an die verstärkte Kaufom-

mission zurück verwiesen. Wie der Gemeindevorsteher sah ausführte, hat die Kommission, mit Ausnahme von einigen kleinen Änderungen, den Entwurf, wie er in der vorigen Sitzung vorgelegen, bestehen lassen. Nach Abschluß des Entwurfs sind beim Neubau von Gebäuden, beim Bau von Hofstellern und sonstigen selbständigen Kelleranlagen, sowie beim Neubau von Stallgebäuden für gewerbmäßig betriebene Reit-, Fuhr-, Pensionshallungen und für Koffereien für ein Kubikmeter Rauminhalt 3 Pf. zu zahlen; auf Antrag Schmidt wurde dieser Satz auf 1/2 Pf. ermäßigt. Nach Abschluß e sollten für einfache Lauben 1 M. gezahlt werden; auf Veranlassung unserer Genossen wurde dieser Kosten gelindert. Die Aufstellung von einfachen Lauben ist demnach gebührenfrei. Bei dieser Gelegenheit vertiefte sich der Gemeindevorsteher Dillges zu der Behauptung, daß die Lauben in den sogenannten Kolonien der Unterschloß für allerhand Gefindel wäre. Demgegenüber betonte Genosse Reichardt, daß die Lauben vom sozialen und volksgesundheitlichen Standpunkt eine Wohltat für die Menschheit wären; in Mariendorf hätten sich dieselben, abgesehen von einem Fall, noch in keiner Weise unangenehm bemerkbar gemacht. Abschluß sah für Herstellung von verbundenen Eisenkonstruktionen, Binder, Turmbücher für eine Tonne Eisengewicht 5 M. vor. Die Gemeindevorsteher Schmidt und Sauer sprachen sich dagegen aus; auch die Genossen Reichardt und Weber bestritten denselben. Es wurde beschlossen, für eine Tonne Eisengewicht 2 M. zu berechnen. Mit diesen Veränderungen wurde sodann die neue Baugebührenordnung genehmigt. — Beim 2. Punkt: Zustimmung zu einem Vertrage betreffend den Ausbau der Straße 94, ersuchte Genosse Reichardt, die „Terraingesellschaft Mariendorf“ anzuhaltend, das auf den Bürgersteigen zwischen den Steinen emporwachsende Gras zu entfernen. Baurat sah versprochen, dem Folge zu geben; hierauf wurde die Zustimmung zum Vertrage erteilt. — Es folgte noch eine geheime Sitzung.

Pantow.

Herr Polizeikommissar Beder, der erst seit Anfang September vorigen Jahres der hiesigen Exekutivgewalt vorsteht, hat sich entschlossen, Pantow wieder den Büdlen zu lehren. Wie die „Neue Vorortzeitung“ zu melden weiß, ist Herr Beder zum Polizeieinspektor für Brandenburg a. S. gewählt worden und wird vorerst mit 1. Oktober seine Tätigkeit aufnehmen. In der kurzen Zeit seiner hiesigen Wirksamkeit hat der Herr Polizeikommissar es meisterlich verstanden, sich die Sympathien fast überall gründlich zu verdienen, was ihn vielleicht auch veranlaßt haben mag, sich so bald schon einen anderen Ort für sein weiteres Wirken zu suchen. Selbst in den Kreisen des lokalen Bürgertums hat ihm sein Eifer nicht allzuviel Freunde erworben. Welche Erfahrungen der Pantower Arbeiterschaft mit Herrn Beder in der kurzen Zeit seiner Amtstätigkeit gemacht hat, dürfte noch in frischer Erinnerung sein. Der Herr Kommissar schien sich namentlich die Förderung der Arbeiterjugendbewegung in Pantow zum Ziel gesetzt zu haben. Denn wenn auch nicht beabsichtigt, so war doch der Erfolg seines Auftretens gegenüber der arbeitenden Jugend für letztere von gutem agitatorischem Nutzen. Es interessierte ihn sehr lebhaft, wo und wie die Arbeiterjugend ihre Feste feierte, wohin sie ihre Ausflüge machte und worüber sie sich in ihren Zusammenkünften zu unterhalten hatte. Auch um die Interpretation des Reichstagesgesetzes hat sich Herr Beder praktisch verdient gemacht. So hat er dem § 18 Abs. 2 in einer Versammlung die Deutung gegeben, den ihm als überwachenden Beamten referierten Tisch statt mit einer bunten Decke mit einer solchen vom zartesten Ankaufswert zu versehen. Kurz, der Herr Kommissar war eben in seinem Beruf immer mit übermäßigem Eifer tätig und wir Sozialdemokraten konnten damit äußerst zufrieden sein. Denn an der Tatsache, daß polizeiliche Liebereifer stets zu unserem Nutzen ausschlägt, hat weder Herr Polizeikommissar Beder noch seine etwaigen höheren Auftraggeber etwas ändern können.

Röppend.

Aus der Organisation. In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Herbst den Bericht des Bildungsausschusses vom verfloffenen Jahre. Es sind fünf Theaterveranstaltungen und eine Museumsbesichtigung veranstaltet worden. Daß diese Veranstaltungen immer mehr Anklang finden, beweist der sehr gute Besuch derselben. Es ist ein Leberkäse von 235 M. erzielt worden. In den Bildungsausschuss wurden die Genossen Max Heinze und Lehndorfer gewählt. Aufgenommen wurden 16 Mitglieder. Genosse Schubert teilte mit, daß die Kaiserfeier einen Leberkäse von 171,88 M. erbracht habe. Zur Verbandsgeneralversammlung wurden die Genossen König, Kalkle, Klau, Stein und als Ersatzmann Riebling gewählt. Zum Volksfest ist der Ausmarsch mit Musik von der Behörde genehmigt worden. Hierzu wird eine rege Beteiligung erwartet, damit dieses Fest zu einer eindrucksvollen Kundgebung sich gestaltet. Vom 1. Juli ab wird auch hier die Hauskasserung der Beiträge eingeführt. Beschlossen wurde noch, das diesjährige Stiftungsfest am 18. September bei Jarius abzuhalten. Einer Anregung des Genossen König, wonach in Zukunft die Versammlungen durch Vorträge interessanter gestaltet werden, soll entsprochen werden.

Potsdam.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Die Stiefsteden Bienen sollen mit Willen bebaut werden, weil sich zu anderen Gebäuden wegen des schlechten Baugrundes keine Baupläne finden. Der Magistrat hatte anfangs die Absicht, selbst zwei Willen zu bauen, um hier einmal einen Anfang zu machen. Eine Kommission, die zur Vorbereitung dieser Magistratsvorlage gewählt wurde, hält die Sache zu riskant und will lieber die dortigen Terrains unter Preis (8 bis 10 M. pro Quadratmeter) an die Bauunternehmer abgegeben wissen, außerdem soll ihnen Baugeld bis zur Höhe von 70 bis 80 Proz. gewährt werden. Der Magistrat wird in diesem Sinne mit verschiedenen Bauunternehmern unterhandeln. — Die städtischen Angestellten unterliegen der Privatangelegtenversicherung. Um diese zum Teil zu umgehen, soll die Mehrzahl Beamtenangehöriger erhalten und die Pensionsverhältnisse entsprechend umgeändert werden. — Eine ausgiebige Debatte brachte der Magistratsantrag auf Erwerb des Brauhausberggeländes. Rund 83 Hektar Land sollen vom Forstfiskus zum Preise von über 2 1/2 Millionen Mark erworben und hiervon nur 300 000 M. bei der Auktion angepagt werden. Der Rest wird zehn Jahre lang zinslos gestundet und ist nach Ablauf von zehn Jahren mit 3 1/2 Proz. zu verzinsen und mit einem Zwanzigstel zu tilgen, so daß der Kaufpreis nach 20 Jahren gezahlt ist. Da das betreffende Terrain zum Kreise Rauch-Beitzig gehört, soll die Eingemeindung in die Wege

geleitet werden. Es schweben bereits Verhandlungen wegen der Eingemeindung der Kolonie Götterhöhe, der Kolonie Dacheim, des Tornos, der Kriegsschule usw. — Der Potsdamer Verkehrsverein ist in Schulden geraten. Die Stadt wird ihm helfen und sein Defizit von 2000 M. decken, außerdem erhält er einen Pochen im Palais Barberini als Vereinslokal angewiesen. — Das Hochbauamt war bisher in drei verschiedenen Gebäuden untergebracht, vom 1. Oktober ab soll es nach dem Palais Barberini verlegt werden, in Räume, die bisher vermietet waren und 1522 M. Miete brachten.

Notizen.

Dem ersten Vortrag über das Erfurter Programm am Sonntagvormittag im Schmidtschen Lokal wohnten außer 45 Teilnehmern zwei Polizeibeamte in Zivil bei. Genosse Krohnberg betonte, die Anwesenheit dieser Beamten sei zwar durch das Vereinsgesetz in keiner Weise gerechtfertigt, sie könne jedoch angesichts des auch für Polizeibeamte recht lehrreichen Themas gestattet werden. Die beiden Beamten wohnten denn auch dem Vortrage bis zum Schluß bei. Nach Beendigung des Vortrages, dem die Anwesenden mit größter Aufmerksamkeit gefolgt waren, wurde auf Wunsch des Vortragenden, Genossen Max Grünwald, beschlossen, dem zweiten Vortrag bereits am Mittwoch, den 2. Juli, abends 8 1/2 Uhr, abzuhalten, so daß am nächsten Sonntag, den 6. Juli, die Vortragsreihe geschlossen werden kann. Genossen und Gewerkschaftsmitglieder, denen es nicht möglich war, am Sonntag zu erscheinen, können trotzdem an den zwei letzten Vorträgen teilnehmen, weil erst am Mittwochabend das eigentliche Programm in seinen einzelnen Sätzen eingehend erläutert werden soll. Am nächsten Sonntag wird der Vortragende eine kurze Zusammenfassung des behandelten Stoffes geben und die eventuell gestellten Fragen beantworten.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Nieder-Schönhausen. Heute Dienstag, nachmittags 6 Uhr, im Rathaus.

Treptow. Kucherordentliche Sitzung der Gemeindevertretung am Mittwoch, den 2. Juli, nachmittags 6 Uhr.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Frauen-Leseabende.

Zehlendorf (Bannseebahn). Mittwoch, den 2. Juli, bei Rißel, Potsdamer Straße 25. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Schwarz über Kinderkrankheiten. 2. Fragestellung. 3. Vereinsangelegenheiten. Da der Vortrag pünktlich um 7 1/2 Uhr beginnt, so ersucht um regen Besuch. Der Vorstand.

Wilmerdorf. Der Frauen-Leseabend ist Juli aus. Mittwoch, den 2. Juli: Kaffeeloch im Café Lütz, Quaternsbadener Str. 8, Schmargendorf (Grünevald).

Briefkasten der Redaktion.

P. M. 50. a) Der Anspruch ist verjähr. weshalb sich auch die Beantwortung der Frage b) erübrigt. — P. G. 12. Konrad. — Kai 26. Der Antrag ist mündlich oder schriftlich an das Polizeipräsidium oder an das für Ihre Wohnung zuständige Polizeirevier zu richten. Dem Antrag sind beizulegen ein Staatsangehörigkeitszeugnis, welches Sie noch von der Heimatsbehörde beschaffen müssen, sowie ein Ausweis über Ihre Niederlassung in Berlin. — P. M. 20. Die Behörde kann an den Regierungspräsidenten in Potsdam gerichtet werden. Die überreichen Schriftstücke bleiben bei den Akten. — P. P. 8. Der Verweis gilt als Strafe. — G. V. Deutscher. 27. Die Schlüssel müssen abgegeben werden. Des Sonntags braucht die Wohnung nicht geheizt zu werden, falls nicht im Mietvertrage etwas anderes bestimmt ist. — T. 100. Werden Sie sich an die hiesige Kirchenbehörde und fordern Sie Rückzahlung.

Marktpreise von Berlin am 28. Juni 1913, nach Ermittlungen des hiesigen Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,00 bis 20,10, mittel 19,95—20,02, geringe 19,90—19,94. Roggen, gute Sorte 16,38—16,40, mittel 16,34—16,36, geringe 16,30—16,32 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,10—16,50, mittel 15,70—16,00, geringe 15,80—15,60. Hafer, gute Sorte 17,20—18,50, mittel 16,90—17,20. Weizen (mitgeb.), gute Sorte 15,50—16,00. Weizen (runder), gute Sorte 15,80—16,00. Weizen (schwarz), 5,00. Gerst, alt 6,50—7,00, neu 6,00—7,40.

Marktpreise von Berlin am 28. Juni 1913, nach Ermittlungen des hiesigen Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speldeböhen, weiße 30,00—60,00. Erbsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinbl.), alte 7,00—10,00, neue 00,00—00,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,00—5,40. 1 Kilogramm Karotten 1,00—2,20. Kale 1,00—3,20. Jambur 1,40—3,60. Gedönte 1,40—2,80. Barfisch 1,00—2,40. Schrote 1,40—3,50. Weizen 0,80—1,50. 60 Stück Kleebe 1,60—60,00.

Witterungsübericht vom 30. Juni 1913.

| Stationen | Barometer- stand mm | Wind- richtung | Wind- stärke | Wetter | Temp. in C. | Stationen | Barometer- stand mm | Wind- richtung | Wind- stärke | Wetter | Temp. in C. |
|-----------------|------------------------|-------------------|-----------------|---------|-------------|-----------|------------------------|-------------------|-----------------|---------|-------------|
| Swinemünde | 761,3 | | 4 | wolkig | 14 | Daprun | 764,0 | | 4 | bedeckt | 14 |
| Hamburg | 760,2 | | 3 | bedeckt | 12 | Bielefeld | 767,0 | | 1 | bedeckt | 13 |
| Berlin | 762,0 | | 1 | bedeckt | 13 | Schiff | 771,0 | | 1 | bedeckt | 13 |
| Frankfurt a. M. | 768,0 | | 1 | bedeckt | 12 | Worms | 772,0 | | 2 | bedeckt | 12 |
| München | 768,0 | | 5 | Regen | 9 | Paris | 771,0 | | 2 | bedeckt | 15 |
| Wien | 761,0 | | 3 | bed. | 14 | | | | | | |

Wetterprognose für Dienstag, den 1. Juli 1913. Wohl, teilweise aufklarend, aber noch vorwiegend trübe mit geringeren Regenfällen und ziemlich frischen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

| Wasserstand | am 29. 6. | | Wasserstand | am 28. 6. | |
|-------------------|-----------|--------|------------------|-----------|--------|
| | 29. 6. | 28. 6. | | 29. 6. | 28. 6. |
| Remel, Elbe | 91 | 0 | Saale, Großh. | 130 | — |
| Bregel, Ankerberg | 95 | 0 | Saale, Spandau | 8 | —2 |
| Wieslitz, Thon | 69 | -4 | Rathenow | -11 | -1 |
| Oder, Ratibor | 98 | -4 | Spree, Spremberg | 68 | 0 |
| „ „ „ „ | 67 | -1 | „ „ „ „ | 80 | +1 |
| „ „ „ „ | 68 | -2 | Weser, Minden | 180 | +7 |
| „ „ „ „ | 0 | -4 | „ „ „ „ | 250 | -4 |
| „ „ „ „ | -28 | -3 | „ „ „ „ | 372 | +7 |
| „ „ „ „ | -40 | +2 | „ „ „ „ | 253 | +4 |
| „ „ „ „ | 13 | +17 | „ „ „ „ | 125 | +35 |
| „ „ „ „ | -128 | -17 | „ „ „ „ | 172 | -16 |
| „ „ „ „ | 183 | -21 | „ „ „ „ | 34 | +2 |
| „ „ „ „ | 150 | -10 | | | |

) + bedeutet Hoch, — Fall, — ?) Unterpegel.



Sunlicht Seife

wird in einer imposanten Fabrik bei Mannheim (Baden) hergestellt. Dieses Muster-Etablissement ist mit allen modernen Einrichtungen der Technik ausgestattet und wird streng wissenschaftlich betrieben. Sunlicht Seife ist garantiert rein, ihre Qualität unveränderlich.

